



Beilage zur Wochenzeitung

Das Parlament

13. September 2004

Aus Politik und Zeitgeschichte

3 M. Rainer Lepsius *Essay*

Prozesse der europäischen Identitätsstiftung

6 Jan Delhey

Transnationales Vertrauen in der
erweiterten EU

14 Jürgen Gerhards

Europäische Werte –
Passt die Türkei kulturell zur EU?

21 Sylke Nissen

Europäische Identität und die Zukunft Europas

30 Detlef Pollack

Nationalismus und Europaskepsis in den
postkommunistischen Staaten Mittel- und
Osteuropas

38 Steffen Mau

Soziale Ungleichheit in der Europäischen Union



Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.

Redaktion:

Dr. Katharina Belwe
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer
Telefon: (0 18 88) 5 15-0

Internet:

www.bpb.de/publikationen/apuz
E-Mail: apuz@bpb.de

Druck:

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice:

Die Vertriebsabteilung
der Wochenzeitung *Das Parlament*,
Frankenallee 71 – 81,
60327 Frankfurt am Main,
Telefon (0 69) 75 01-42 53,
Telefax (0 69) 75 01-45 02,
E-Mail: parlament@fsd.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung *Das Parlament*
einschließlich Beilage zum Preis
von Euro 19,15 halbjährlich,
Jahresvorzugspreis Euro 34,90
einschließlich Mehrwertsteuer;
Kündigung drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammel-
mappen für die Beilage
zum Preis von Euro 3,58
zuzüglich Verpackungskosten,
Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen
in der Beilage

Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar;
sie dienen lediglich der
Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke
hergestellt werden.

ISSN 0479-611 X

Editorial

■ Der Europäischen Union fehlen identitätsstiftende Ressourcen, etwa eine gemeinsame Sprache oder eine loyalitätsstiftende Krone wie im britischen Commonwealth of Nations. Die große Herausforderung der kommenden Jahrzehnte liegt folglich darin, zu einer verbindenden europäischen Identität zu gelangen. Die Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe gehen der Frage nach, ob und wie weit die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedsländer Europas den Integrationsprozess unterstützen. Sie untersuchen, wodurch dieser befördert oder behindert wird. Empirische Analysen haben ergeben, dass der Einigungsprozess – insgesamt gesehen – stets mehr Zustimmung als Ablehnung erfahren hat. Durch die im Mai 2004 erfolgte Erweiterung um zehn mittel- und osteuropäische Länder, mehr noch durch den möglichen Beitritt der Türkei, wird die Weiterentwicklung Europas auf eine harte Probe gestellt.

■ Im Verlaufe des Prozesses der europäischen Integration kommt es sukzessive zur Herausbildung neuer Kriterien der Willensbildung, die sich von denen der Nationalstaaten qualitativ unterscheiden – so *M. Rainer Lepsius* in seinem Essay. Auf diese Weise erfolge eine langsame Europäisierung der Nationalstaaten, deren Bedeutung als zentrales politisches Identifikationsobjekt dadurch aber nicht geschmälert werde.

■ Mit der Vergrößerung der Europäischen Union schrumpft das Vertrauen, das die Mitgliedsländer ineinander setzen. Ungeachtet dieses Ergebnisses ist *Jan Delhey* optimistisch, dass die Westeuropäer langfristig mehr Vertrauen in die Menschen aus den neuen Mitgliedsstaaten entwickeln werden. Einen Beitritt der Türkei hält er wegen der großen geographischen und kulturellen Distanz zu (West-) Europa allerdings für noch problematischer als die Osterweiterung. Tatsächlich wird die europäische Werteordnung von der türkischen

Bevölkerung partiell nicht akzeptiert. *Jürgen Gerhards*, der auf Basis empirischer Untersuchungen zu diesem Ergebnis gelangt, sieht dessen ungeachtet keinen Grund dafür, der Türkei den Beitritt zur EU zu verweigern. Es sei davon auszugehen, dass sich mit der allmählichen Angleichung des ökonomischen Niveaus der Türkei an das der Mitgliedsländer der EU auch die Werte der Menschen veränderten.

■ Die Bürgerinnen und Bürger der derzeit 25 Mitgliedsstaaten der EU akzeptieren die europäische Werteordnung. Aber unterstützen sie auch den Integrationsprozess, fragt *Sylke Nissen*? Ihre Antwort ist eher pessimistisch, hängt die gefühlsmäßige Verbundenheit mit Europa doch offenbar davon ab, inwieweit die Mitgliedschaft in der EU unter Kosten-Nutzen-Kalkülen als vorteilhaft gewertet wird. Demgegenüber stellen nationale Orientierungen für die Unterstützung europäischer Werte nicht unbedingt ein Hindernis dar. Zu diesem Ergebnis gelangt *Detlef Pollack* anhand einer Analyse nationaler Orientierungen und Identitäten in den postkommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas. Eine Mehrheit in der Bevölkerung halte nationale Orientierungen und europäische Identität für vereinbar und stehe westlichen Werten dementsprechend offen gegenüber. Ein regionaler Nationalismus könne aber zu einer Gefahr für Europa werden, wenn sich über ihn Gefühle der Schlechterstellung und Benachteiligung Gehör verschaffen wollten.

■ Große sozioökonomische Ungleichheiten in Europa können folglich kontraproduktiv für die Integrationsbemühungen sein. Umgekehrt – so *Steffen Mau* – kann der Europäisierungsprozess aber auch verstärkend oder abmildernd auf vorhandene Ungleichheiten wirken. Auf der Basis einer Bestandsaufnahme sozialer Ungleichheiten zeigt der Autor Möglichkeiten und Grenzen des Umgangs mit sozialen Ungleichheiten auf.

Katharina Belwe ■

Prozesse der europäischen Identitätsstiftung

Die europäische Identität ist vieldeutig. Von außen betrachtet erscheint Europa eher als Einheit als von innen. Die Europäer empfinden sich als eine Pluralität von Nationen, Sprachen und kulturellen Traditionen, von Selbstverständnissen je eigener Prägung. Identitätsbildung setzt immer ein Bezugsobjekt voraus, sei es eine Person, eine Wertvorstellung oder eine institutionalisierte Ordnung. Über diese bildet sich eine Selbst- und Fremdbeschreibung von Individuen und Kollektiven. Je größer die Zahl der Bezugsobjekte, desto vielfältiger sind die Identitäten, die untereinander in einem Spannungsverhältnis stehen. Da mit jedem Identifikationsmuster eine Verhaltensorientierung verbunden ist, vervielfältigen sich auch die Verhaltenserwartungen. Die mit den verschiedenen Identitäten verbundenen Verhaltensweisen werden jedoch nicht gleichzeitig ausgeübt, sie bestehen nebeneinander und werden in spezifischen Situationen ungleichmäßig aktiviert. Man verhält sich nicht in jeder Situation als Mann oder Frau, jung oder alt, obgleich die Differenzierungen nach Geschlecht und Alter die Basisstrukturierungen der eigenen Selbstwahrnehmung sind. Welche Identitätsvorstellung verhaltensorientierend wirkt, ergibt sich aus der Verhaltenssituation. Die Vorstellung von der Identität als einer einheitlichen und kontinuierlichen Orientierungsprägung ist sicher zu einfach. Das gilt auch für kulturelle und nationale Identitäten. Sie werden durch Institutionalisierungsprozesse gestiftet, verändern ihren Charakter, vermischen sich in den Sinnbezügen untereinander.

Für kollektive Identitätsbildungen, für die Entwicklung eines verbindlichen „Wir-Gefühls“, einer Solidarität mit unbekanntem Menschen, bedarf es der Institutionalisierung von Ordnungsideen. Durch diese werden Standards für bestimmte Verhaltenskontexte verbindlich. Solche Prozesse stiften die Identitätsbildung. Als der Nationalstaat zur Ordnungsidee für die staatliche Struktur der modernen europäischen Gesellschaft entwickelt wurde, entstanden neue Kategorien für die Selbst- und Fremdentifikation in Europa: die Begründung der demokratisch legitimierten Herrschaftsordnung durch einen Souverän, die Nation. Der Nationalstaat stiftete die nationale Identifikation der Bürger. Es entwickelte sich ein Prozess der kumulativen Identifikation mit dem Nationalstaat

und den von ihm vertretenen Wertvorstellungen. Die Maxime der Gleichheit der Angehörigen einer Nation erzwang eine Solidaritätsverpflichtung zu allen Nationsbürgern, gleichviel, wie landsmannschaftlich fern und religiös fremd sie auch sein mochten. Die Nationenbildungen führten zu einer inneren Homogenisierung der Wertvorstellungen, auf denen die Identifikationsprozesse aufbauten. Auch europäische Identifikationsvorstellungen sind weitgehend durch den Sieg des Nationalstaatsmodells geprägt worden. Die Idee, Europa solle politisch in Nationalstaaten organisiert sein, hat zu Diskriminierungen, Verfolgungen und Vertreibungen von Minderheiten, zu Grenzkriegen und Zwangsassimilationen geführt, die bis heute in Südosteuropa nicht abgeschlossen sind. Das Ergebnis ist ein Europa der ethnisch und kulturell homogenisierten Nationalstaaten, getragen von dem Glauben an eine nationale Legitimität staatlicher Herrschaft im Übergang vom Feudalismus zur Demokratie.

Europa war ein Konglomerat von gleichartig konstruierten Nationalstaaten, die untereinander in Konkurrenz standen, ihre Autonomie verteidigten und auf Abgrenzungen bestanden. Einig war das Europa der Nationalstaaten im Kampf gegen jede Hegemonie, im Anspruch auf Gleichwertigkeit der Nationen, auch bei materieller Ungleichheit, und in der Sorge, im Konkurrenzkampf der Nationen einen gerechten Anteil zu erhalten. Der Selbstbehauptungswille richtete sich stets gegen andere europäische Nationalstaaten. Die Idee eines Europas der Nationalstaaten überdauerte auch die militärische, ökonomische und ideologische Überlagerung Mittel- und Osteuropas durch die Sowjetunion, führte schließlich zu deren Auflösung ebenso wie zum Zerfall der Jugoslawischen Föderation. Große Kriege mit verheerenden Folgen wurden im Namen des europäischen Nationalstaates geführt, haben Europa mehrfach verwüstet und in seiner internationalen Bedeutung geschwächt. Die Identität Europas bestand in der Selbstbezogenheit seiner staatlichen Komponenten, wengleich es darüber hinaus auch immer ein Bewusstsein der Gemeinsamkeiten in geschichtlichen Traditionen und kulturellen Prägungen gab. Aber diese Vorstellungen von einer europäischen Identität waren im Ernstfall doch nachrangig gegenüber den nationalstaatlichen Identitäten.

In der Europäischen Gemeinschaft entfaltete sich nach dem Krieg ein neues europäisches Modell, eine gemeinsame Herrschaftsordnung europäischer Staaten für ausgewählte Politikbereiche. Ein neuer institutionalisierter Bezugspunkt für die Identität von Europa entstand. Europa ist nicht mehr eine bloße Idee, eine Projektion von Hoffnungen, es hat eine neue Form gefunden, es ist im Sprachgebrauch zur Bezeichnung der verfassten Europäischen Union geworden. Damit hat ein neues Kapitel in der Geschichte Europas und der europäischen Identitätsstiftungen begonnen. Von Westeuropa, der Gemeinschaft der sechs Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1951), ausgehend, hat sich über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (1958) die Europäische Union zunächst auf fast alle Staaten außerhalb des „Eisernen Vorhangs“ ausgeweitet und umfasst heute auch Mittel- und Osteuropa. Noch fehlen die Staaten Südosteuropas, aber es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch sie Mitglieder sein werden. Man kann also sagen, ganz Europa sei erstmals in eine gemeinsame wirtschaftliche und politische Ordnung eingebunden, habe eine Grundordnung mit verbindlichen Wertorientierungen erhalten.

Der Erfolg der europäischen Integration im Ordnungsrahmen der Europäischen Union ist eng verbunden mit der Methode der Institutionenbildung, die man als die „Methode Monet“ bezeichnet hat. Dieser Prozess beruhte auf der sektoralen Überführung von Politikbereichen in einen neuen, supranationalen Handlungskontext. Die Nationalstaaten behalten zwar ihre Souveränität, sind – wie man sagt – die „Herren der Verträge“, üben aber Teile ihrer Souveränitätsrechte nur noch gemeinsam aus. Sie können in vielen Bereichen nicht mehr als Einzelne entscheiden und unterliegen einem Vollzugszwang der gemeinsam gefassten Beschlüsse, der durch den Europäischen Gerichtshof mit Rechtssanktionen eingefordert werden kann.

Die Europäische Union hat daher einen doppelten Charakter: Sie ist einerseits ein Vertragsbündnis der Mitgliedsstaaten und hat andererseits eine supranationale Willensbildung und Entscheidungsstruktur. Auch die Legitimationsbasis ist dual, einerseits durch die demokratisch gewählten Regierungen der Mitgliedsstaaten, andererseits durch das direkt gewählte Europäische Parlament. Diese duale Struktur ist komplex, aber im Vergleich mit den Verfassungen der klassischen Nationalstaaten innovativ. Sie wirkt als eine „Konsensmaschine“ mit der zentralen Agentur der Europäischen Kommission. Diese muss in einer Vielzahl von formellen und informellen Kontakten dafür sorgen, dass sowohl die nationalen Regie-

rungen wie auch das Europa-Parlament ihren Beschlussvorlagen zustimmen.

In diesem engen Informations- und Kontaktaus-tausch bilden sich neue Rationalitätskriterien für die Willensbildung auf europäischer Ebene heraus, die qualitativ verschieden sind von den Interessen der Nationalstaaten. Auch sie werden auf diese Weise langsam europäisiert. Es entsteht eine gesamteuropäische Kooperation zwischen staatlichen, nichtstaatlichen und europäischen Behörden und Organisationen, das so genannte Mehrebenen-system des Regierens in Europa. Die Mitgliedsstaaten sind fest eingebunden in europäische Prozesse der Willensbildung und Entscheidung. Eine klare Zurechnung von Entscheidungen auf die europäischen Rationalitätskriterien oder die nationalen Interessenlagen ist nur schwer möglich, zumal europäische Verordnungen in nationale Gesetze übertragen werden und die Verwaltungskompetenz bei den Mitgliedsstaaten liegt. Diese Struktureigentümlichkeiten hemmen die Ausbildung einer spezifisch europäischen Identität.

Nationale und europäische Kriterien für Identitätsbildungen verknüpfen und vermischen sich fallweise. Dementsprechend ist die dominante Identifikation mit dem Herrschaftsverband Europa gering, weit geringer als mit den staatlichen Ordnungen. Bei jeder Europawahl wird die geringe Wahlbeteiligung bedauert und beklagt, dass europäische Themen die Wahlen nicht bestimmen. Europawahlen sind noch immer nationale Wahlen, bei denen die Zufriedenheit und Unzufriedenheit mit den nationalen Regierungen und Parteien zum Ausdruck kommen. Die emotionalen und kognitiven Gehalte bleiben nationalstaatlich geprägt und werden auch von den Parteien und politischen Eliten überwiegend als solche definiert. Der inzwischen eingetretene Kompetenztransfer von den nationalen Regierungen auf die europäische Ebene und die damit verbundene Einschränkung nationalstaatlicher Handlungsfähigkeit haben noch nicht zu einer Politisierung auf der europäischen Ebene geführt. Sie gilt vielen Bürgerinnen und Bürgern als eine zusätzliche Handlungsebene der Nationalstaaten, nicht als eigenständige Einwirkung auf die Mitgliedsstaaten.

Das entspricht der Art der Institutionalisierung der Europäischen Union. Die europäische Politik ist eine Integrationspolitik auf Systemebene, konzentriert sich auf ausgewählte Politikbereiche, insbesondere die Vereinheitlichung von Regulierungen des Wirtschaftslebens, die zumeist nur indirekt in die nationalen Verteilungskämpfe eingreifen. Nur gelegentlich haben sich kumulierende Ergebnisse der gewissermaßen „stillen“ Europäisierung von wirtschaftlichen Normen, Wettbewerbsregeln,

Berufsordnungen, Gesundheitsstandards und vieles mehr zum Dissens auf der Ebene symbolischer Wertrepräsentanz geführt. Insoweit brauchte die Europäische Union auch keinen hohen Grad der Identifikation durch ihre Bürger. Solange alle wesentlichen Interessen über die nationalstaatlichen Verfahren, Regulierungen und Organisationen formiert und repräsentiert werden, bestand keine Notwendigkeit für eine den Nationalstaat übergreifende Identifizierung und Selbstbeschreibung von Kollektiven mit der europäischen Ebene.

Dieser Zustand verändert sich schrittweise durch die zunehmenden Kompetenzen der europäischen Organe für die Sozialpolitik, die Innenpolitik und inzwischen auch schon die Kulturpolitik. Alle diese Politikfelder greifen in nationalstaatlich seit langem praktizierte und gewohnte Ordnungen ein, die mit tradierten Wertvorstellungen und Erwartungen verbunden sind. Es ist also zu erwarten, dass die bisher „stille Regulierungspolitik“ in eine „laute Umverteilungspolitik“ übergeht. Zudem nehmen die Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat zu. Dies alles führt zu einer Politisierung der Europapolitik und zu einer Aktivierung von Solidaritätsbedürfnissen auf der europäischen Ebene. Der Anteil der Beihilfen für Mitgliedsstaaten, die deutlich unter den Durchschnittswerten des europäischen Sozialprodukts liegen, steigt, die Problematik des Finanzausgleichs wächst, und eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik mit möglichen Auslandseinsätzen europäischer Streitkräfte kommt hinzu. Dies wird zu einer erhöhten Legitimitäts- und Solidaritätsgabe für die europäische Politik zwingen. Damit wird sich auch das Bedürfnis für eine stärkere europäische Identifikation einstellen. Solche Prozesse bewirken mehr für die Ausbildung einer europäischen Identifikation als Bemühungen um eine symbolische Identitätspflege, etwa durch die Wahl eines europäischen Präsidenten oder durch Volksabstimmungen über die neue europäische Verfassung. Europäische Ordnungen werden vielmehr durch verbindliche Normierungen mit Verhaltensprägung konkreti-

siert. Sie bestimmen Einkommenserwartungen, sozialpolitische Standards oder Ausbildungsstrukturen.

Dennoch, der Nationalstaat wird als zentrales politisches Identifikationsobjekt nicht an Bedeutung verlieren. Die Europäische Union soll ja nicht dem Modell des alten Nationalstaates folgen, keine Kompetenz-Kompetenz für alle Lebensbereiche erhalten, kein europäischer Hegemon gegenüber ihren Mitgliedern werden. Die Nationalstaaten bleiben in ihren sozial praktierten und bewährten Verfahren und Solidaritätsstrukturen zentral für den Interessenausgleich in den Mitgliedsstaaten. Ökonomische und soziokulturelle Konflikte bedürfen für ihre institutionalisierte Austragung einer interaktiven Dichte und sprachlichen Homogenität, welche auf der europäischen Ebene nicht gegeben sind. Insofern bilden die Nationalstaaten auch die Basis der Europäischen Union für den sozialen Frieden im Innern. Dies gilt gerade auch für die Bewältigung von Migrationsströmen, der Ausbildung von ethnischen und religiösen Minderheiten und der zunehmenden sozioökonomischen Differenzierung innerhalb der ehemals homogenen Nationalstaaten. Breite Partizipationschancen ermöglichen die konsensuale Paktierung von Ungleichheiten und bieten damit auch die Chance für die Gewaltlosigkeit von Konfliktaustragungen. Die Integrationskraft der nationalstaatlich verfassten Gesellschaft kann nicht durch die neuen europäischen Ordnungen ersetzt werden. Zugleich werden aber die Nationalstaaten europäisiert und mit ihnen auch die Identitätskriterien der Nationalstaaten. Mehrsprachige Funktionseliten werden sich rascher mit den europäischen Ordnungen identifizieren und aus der nationalen Orientierung lösen als die breite Bevölkerung. So werden sich verschiedene Trägergruppen für eine mehr europäische oder mehr nationalstaatliche Identifikation ausbilden. Verschiedene identitätsstiftende Ordnungen treten nebeneinander, werden situationsspezifisch abgewehrt und müssen untereinander vermittelt werden.

Transnationales Vertrauen in der erweiterten EU

Warum Europa Vertrauen braucht

„Vertrauen ist der Anfang von allem“ – mit diesem Slogan warb eine deutsche Großbank vor einiger Zeit um Kunden. Der Satz mag für Bankgeschäfte zutreffen – in Bezug auf Europa ist er nur die halbe Wahrheit. Denn die Anfänge der heutigen Europäischen Union gründeten gerade nicht auf überschäumendem Vertrauen zwischen den Völkern.¹ Misstrauen gegenüber den Deutschen war vielmehr das entscheidende Motiv zur supranationalen Institutionenbildung mit dem Ziel, einen weiteren Krieg zu verhindern. Heute, fünf Dekaden später, hat sich das Gesicht Europas radikal verändert. Deutschland ist seit langem ein verlässlicher Partner, und auch die Bedrohung durch den kommunistischen Block, die Westeuropa (und die USA) zusammengeschweißt hat, ist Vergangenheit. Mit der am 1. Mai 2004 abgeschlossenen Osterweiterung sind erstmals Länder der Union beigetreten, die bis 1989 zum feindlichen Lager zählten. Für die EU bedeutet der Verlust des äußeren Feindes, dass sie verstärkt auf innere Bindekräfte angewiesen ist. Doch welche Kräfte halten die Völker Europas zusammen?² Sprache fällt als identitätsstiftende Ressource aus, auch wenn Englisch immer mehr zur europäischen Funktionssprache wird; eine europäische Identität unter den EU-Bürgern ist nur schwach ausgeprägt; die kollektiven Erinnerungen an die zwei Weltkriege trennen und verbinden die Nationen gleichermaßen; und es gibt auch keine loyalitätsstiftende Krone wie beim Commonwealth. Gerade weil in der EU solcherart starke Bindungen fehlen, hängt viel von einer anderen Ressource ab: dem *Vertrauen*, dass die Völker Europas ineinander haben.

Im Fahrwasser der Sozialkapital-Forschung wurde Vertrauen in den letzten Jahren von den Sozialwissenschaften als wichtige gesellschaftliche Ressource identifiziert. Vertrauen ist die Erwartung,

dass sich andere verlässlich und freundlich verhalten – oder einem zumindest nicht schaden.³ Diese Erwartung beruht wesentlich auf der Annahme, dass fundamentale Werte geteilt werden. Vertrauen erleichtert das Miteinander. Wer vertraut, ist auch bereit, trotz Differenzen und Unterschieden zusammenzuarbeiten, was die Erstellung kollektiver Güter begünstigt. Vertrauen wird zudem als Grundlage für Solidarität angesehen, denn mit Vertrauen ist auch das Gefühl gegenseitiger Verpflichtung und Hilfe verbunden.⁴ Wer misstraut, empfindet dagegen eine unüberbrückbare soziale Distanz gegenüber anderen, eine Distanz, die sich in Indifferenz oder Feindseligkeit ausdrücken kann.

Wenn Vertrauen für nationale Gesellschaften so wichtig ist, dann umso mehr für supranationale Gemeinschaften. Anders als Nationalstaaten können Letztere nur in geringem Umfang auf nicht hinterfragte, gleichsam „mechanische“ Solidarität der Bevölkerung bauen. Weil geringere moralische Verpflichtungen zu kooperativem Verhalten und wechselseitiger Hilfe bestehen, ist Vertrauen im internationalen Kontext so wertvoll. Schon Forscher wie Karl Deutsch waren davon überzeugt, dass internationale politische Gemeinschaften Vertrauen und Gemeinschaftssinn brauchen, um eine „Sicherheitsgemeinschaft“ zu bilden: eine Gemeinschaft, in der die Menschen erwarten, dass etwaige Konflikte friedlich bewältigt werden.⁵ Es spricht viel dafür, dass Vertrauen eine gute Basis für solcherart Erwartungen ist.

Vertrauen über Landesgrenzen hinweg ist vor allem ein Indikator für die *soziale Integration* Europas, die zu unterscheiden ist von der politischen Integration.⁶ Beide Prozesse spielen sich auf unterschiedlichen Ebenen ab: soziale Integration informell zwischen nichtstaatlichen Akteuren; politische Integration formell zwischen Staaten.

3 Zur soziologischen Interpretation von Vertrauen vgl. die Übersicht von Martin Endress, *Vertrauen*, Bielefeld 2002.

4 Vgl. Eric Uslaner, *The Moral Foundation of Trust*, Cambridge 2002.

5 Vgl. Karl Deutsch u. a., *International Political Communities*, Garden City–New York 1966.

6 Zum Konzept der europäischen Sozialintegration vgl. Jan Delhey, *European Social Integration. From convergence between countries to transnational relations between peoples*. Discussion Paper, SP I 2004–201, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 2004.

1 Im Folgenden schließt die Bezeichnung „Europäische Union“ die institutionellen Vorläufer ein.

2 Vgl. zu dieser Frage z. B. Peter Flora, *Externe Grenz- bildung und interne Strukturierung – Europa und seine Nationen*, in: *Berliner Journal für Soziologie*, (2000) 2, S. 151–165; Ernst-Wolfgang Böckenförde, *Die Bedingungen der europäischen Solidarität*, in: *Transit*, 26 (Winter 2003/2004), S. 16–28.

Sozialintegration ist weiterhin davon zu unterscheiden, ob die Bürgerinnen und Bürger eine politische Integration Europas befürworten oder ablehnen. Man kann Menschen anderer Nationalität durchaus vertrauen, ohne eine engere Kooperation der Staaten und gemeinsame Institutionen zu wünschen. Doch umgekehrt ist eine weitergehende Einigung Europas schwer vorstellbar *ohne* entsprechendes grenzüberschreitendes Vertrauen in der Bevölkerung. Das gilt umso mehr, sollte die EU ihr Demokratiedefizit überwinden und sollten die Bürgerinnen und Bürger unmittelbarer über europäische Belange entscheiden können.

Max Weber hat eine Nation definiert als eine Gemeinschaft von Menschen, die füreinander solidarisch sind.⁷ Analog kann man für Europa fragen, wie verbunden sich die Europäer fühlen und wie stark Solidarität und Gemeinschaftssinn sind: wie sehr sich die Europäer vertrauen. Die soziale Integration, europäisch gedacht, nimmt dann zu, wenn das Vertrauen in die Bürger der anderen EU-Mitgliedsstaaten steigt; sie sinkt, wenn Misstrauen auf dem Vormarsch ist. Ihre „natürliche“ Grenze an Sozialintegration hat die Union dann erreicht, wenn die Menschen den Partnernvölkern ebenso vertrauen wie den eigenen Landsleuten.

Vertrauen in Europa – Ergebnisse der Umfrageforschung

Wie ist es nun um das Vertrauen in Europa bestellt? Empirisch kann man diese Frage mithilfe von Umfragen der Europäischen Kommission beantworten, den Eurobarometern (EB). In ihnen wird die Bevölkerung der EU-Mitgliedsstaaten repräsentativ zu Meinungen und Einstellungen zu Europa befragt – in unregelmäßigen Abständen auch zum Thema „gegenseitiges Vertrauen“. Im Folgenden fasse ich die Hauptergebnisse einer Untersuchung zusammen, die auf sieben EB-Umfragen aus den Jahren 1976–1997 beruht.⁸ Neuere Daten stehen leider nicht zur Verfügung, doch können Nationenimages als hinreichend stabil angesehen werden. Vertrauen wird im Eurobarometer wie folgt erfragt: „Ich möchte Sie nun danach fragen, wie viel Vertrauen Sie in die Menschen verschiedener Länder haben. Sagen Sie mir bitte für jedes Land, ob Sie ihnen (1) eher ver-

trauen oder (2) eher nicht vertrauen.“ Es folgt eine Liste von Nationen („Belgier, Dänen, Deutsche . . .“), deren Vertrauenswürdigkeit nacheinander zu beurteilen ist. Man erhält damit ein Vertrauensurteil der Befragten über die Bevölkerung jedes einzelnen EU-Staates, inklusive der eigenen Landsleute. Da für unseren Zweck kollektive Haltungen von Interesse sind (wie sehr vertrauen z. B. die Deutschen den Franzosen und umgekehrt), wurde ein *aggregierter Vertrauensindex* gebildet: Zieht man vom Prozentsatz der positiven Antworten („vertraue eher“) den Prozentsatz der negativen ab („vertraue eher nicht“), so kann man auf einer Skala von + 100 (vollständiges Vertrauen) bis – 100 (vollständiges Misstrauen) messen, wie sehr ein Volk einem anderen vertraut.

Beschränkt man sich zunächst auf die alte EU mit 15 Mitgliedern, so kann man Ende der neunziger Jahre tatsächlich von der Union als einer Sicherheitsgemeinschaft sprechen. Ganz überwiegend vertrauen die Europäer einander. Wenn wir ein Rating dann als „positiv“ werten, wenn der Anteil derjenigen, die Vertrauen äußern, zehn Prozentpunkte größer ist als der Anteil derer, die Misstrauen äußern, so sind 84 Prozent der binationalen Vertrauensbeziehungen in der EU der 15 „positiv“. Nur 2 Prozent sind „negativ“, die restlichen 14 Prozent „neutral“. In absoluten Zahlen bedeutet dies: Nur 5 der insgesamt 210 wechselseitigen Bewertungen fallen „negativ“ aus (die Griechen haben gegenüber den Briten, Deutschen, Dänen, Holländern und Belgiern mehr Misstrauen als Vertrauen). Sehr hohes Vertrauen haben z. B. die Belgier in die Luxemburger; die Holländer in Luxemburger, Dänen und Schweden; die Österreicher in die Deutschen; die Finnen in die Schweden; die Schweden in die Dänen – um nur einige Beispiele zu nennen.

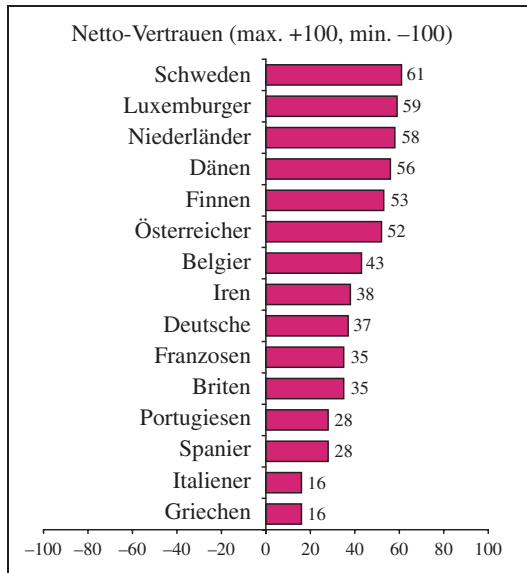
Allerdings gelten nicht alle Nationen als gleichermaßen vertrauenswürdig. *Abbildung 1* zeigt genauer, für wie vertrauenswürdig die einzelnen EU-Völker von den übrigen 14 Partnernationen im Durchschnitt gehalten werden. Als vertrauenswürdig gelten vor allem die Menschen aus den drei nordischen Mitgliedsstaaten, aus den Benelux-Staaten Luxemburg und Niederlande sowie aus Österreich. In der Sprache der Soziometrie gesprochen gibt es vier „Stars“: die Schweden, Niederländer, Luxemburger und Dänen. Sie zählen besonders häufig zu den nationalen Gruppen, denen das meiste Vertrauen entgegengebracht wird (das zeigt auch die soziometrische Karte der EU, vgl. *Abbildung 2*, S. 9). Den nach Bevölkerungsgröße und politischem Einfluss „schwergewichtigen“ Nationen Deutschland, Frankreich und England wird mittleres Vertrauen entgegengebracht. Menschen aus Südeuropa, insbesondere Italiener und Grie-

7 Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen, 1972⁵.

8 Methodische Feinheiten sowie ausführliche Ergebnisse und Interpretationen finden sich in Jan Delhey, *Nationales und transnationales Vertrauen in der Europäischen Union*, in: *Leviathan*, 32 (2004) 1, S. 15–45.

Abbildung 1: Die EU-Völker als Vertrauensempfänger

Durchschnittliches Vertrauen der 14 Partnervölker in . . .



Quelle: EB 47.0 (1997), eigene Berechnung.

chen, genießen das geringste Vertrauen. Doch auch ihnen gegenüber überwiegen positive Haltungen.

Offenbar gilt ein Volk dann als besonders vertrauenswürdig, wenn verschiedene Merkmale zusammenkommen: geringe Bevölkerungszahl, eine unkriegerische Geschichte, Wohlstand und ein funktionierendes Gemeinwesen, das sich unter anderem in geringer Korruption ausdrückt.⁹ In Kombination verdichten sich diese Merkmale offenbar zu einem Eindruck hoher Integrität, wie es bei den Skandinaviern und den Bewohnern der Benelux-Länder zu beobachten ist. Das vergleichsweise geringe Vertrauen in die Südeuropäer lässt sich spiegelbildlich erklären: Portugal, Spanien, Italien und Griechenland haben mehr Probleme mit Korruption und Schattenwirtschaft. Italien hat eine Mafia, Schweden nicht. Die Länder der Süderweiterung waren zudem bis in die siebziger Jahre durch autoritäre Regime politisch isoliert, und sie sind die ökonomischen Nachzügler in Westeuropa. Franzosen, Briten und Deutsche sind zwar annähernd so wohlhabend wie die Einwohner der nordischen Länder und der Benelux-Staaten,

⁹ Vgl. dazu auch Ronald Inglehart, Trust between Nations: Primordial Ties, Societal Learning and Economic Development, in: Karlheinz Reif/Ronald Inglehart (Hrsg.), Eurobarometer. The Dynamics of European Public Opinion. Essays in Honour of Jacques-René Rabier, Houndmills 1991, S. 145–185.

doch aufgrund der Bevölkerungsgröße und des politischen Gewichts lassen die – überwiegend kleineren – Partnernationen offenkundig eine gewisse Vorsicht walten.

Die Nationen lassen sich auch als *Geber* von Vertrauen betrachten. Auch bei dieser Betrachtungsweise stößt man auf ein Nord-Süd-Gefälle: In der Regel haben die Nord- und Westeuropäer mehr transnationales Vertrauen als die Südeuropäer. Schweden, Dänen und Niederländer führen die Rangliste der Kosmopoliten an, am Ende rangieren die Portugiesen und Griechen. Die Griechen sind auch die einzige Nation, in der die Bevölkerung den EU-Bürgern anderer Nationalität eher misstraut als vertraut.

Die Erweiterungen 1973–1995

Damit haben wir auch erste Hinweise darauf, welchen Einfluss die verschiedenen Erweiterungen auf das verfügbare Sozialkapital der Staatengemeinschaft gehabt haben. Dazu simulieren wir (mit der Umfrage von 1997) eine Union mit 6, 9, 12 und 15 Mitgliedsstaaten (vgl. zusätzlich *Tabelle 1*).

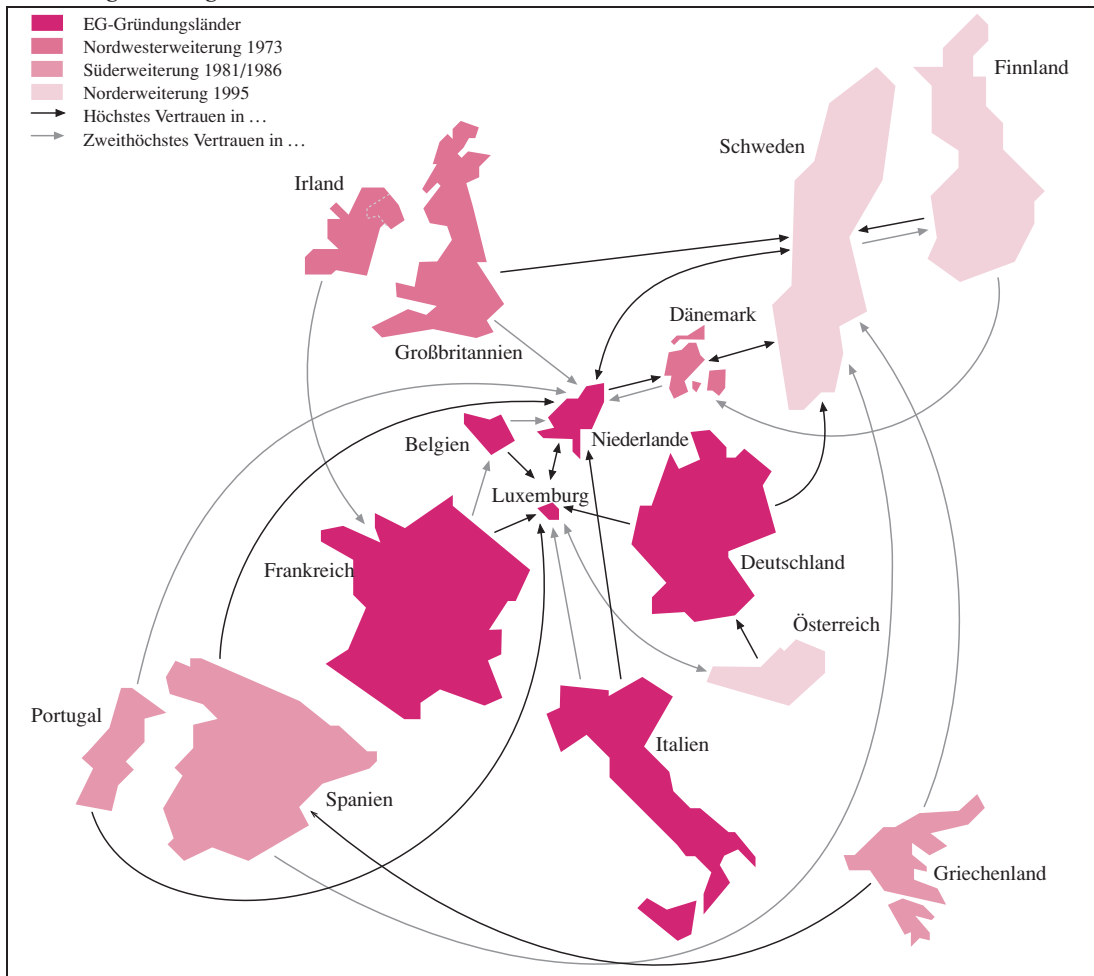
– Die Nordwesterweiterung von 1973 um Dänemark, Großbritannien und Irland hat sich insgesamt neutral ausgewirkt. Während die Dänen als Geber wie als Empfänger grenzüberschreitenden Vertrauens überdurchschnittliche Werte aufweisen, haben die Briten jeweils leicht unterdurchschnittliche Werte; die Iren entsprechen dem Schnitt der EU-6. Das durchschnittliche Vertrauen in der Gemeinschaft hat sich praktisch nicht verändert.

– Die zweistufige Süderweiterung um Griechenland (1981) sowie um Portugal und Spanien (1986) hat das Sozialkapital der EU verringert. Deren Bevölkerungen haben unterdurchschnittliches Vertrauen in die Partnervölker und werden umgekehrt von diesen auch in unterdurchschnittlichem Maße als vertrauenswürdig betrachtet. Die Süderweiterung war folglich eine zentrifugale, desintegrative Erweiterung, zumindest unter dem Aspekt des gegenseitigen Vertrauens.

– Die Norderweiterung von 1995 um Finnland, Schweden und Österreich wirkte integrativ (im Falle Österreichs nur als Empfänger von Vertrauen, als Geber neutral).

Die Erfahrung zeigt, dass sich die Aufnahme ärmerer Länder mit geringer Institutionenqualität und geringerer Geltungskraft universalistischer

Abbildung 2: Soziogramm der EU-15



Erläuterung: Für jede Nation liegen Informationen vor, wie viel Vertrauen sie in jedes der 14 EU-Partnervölker hat. Für die Abbildung wurden nur die zwei Partnervölker berücksichtigt, denen die einzelnen Nationen am meisten vertrauen. Diese sind durch Pfeile gekennzeichnet. Ein Pfeil muss jedoch nicht immer bedeuten, dass dahinter ein absolutes hohes Maß an Vertrauen steckt.

Quelle: EB 47.0 (1997), eigene Berechnung.

Verhaltensstandards negativ auf das Vertrauensvermögen der EU auswirkt.

Der Effekt der Osterweiterung

Diese Merkmale treffen im Wesentlichen auch auf die zehn neuen Mitgliedsstaaten zu. Hinzu kommen kulturelle Unterschiede zwischen West und Ost sowie im Falle der postkommunistischen Gesellschaften auch unterschiedliche politisch-ideologische Erfahrungen. So ist es keine Überraschung, dass die Osterweiterung das durchschnittliche transnationale Vertrauen in der EU verrin-

gert (vgl. *Tabelle 1*) – es ist Ausdruck der Tatsache, dass die EU-15-Bürger den Menschen aus den Beitrittsländern überwiegend nur geringes Vertrauen entgegenbringen. Allerdings können wir den Effekt der Osterweiterung derzeit nicht vollständig beziffern, weil erstens nur einige der Beitrittsländer in den Eurobarometer-Umfragen als zu bewertende Nationalitäten enthalten sind; und weil wir zweitens nicht wissen, wie viel Vertrauen die Menschen aus den neuen Mitgliedsstaaten untereinander und gegenüber den Völkern der „alten“ EU aufbringen.¹⁰ Wir haben derzeit also nicht einmal das halbe Bild zur Verfügung.

¹⁰ Es ist zumindest bekannt, dass das Vertrauen der Menschen in den Beitrittsländern in die eigene Bevölkerung und in Mitmenschen allgemein eher gering ist. Vgl. z. B. Richard

Tabelle 1: Transnationales Vertrauen und die Erweiterungen der EU

| | Durchschnitt des Vertrauens* | Standardabweichung des Vertrauens | Höchster Vertrauenswert | Niedrigster Vertrauenswert | Fälle (Länderpaare) |
|---------------------------------|------------------------------|-----------------------------------|-------------------------|----------------------------|---------------------|
| Vollständige Vertrauensmatrix | | | | | |
| EU 6 | 44 | 22 | 84 | - 9 | 30 |
| EU 9 | 42 | 21 | 84 | - 9 | 72 |
| EU 12 | 30 | 24 | 84 | -38 | 132 |
| EU 15 | 35 | 25 | 84 | -38 | 210 |
| Unvollständige Vertrauensmatrix | | | | | |
| EU 19/25 | 27 | 29 | 84 | -54 | 270 |

Skala des Vertrauens von +100 (jeder hat Vertrauen) bis -100 (jeder hat Misstrauen).

* zwischen den einzelnen Länderpaaren.

Weitere Erläuterung: *Vollständige Matrix* heißt, dass bei der Umfrage jede Nation sowohl beurteilende (Vertrauensgeber) wie auch beurteilte Nation (Vertrauensempfänger) war; bei der *unvollständigen Matrix* sind zusätzlich zu den EU-15 Völkern vier weitere Nationen verfügbar, jedoch nur als Beurteilungsobjekt. Zudem fehlen, um die vollständige EU 25 abzubilden, einige der neuen Mitgliedsstaaten (deshalb die Bezeichnung EU 19/25, gleichbedeutend mit 19 von 25).

Quelle: EB 47.0 (1997), eigene Berechnung.

Der vorhandene Ausschnitt des Bildes zeigt aber, dass die Westeuropäer den Polen, Ungarn, Tschechen und Slowaken nur wenig Vertrauen entgegenbringen (vgl. *Tabelle 2*). In vielen Ländern überwiegen negative Haltungen, besonders in den Anrainerstaaten Deutschland und Österreich (jeweils besonders gegenüber den Polen und Slowaken, während die Einstellung gegenüber den Ungarn neutral ist). Nun mag man Deutsche und Österreicher ob ihrer ablehnenden Haltung den östlichen Nachbarn gegenüber schelten – Tatsache ist, dass hier große Ängste vor Zuwanderung, Arbeitsplatzkonkurrenz, Lohndumping und Kriminalität vorherrschen, in den Grenzgebieten noch mehr als im Binnenland.¹¹ Einer Studie der EU-Kommission zufolge nennen zwei Drittel der potenziellen Migranten aus den Beitrittsländern Deutschland als Zielland, ein Zehntel Österreich.¹² Selbst wenn die vermeintliche Flut von Migranten ein durchaus kontrollierbarer Strom sein wird, kann kein Zweifel daran bestehen, dass diese beiden Länder die zentralen „Laboratorien“

auf westeuropäischer Seite sein werden, in denen das Experiment Osterweiterung auf seine Alltagstauglichkeit getestet werden wird.

Negativ eingestellt sind auch die Belgier, Luxemburger und Griechen, letztere selbst Anrainer des ehemals sozialistischen Blocks. Leicht überwiegenes Vertrauen haben die Spanier, Iren, Holländer, Briten und Schweden – allesamt Bevölkerungen von Ländern ohne Landesgrenze zur Erweiterungszone. Sie werden die Osterweiterung, ausgenommen die Schweden mit ihrer traditionell hohen Verflechtung mit den baltischen Staaten, eher virtuell über die Medien erleben, im Falle Spaniens und Irlands auch in Gestalt einer anonymen Kürzung von EU-Finanzhilfen. Als Fußnote ist interessant, dass die Briten den Polen, Ungarn und Tschechen deutlich mehr vertrauen als den Deutschen und Franzosen. Insbesondere im Falle des britisch-deutschen Verhältnisses sind die Wunden des Zweiten Weltkrieges offenbar noch nicht verheilt. Eine alternative Erklärung wäre eine gewisse Skepsis der Briten angesichts der engen deutsch-französischen Partnerschaft.

Den Ostmitteleuropäern wird von der EU-15-Bevölkerung also nur wenig Vertrauen entgegengebracht. Und es ist unwahrscheinlich, dass sich die Situation für die anderen Beitrittsländer fundamental unterscheidet, sieht man einmal von Sonderbeziehungen ab, wie die der Griechen zu den Zyprioten. Dies lässt auch eine deutsche Umfrage vermuten, nach der die Deutschen von den Beitrittsländern Ungarn die meiste Sympathie entgegenbringen, gefolgt von Malta, Estland und Zypern.¹³

Rose, Postcommunism and the Problem of Trust, in: Journal of Democracy, 5 (Juli 1994), S. 18–30. Neueste Umfragedaten in Ricarda Nauenburg, Quality of society, in: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Quality of Life in Europe. Descriptive Report, Dublin (i. E.).

11 Vgl. Hilde Weiss/Robert Strodl, Das Thema „EU-Osterweiterung“ in Österreich und seinen nord- und südöstlichen Grenzregionen. Zur Wirksamkeit kollektiver Identitäten, in: SWS-Rundschau, 43 (2003) 2, S. 233–255.

12 Vgl. Commission of the European Communities, The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Markets in the EU and the Member States. European Commission's Director General for Employment and Social Affairs, Brüssel 2001. Zum Migrationspotenzial vgl. auch Hubert Krieger, Migration trends in an enlarged Europe. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Dublin 2004.

13 Vgl. TNS Infratest Trendletter April 2004, Die Deutschen und die Ost-Erweiterung der Europäischen Union.

Tabelle 2: Vertrauen der EU-15-Bürger in die Menschen aus Beitritts- und Kandidatenländern

| Vertrauensgeber | Vertrauensempfänger | | | | |
|------------------|---------------------------------|-----------|-------|----------|--------|
| | Ungarn | Tschechen | Polen | Slowaken | Türken |
| | Vertrauensindex (+100 bis -100) | | | | |
| Belgien | -18 | -20 | -19 | -19 | -48 |
| Frankreich | + 8 | 0 | + 8 | -22 | -48 |
| Deutschland | + 4 | -18 | -47 | -54 | -55 |
| Italien | - 3 | - 8 | - 2 | -32 | -54 |
| Luxemburg | -12 | -16 | -26 | -34 | -51 |
| Niederlande | +23 | +22 | +10 | - 3 | -25 |
| Dänemark | +14 | +16 | - 1 | + 1 | -39 |
| Ver. Königreich | +23 | +20 | +30 | +11 | -20 |
| Irland | +21 | +15 | +24 | +10 | -10 |
| Griechenland | -18 | -12 | -18 | - 9 | -82 |
| Portugal | - 6 | - 5 | -17 | -45 | -57 |
| Spanien | +12 | +17 | +10 | -10 | -34 |
| Österreich | - 3 | -33 | -45 | -41 | -55 |
| Finnland | +35 | +18 | - 6 | + 2 | -37 |
| Schweden | +30 | +30 | + 3 | +18 | -10 |
| Jahr der Umfrage | 1997 | 1997 | 1997 | 1996 | 1996 |

Quelle: EB 47.0 (1997); EB 46.0 (1996), eigene Berechnung.

Problematischer noch als die Osterweiterung würde unter dem Aspekt des Vertrauens mit Sicherheit ein Beitritt der Türkei sein. Leichtes bis tiefes Misstrauen den Menschen aus der Türkei gegenüber ist die dominante Haltung in den alten Mitgliedsstaaten, nicht nur in Griechenland, dem traditionellen Rivalen der Türkei. Die Türkei als muslimisches Land hat geographisch und kulturell eine große Distanz zu (West-)Europa.¹⁴ Eine soziale Distanz, wie auch immer sie inhaltlich gefüllt sein mag, wird offenbar auch von der Mehrheit der EU-Bürger empfunden. Allerdings wird über die Aufnahme eines Landes, und damit auch der Türkei, allein nach politischen Kriterien entschieden, wobei die geostrategische Lage des Landes wohl ausschlaggebend sein wird.¹⁵

Die Beispiele Süd- und Osterweiterung (und auch Türkei) belegen ein verallgemeinerbares Muster: Die schrittweise Expansion der Staatengemeinschaft, vom Kern zur Peripherie, ist mit steigenden Kosten der Sozialintegration verbunden. Wird die Gemeinschaft größer und heterogener, schrumpft das mobilisierbare Vertrauensvermögen. Dies deutet auf einen Konflikt zwischen Erweiterung und Vertiefung der Union hin, der von EU-Politikern wie Staats- und Regierungschefs nicht hinreichend reflektiert wird.

14 Zur kulturellen Passfähigkeit vgl. Jürgen Gerhards, Paßt die Türkei kulturell in die Europäische Union?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. 2. 2004, S. 13. *Anmerkung der Redaktion:* Siehe auch den Beitrag von Jürgen Gerhards in dieser Ausgabe.

15 Vgl. Georg Vobruba, Das Projekt Europa und seine Grenzen. Von der Expansionsdynamik zur abgestuften Integration, in: Osteuropa, 54 (2004) 5–6, S. 61–75.

Wachsendes transnationales Vertrauen

Gleichwohl ist davon auszugehen, dass die Westeuropäer langfristig mehr Vertrauen in die Menschen aus den neuen Mitgliedsstaaten entwickeln werden. Diese optimistische Sicht lässt sich mit den in Westeuropa zu beobachtenden Trends seit den siebziger Jahren begründen. Im Zeitraum von 1976 bis 1997 ist das Vertrauensklima zwischen den Europäern freundlicher geworden. Dies ergibt sich z. B., wenn man als Indikator das durchschnittliche Vertrauen in Menschen aus den EU-9 Ländern betrachtet. In acht von zwölf Ländern, für welche die Trendanalyse möglich war, ist dieses transnationale Vertrauen über die zwei Jahrzehnte gewachsen. Mehr Vertrauen haben insbesondere die Italiener, Spanier, Luxemburger, Niederländer und Dänen entwickelt. Vom allgemeinen positiven Trend weichen nur vier Länder ab: In Irland, Großbritannien und Portugal ist das Vertrauen konstant geblieben (in Portugal bei heftigen Schwankungen), während es in Griechenland gesunken ist, nach einem vorübergehenden Anstieg zwischen 1980 und 1990. Im Falle der Griechen hat die EU-Mitgliedschaft *nicht* zu einer langfristig positiveren Einstellung gegenüber den Partnern geführt.

Als *Vertrauensempfänger* haben nun nahezu alle Nationen – mit Ausnahme der Deutschen – von der insgesamt positiven Entwicklung profitiert. Besonders interessant ist in unserem Zusammenhang, dass die Italiener, Iren, Portugiesen und Spa-

Tabelle 3: Transnationales Vertrauen der EU-15-Bürger* nach Altersgruppen

| Altersgruppen | Vertrauen in die Menschen aus: | | | |
|---------------|---|------------|-----------|----------------|
| | ... den EU-15 Partnerländern (einfacher Durchschnitt) | ... Ungarn | ... Polen | ... Tschechien |
| 15–24 Jahre | 46 | 17 | 9 | 7 |
| 24–34 | 44 | 11 | 3 | 3 |
| 35–44 | 40 | 6 | - 6 | - 5 |
| 45–54 | 43 | 9 | - 3 | - 1 |
| 55–64 | 32 | 0 | -14 | -12 |
| 65+ | 28 | - 4 | -11 | -14 |
| 75+ | 23 | - 6 | -10 | -19 |

* Populationsgewichteter Schnitt der EU-15-Bevölkerung.

Skala des Vertrauens von +100 (jeder hat Vertrauen) bis -100 (jeder hat Misstrauen).

Quelle: EB 47.0 (1997), eigene Berechnung.

nier überdurchschnittlich starke Gewinne an zugeschriebener Vertrauenswürdigkeit verzeichnen konnten – also gerade die nationalen Gruppen, mit denen sich weite Teile der EU-Bevölkerung in den siebziger und achtziger Jahren nicht so vertraut gefühlt haben. Geringeres Vertrauen als in den siebziger Jahren wird nur den Deutschen entgegengebracht, vermutlich ein Resultat der Vereinigung. Denn bis 1990 waren auch die Deutschen in der Gunst der EU-Partnervölker gestiegen. Doch seither werden die Deutschen wieder argwöhnischer betrachtet, möglicherweise aus Sorge vor einem zu starken wieder vereinigten Deutschland.

Ähnlich wie für Italien, Irland, Portugal und Spanien ist auch für die neuen Mitgliedsnationen ein allmählicher Imagegewinn zu erwarten. Hilfreich wird sein, dass sich Ostmitteleuropa in der Staatengemeinschaft politisch, gesellschaftlich und kulturell weiter an Westeuropa annähern wird. Mit der jüngsten Erweiterung (und davor bereits im Zuge der Systemtransformation und der Anpassung an die Beitrittskriterien) hat das westliche Europa sein Gesellschaftsmodell in wesentlichen Zügen nach Osten transportiert. Der Westen hat sich also gleichsam nach Osten ausgedehnt – die „Osterweiterung“ ist deshalb zugleich eine Ost- und Westerweiterung. Sozialpsychologisch funktioniert die zu erwartende Verringerung sozialer Distanz als self-fulfilling prophecy: „Wenn sich die da drüben dem Westen anschließen, können sie wohl schlecht Osteuropäer bleiben.“¹⁶ Langfristig wird das Vertrauen im erweiterten Europa steigen, doch bleibt abzuwarten, ob es gelingen wird, wieder das Niveau der alten EU-15 zu erreichen.

¹⁶ Janos Matyas Kovacs, Zwischen Ressentiment und Indifferenz. Solidaritätsdiskurse vor der EU-Erweiterung, in: Transit, 26 (Winter 2003/2004), S. 72–99.

Unterschiede zwischen den Generationen

Ein zweites Ergebnis deutet auf ein zukünftig wachsendes Sozialkapital in der erweiterten EU hin: die unterschiedliche Bereitschaft von Jung und Alt, Menschen anderer Nationalität zu vertrauen. Unabhängig davon, ob es um die Vertrauenswürdigkeit der EU-15-Völker oder der Menschen aus Polen, Ungarn und Tschechien geht – stets schenken die jüngeren Altersgruppen mehr Vertrauen als die älteren. Sofern die kosmopolitische Haltung der Jüngeren tatsächlich auf einen Generationen- und nicht auf einen Lebenszykluseffekt zurückzuführen ist, werden sich die Völker Europas auch durch den Austausch der Generationen näher kommen. Stärker als jede andere Altersgruppe vor ihr wachsen die 15- bis 24-Jährigen in einer globalisierten MTV-Kultur auf, und auch die Ost-West-Konfrontation hatte auf sie nur eine geringe sozialisierende Wirkung.¹⁷ Im Vergleich zu den Jüngeren ist das Vertrauen der über 55-Jährigen deutlich geringer und am geringsten bei den Altersgruppen, die den Zweiten Weltkrieg als Kinder (197 die über 65-Jährigen) oder junge Erwachsene (die über 75-Jährigen) erlebt haben.

Doch ungeachtet dieses Generationeneffekts – das grundlegende soziometrische Muster, nach dem die Nordeuropäer als besonders vertrauenswürdig eingestuft werden, während die Ostmitteleuropäer auf reserviertes Vertrauen stoßen, finden wir auch bei den jungen Westeuropäern wieder.

¹⁷ Noch einmal sei daran erinnert, dass die zugrunde liegende Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 1997 stammt.

Nation und Europa: ein Gegensatz?

Generell gilt in Europa auch heute noch: Die eigenen Landsleute sind uns immer noch am nächsten. In aller Regel haben die EU-Bürgerinnen und Bürger in die eigene Gruppe mehr Vertrauen als in Menschen anderer Nationalität. Mit anderen Worten: Man zieht immer noch eine soziale Grenze zwischen „sich“ (die eigene Nation) und „den anderen“ (Europa). Diese Grenze ist in einigen Fällen zwar stärker als in anderen, doch gezogen wird sie überall. Der Tendenz nach ist der Ethnozentrismus im Süden Europas stärker als im Norden; besonders die Griechen und Portugiesen vertrauen den Landsleuten weit mehr als Menschen aus anderen Ländern. Eine Ausnahme von der Regel sind die Italiener. Doch deren geringer Ethnozentrismus kommt nicht etwa dadurch zustande, dass sie den anderen Europäern so positiv gegenüberstünden. Vielmehr haben die Italiener kein großes Vertrauen in die eigenen Landsleute.

Die Grenze zwischen Nation und Europa ist zudem erstaunlich stabil. Die Trendanalyse seit den siebziger Jahren ergibt, dass sie kaum durchlässiger geworden ist. Ist dies nicht ein Widerspruch zur obigen Feststellung, dass das transnationale Vertrauen über die Jahre gestiegen ist? Nein, denn das Vertrauen in die eigenen Landsleute ist seinerseits fast überall angestiegen – bisweilen sogar stärker als das transnationale. Nur in drei Ländern – Belgien, Westdeutschland¹⁸ und Luxemburg – ist der

18 Die Beschränkung auf die Westdeutschen wurde gewählt, um die zeitliche Entwicklung des Vertrauens sauber nachvollziehen zu können, ohne Beeinflussung durch die deutsche Vereinigung.

Abstand zwischen nationalem und transnationalem Vertrauen geringer geworden. Oder anders formuliert: Nur in drei Ländern macht die Bevölkerung, verglichen mit den siebziger Jahren, nicht mehr einen so großen Unterschied zwischen Landsleuten und EU-Ausländern. Hingegen hat in Frankreich, Italien, Dänemark und Griechenland der Ethnozentrismus zugenommen – allerdings auf einem heute höheren Niveau an grenzüberschreitendem Sozialkapital als noch in den siebziger Jahren (mit Ausnahme von Griechenland), was für das europäische Projekt wohl der wichtigere Befund ist.

Noch aus einem weiteren Grund geht von dem stärkeren Vertrauen in die eigenen Landsleute keine Gefahr für Europa aus: Diejenigen, die ihren Landsleuten Vertrauen schenken, haben tendenziell auch mehr Vertrauen in Menschen anderer Nationalität als diejenigen, die selbst die eigenen Landsleute mit Skepsis sehen. Vertrauen beginnt also in der Heimat. Wer den eigenen Landsleuten vertraut, hat auch eine positivere Einstellung gegenüber anderen Nationen.¹⁹ Sozialwissenschaftler sehen nationale und europäische Integration häufig als Gegensätze, doch beim sozialen Vertrauen schließen sich Nation und Europa als Bezugspunkte nicht aus – im Gegenteil.

19 Dieser Zusammenhang wurde bereits in den fünfziger Jahren festgestellt. Vgl. William Buchanan/Hadley Cantril, *How nations see each other*, Urbana 1953.

Europäische Werte – Passt die Türkei kulturell zur EU?

Einleitung

Seit 1963 hat die Türkei den Status eines assoziierten Mitglieds der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), und seither klopft das Land an die Tür der Europäischen Union (EU) und bittet um Mitgliedschaft. Der Europäische Rat wird im Dezember 2004 auf der Grundlage einer Prüfung und Empfehlung der Kommission entscheiden, ob die Gemeinschaft mit der Türkei in die Beitrittsverhandlungen einsteigen wird oder nicht. Im Zentrum der politischen Debatte über eine EU-Mitgliedschaft der Türkei stehen dabei nicht so sehr die ökonomischen Unterschiede zwischen der EU und der Türkei, sondern mögliche *kulturelle* Differenzen. Kritiker eines Beitritts der Türkei machen geltend, dass sich die jetzigen Mitglieder der EU und die Türkei auf Grund einer ganz anderen Geschichte, unterschiedlicher geisteshistorischer Traditionen, vor allem aber auf Grund einer anderen Religionsorientierung fundamental voneinander unterscheiden, und die Türkei insofern keine hinreichenden kulturellen Gemeinsamkeiten mit den derzeitigen EU-Mitgliedsländern aufweist. Einige der Befürworter eines Beitritts der Türkei bezweifeln, dass die kulturellen Unterschiede zwischen der Türkei und Europa fundamentaler Natur sind; andere versprechen sich von der Mitgliedschaft der Türkei in der EU eine forcierte Anpassung der Türkei an die so genannten westlichen Werte; wiederum andere betonen die Bereicherung, die mit einer kulturellen Heterogenität verbunden sein kann.

Eine Antwort auf die Frage, ob die Türkei kulturell zur EU passt oder nicht, setzt einerseits die Definition und Begründung eines Bezugspunktes voraus, der gleichsam die Richtschnur abgibt, an der gemessen man darüber entscheiden kann, ob die Türkei zur EU passt oder nicht. Sie bedarf andererseits einer empirischen Bestimmung des kulturellen Ist-Zustandes der Türkei und der Mitgliedsländer der EU. Durch Kontrastierung der beiden Kulturen lassen sich Aussagen darüber for-

Anmerkung der Redaktion: Zum Thema s. auch Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33–34/2004.

mulieren, in welchem Maße die Türkei kulturell zur Europäischen Union passt oder nicht.¹

Der normative Bezugspunkt: Die EU als Wertegemeinschaft

Bei dem Versuch, die kulturelle Identität Europas zu bestimmen und daraus Passungskriterien für Beitrittsländer abzuleiten, lassen sich zwei Grundpositionen unterscheiden, die sich beide wiederum von einer dritten, hier zu Grunde gelegten Sichtweise abheben.

Erstens: Als historische *Substantialisten* kann man diejenigen Autorinnen und Autoren bezeichnen, die inhaltliche Merkmale der kulturellen Besonderheit Europas meist mit Bezug auf die Geschichte definieren und daraus Mitgliedschaftskriterien ableiten. Manche Beobachter sehen die kulturelle Besonderheit in den besonderen geisteshistorischen Wurzeln Europas begründet, die von der jüdisch-griechisch-römischen Antike über die Renaissance, die Aufklärung bis hin zum modernen Wissenschaftsverständnis reichen. Gesellschaften, die nicht in dieser geisteshistorischen Traditionslinie stehen, wie beispielsweise die Türkei, passten folglich nicht zu Europa. Andere definieren die kulturelle Identität Europas durch Rekurs auf das Christentum. „Die europäische Identität bezieht (...) ihren spezifischen Charakter direkt und indirekt aus jener Religion, durch die Europa als kulturelle Einheit geformt wurde, nämlich das Christentum.“² Auch für Samuel Huntington ist Religion die zentrale Größe zur

1 Die folgenden Ausführungen stützen sich auf Ergebnisse eines Forschungsprojekts, das von der Volkswagenstiftung finanziert wurde und dessen Befunde bald in Buchform vorliegen werden. Vgl. Jürgen Gerhards, unter Mitarbeit von Michael Hölscher, Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei, Wiesbaden 2004. Sie sind während eines Aufenthalts am „Swedish Collegium for Advanced Study in the Social Sciences“ (SCASSS) formuliert worden.

2 Rémi Brague, Orient und Okzident. Modelle ‚römischer‘ Christenheit, in: Otto Kallscheuer (Hrsg.), Das Europa der Religionen. Ein Kontinent zwischen Säkularisierung und Fundamentalismus, Frankfurt/M. 1996, S. 45.

Abgrenzung der verschiedenen Kulturräume und dient ihm zur Definition der Grenzen Europas.³ Ähnlich argumentieren die beiden Historiker Hans-Ulrich Wehler und Heinrich August Winkler, die sich, wenn auch mit unterschiedlicher Verve, sehr deutlich gegen eine Aufnahme der Türkei in die EU ausgesprochen haben:⁴ „Nach geographischer Lage, historischer Vergangenheit, Religion, Kultur, Mentalität ist die Türkei kein Teil Europas.“⁵ Beide Autoren betonen vor allem, dass die Türkei moslemisch und die EU christlich sei und dies nicht zusammenpasse.

Die von den zitierten Autoren favorisierte Bestimmung der kulturellen Identität Europas hat eine empirische und eine normative Dimension. Keine Frage: Die jetzigen Mitgliedsländer stehen in einer christlichen Traditionslinie. Ob man daraus aber ableiten kann, dass Länder, die in der Traditionslinie einer anderen Weltreligion stehen, nicht Mitglied der EU werden können, ist eine normative Setzung. Die Nichtvereinbarkeit von zwei Weltreligionen ist eine Festlegung der zitierten Autoren, die sich wissenschaftlich nicht gut legitimieren lässt. Die Tatsache, dass z. B. die Türkei kein christliches Land ist, ist an sich noch kein Grund, diese nicht in die EU aufzunehmen; denn die Religionsfreiheit der Bürger wird ja gerade von der EU garantiert, und dazu gehört eben auch die Freiheit, Moslem zu sein.

Zweitens: Als *Konstruktivisten* kann man diejenigen Autorinnen und Autoren bezeichnen, die zeigen (wollen), dass die von Substantialisten ins Feld geführten Kriterien nicht haltbar sind und dass alle Merkmale, die man zur inhaltlichen Bestimmung der Kultur Europas einführt, historisch konstruierte sind. Aus dieser Argumentation wird abgeleitet, dass die Identität Europas und damit die Kriterien für die Mitgliedschaft in der EU kontingent und folglich voluntaristisch formulierbar sind. Exemplarisch kann man diese Position an der Argumentation von Wolfgang Burgdorf erläutern.⁶ Burgdorf zeigt, dass die territorialen Grenzen Europas historisch recht flexibel waren, man entsprechend aus der Geschichte kein Argument für eine territoriale Grenze Europas ableiten kann. Er zeigt weiterhin, dass die Bezugnahme auf die Antike keine plausible Begründungsfolie offeriert,

weil sich die Ausbreitung antiker Ideen auf den Mittelmeerraum erstreckte, damit einerseits Teile der heutigen Türkei einschloss, andererseits weite Teile des heutigen Territoriums der Mitgliedsländer der EU ausschloss. Schließlich betont er, dass auch das Christentum nicht als Bezugspunkt für ein Identitätskonzept erhalten kann, nicht nur weil der Apostel Paulus im heutigen Gebiet der Türkei aufwuchs und das Christentum aus dem Vorderen Orient und nicht aus Europa stammt, sondern weil dem Christentum ebenso viele anti-aufklärerische Züge eigen sind wie dem Islam. Burgdorf und andere ähnlich argumentierende Autoren ziehen folgende Schlussfolgerung: Eine substantielle Bestimmung der Kultur Europas ist nicht möglich, und folglich ist es ein voluntaristischer Akt, die Grenzen Europas festzulegen.⁷

Drittens: Die hier vertretene Position kann man als *empirischen Substantialismus* oder als *verfassungspositivistisch* bezeichnen. Diese Sichtweise grenzt sich gegenüber konstruktivistischen Positionen insofern ab, als sie davon ausgeht, dass es durchaus substantiell bestimmbare Werte gibt, die für die europäische Union konstitutiv sind. Sie unterscheidet sich vom historischen Substantialismus insofern, als sie die Bestimmung der Werte nicht selbst übernimmt, sondern die normative Frage in eine empirische verwandelt und fragt, welche Werte die Gemeinschaft der EU-Mitgliedsländer für sich selbst als bedeutsam erachtet. Im Artikel 2 Absatz 2 des vom Konvent ausgearbeiteten Verfassungsentwurfs heißt es: „Die Union steht allen europäischen Staaten offen, die ihre Werte achten und sich verpflichten, ihnen gemeinsame Geltung zu verschaffen.“⁸ Die europäische Union definiert sich nicht durch eine gemeinsame Religion, Ethnie, Sprache oder auch territorial festgelegte Grenze; im Hinblick auf all diese Elemente ist die Union unterbestimmt bzw. versteht sich als eine pluralistische Gemeinschaft. Die Bezugnahme auf das europäische Recht und vor allem auf die Vertragstexte zur Bestimmung der Werte der EU ist in zweifacher Hinsicht ein gut begründbarer normativer Bezugspunkt. Zum einen handelt es sich bei dem europäischen Recht nicht um unverbindliche Sonntagsreden von Politikern, sondern um rechtsverbindliche Verträge, die qua Rechtsstatus Geltung beanspruchen dürfen. Zum anderen ist zumindest das Primärrecht, bestehend aus den Verträgen, ein von den Regierungen der Mitgliedsländer ausgehandeltes und unterzeichnetes Recht, das einen hohen demokratischen *Legitimitätsanspruch* erheben kann. Die Regierungen werden von den Bürgern gewählt, die im Recht verkör-

3 Vgl. Samuel P. Huntington, *Der Kampf der Kulturen. The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München – Wien 1996, S. 251 f.

4 Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Das Türkenproblem*, in: *Die Zeit*, Nr. 38 vom 12. September 2002, S. 9; Heinrich August Winkler, *Wir erweitern uns zu Tode*, in: *Die Zeit*, Nr. 46 vom 7. November 2002, S. 6.

5 H.-U. Wehler, ebd.

6 Vgl. Wolfgang Burgdorf, *Die europäische Antwort. Wir sind der Türkei verpflichtet*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. Januar 2004, S. 31.

7 Vgl. ebd.

8 Europäischer Konvent, *Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung Europas*, Brüssel, 27. Juni 2003.

perte Werteordnung der EU ist insofern demokratisch legitimiert.

Wir haben die für die EU konstitutiven Werte aus dem Primär- und Sekundärrecht, vor allem aus dem Verfassungsentwurf, rekonstruiert, dabei verschiedene Wertsphären – Religion, Ökonomie, Politik, Familie und Geschlechtsrollen etc. – unterschieden und jeweils inhaltlich bestimmt, welche Vorstellungen die EU im Hinblick auf diese Wertsphären entwickelt hat. Das im Recht zum Ausdruck kommende kulturelle Selbstverständnis der EU dient also als Bezugspunkt zur Beantwortung der Frage, ob und in welchem Maße Beitrittskandidaten zur EU passen oder nicht. Es gilt zu prüfen, ob die Werte der EU von den Bürgerinnen und Bürgern unterstützt werden und ob es zwischen den EU-Ländern und den Beitritts- bzw. Bewerberländern signifikante Unterschiede gibt. Empirische Grundlage der Analyse bilden Sekundäranalysen von repräsentativen Bevölkerungsbefragungen, die in den Mitglieds- und Beitrittsländern und der Türkei durchgeführt und in denen die Bürger nach Werteeinstellungen gefragt wurden. Wir prüfen für jeden der Wertebereiche, inwieweit die Werte der EU (Soll-Vorstellungen) von den Bürgern in den west- und mittel-osteuropäischen Ländern und der Türkei akzeptiert werden (Ist-Zustand).

Auch zu der Bestimmung des „Ist-Zustands“ finden sich in der Diskussion Alternativen zu der hier vorgeschlagenen Vorgehensweise, die uns aber weniger plausibel erscheinen. Die beiden Historiker Hans-Ulrich Wehler und Heinrich August Winkler bestimmen z. B. den faktischen Unterschied zwischen der Türkei und der EU vor allem durch Rekurs auf eine unterschiedliche und konflikthafte Geschichte.⁹ Eine unterschiedliche Geschichte und die Tatsache, dass das muslimische Osmanenreich Kriege gegen das christliche Europa geführt und vor den Toren Westeuropas gestanden hat, spricht aber nicht gegen eine Aufnahme der Türkei in die EU. Die Tatsache, dass Deutschland im letzten Jahrhundert Europa und die halbe Welt zweimal mit einem Krieg überzog, hat auch nicht dazu geführt, dass Deutschland nicht Teil des politischen Europas geworden ist. Ganz im Gegenteil: Gerade um einen deutschen Sonderweg auch in der Zukunft zu verhindern, wurde die Bundesrepublik in das westliche Bündnis integriert. Das Argument historischer Feindschaft sticht nur dann, wenn die unterschiedlichen historischen Erfahrungen auch noch in der Gegenwart wirkungsmächtig sind und die kulturellen Orientierungen eines Landes und seiner Bürger weiterhin anleiten. Wenn man die Kultur eines

Landes durch die Werteorientierungen seiner Bürgerinnen und Bürger zum gegenwärtigen Zeitpunkt operationalisiert, dann ist damit sichergestellt, dass es sich um eine gegenwärtige und nicht um eine historische Messung von Kultur handelt.

Empirische Befunde: Die Werteorientierung der Bürger

Die wichtigste Datengrundlage für die Bestimmung der Werteorientierung der Bürger bildet der „European Value Survey“ von 1999/2000.¹⁰ Die nationalen Stichproben sind mit mindestens 1 000 Befragten für die jeweilige Gesellschaft repräsentativ. Es wurden Personen ab dem 18. Lebensjahr mündlich befragt. Da die Europäische Union den Ländern Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern die Mitgliedschaft bereits gewährt hat und den beiden Ländern Bulgarien und Rumänien in einer zweiten Runde gewähren wird, wäre es nicht plausibel, die kulturelle Nähe der Türkei zur Europäischen Union allein auf die jetzigen westeuropäischen Länder zu beziehen. Wir unterscheiden in unseren Analysen entsprechend folgende Gruppen: „Alte“ Mitgliedsländer der EU (15), neue Mitgliedsländer, die seit dem 1. Mai 2004 Mitglieder der EU sind, zukünftige Mitgliedsländer (Bulgarien und Rumänien) und die Türkei; wir analysieren die kulturellen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen diesen Gruppen bezüglich unterschiedlicher Wertsphären.

Religion

Die EU versteht sich als eine Wertegemeinschaft, die selbst keine spezifische religiöse Orientierung präferiert und entsprechend religiös ungebunden ist.¹¹ An keiner Stelle des Primär- und des Sekundärrechts finden sich Aussagen, welche die EU an eine konkrete Religion binden oder auf diese verpflichten. Obwohl alle Mitgliedsländer der EU in einer christlichen Traditionslinie stehen, fehlt der

¹⁰ Gute Informationen zum „European Value Survey“ findet man zum einen unter: <http://www.europeanvalues.nl>, zum anderen in Loek Halman u. a., *The European Values Study: A Third Wave. Source Book of the 1999/2000 European Values Study Surveys*, Tilburg 2001. Der Datensatz ist über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln unter der Nummer 3811 zu beziehen.

¹¹ Vgl. Gerhard Robbers (Hrsg.), *Religionsrechtliche Bestimmungen in der Europäischen Union*. www.uni-trier.de/~ievr/Eureligionsrecht/eureligion-de-pdf (2. Juli 2003); ders., *Status und Stellung von Religionsgemeinschaften in der Europäischen Union*, in: Michael Minkenberg/Ullrich Willems (Hrsg.), *Politik und Religion. Sonderheft 33 der Politische Vierteljahresschrift*, Wiesbaden 2003, S. 139–163.

⁹ Vgl. H.-U. Wehler und H. A. Winkler (Anm. 4).

Tabelle 1: Prozentanteil der Bürger, die folgenden Meinungen zustimmen

| | „Religion ist in meinem Leben sehr wichtig“* | „Politiker, die nicht an Gott glauben, sind ungeeignet für ein öffentliches Amt“** | „Es wäre besser für das Land, wenn mehr Menschen mit einer starken religiösen Überzeugung politische Ämter innehätten“ |
|---|--|--|--|
| Alte EU-Länder | 17,9 | 12,2 | 18,7 |
| Neue EU-Länder | 23,1 | 18,5 | 31,3 |
| Zukünftige Mitgliedsländer (Bulgarien und Rumänien) | 34,1 | 38,8 | 47,3 |
| Türkei | 81,9 | 62,3 | 57,1 |

* Die Frage wurde mit Hilfe von vier Antwortalternativen erhoben (sehr wichtig, wichtig, nicht wichtig, überhaupt nicht wichtig). Wir geben die Prozentsatzwerte für die Ausprägung „sehr wichtig“ wieder.

** Zur Beantwortung dieser wie der nächsten Frage standen fünf Antwortalternativen zur Verfügung (stimme voll zu, stimme zu, weder noch, stimme nicht zu, stimme überhaupt nicht zu). Die Tabelle gibt die Prozentsätze der addierten beiden Zustimmungen wieder.

Quelle: „European Value Survey“.

Verweis auf das Christentum oder auf Gott in dem Verfassungsentwurf.¹² Die Union achtet die Vielfalt der Religionen (Artikel II-22 von Teil II des Verfassungsentwurfs); sie verbietet Diskriminierungen auf Grund von Religion (Artikel II-21). Die Union versteht sich als säkulare Wertegemeinschaft, die sich für eine Trennung der Sphären von Religion und Gesellschaft ausspricht. Sie weist der Religion ihren ausdifferenzierten Platz in der Gesellschaft zu und schützt diesen; sie erwartet zugleich von den Religionsgemeinschaften und den Bürgern wechselseitige religiöse Toleranz. Die Tatsache, dass die Bürgerinnen und Bürger der Türkei in erster Linie Muslime und jene der Mitglieds- und vieler Beitrittsländer hingegen in erster Linie Christen sind, ist also mit den normativen Grundlagen der EU gut vereinbar. Die EU betont ja gerade die Religionsfreiheit und befürwortet einen religiösen Pluralismus.

In welchem Maße wird aber die Vorstellung der Trennung der Sphären und der Wert der religiösen Toleranz von den Bürgern in den verschiedenen Ländern unterstützt? *Tabelle 1* gibt darauf eine Antwort:

Während für die Bürgerinnen und Bürger der alten und neuen EU-Länder die Religion für die eigene Lebensführung keine sehr hohe Wichtigkeit hat, steigt deren Bedeutung für jene der zweiten Beitrittsrunde (und hier vor allem für die Rumänen) und ist besonders bedeutsam für die Türken. Die Trennung von Religion und Lebensführung ist in diesen Fällen nicht sehr weit gediehen. Ähnlich sind die Ergebnisse im Hinblick auf die Idee der Trennung zwischen Religion und Politik. Während diese Trennung in den jetzigen Mitgliedsländern der EU eine von den Bürgerinnen und Bürgern deutlich akzeptierte Vorstellung ist, findet sie

weniger Zustimmung in den Ländern der zweiten Beitrittsrunde, wird aber am deutlichsten und mehrheitlich von den Menschen in der Türkei abgelehnt. Diese sind mehrheitlich der Auffassung, dass politisches Handeln religiös angeleitet sein soll. Insofern erweist sich die Türkei in dieser Dimension als das am wenigsten mit den Werten der EU übereinstimmende Land.

Die Europäische Wertestudie enthält leider nur eine einzige Frage, die zur Operationalisierung der Dimension „Toleranz“ gegenüber anderen Religionsgemeinschaften herangezogen werden kann, und auch dies nur mit Einschränkungen. In fast allen Ländern wurde gefragt, ob man etwas dagegen hätte, wenn ein Moslem in der Nachbarschaft lebe. Leider ist eine sinngemäße Frage (Christen in der Nachbarschaft) in der Türkei nicht gestellt worden. Allerdings wurde in allen Ländern gefragt, ob man etwas dagegen hätte, wenn ein Jude in der Nachbarschaft leben würde. 8,3 Prozent in den alten EU-Ländern, 14,5 Prozent in den zehn neuen EU-Ländern, 20,2 Prozent in den beiden zukünftigen EU-Ländern sowie 61,9 Prozent der Türken sagen, dass sie etwas dagegen hätten, Juden als Nachbarn zu haben. Nun ist dieser Befund mit Vorsicht zu interpretieren, da der hier benutzte Indikator eine mehrdeutige Messung von Religionstoleranz darstellen kann. Man kann vermuten, dass die Frage nach der Toleranz gegenüber Juden auch und gerade in moslemischen Ländern antiisraelische Einstellungen misst, die sich aus der Politik Israels gegenüber den Palästinensern speisen. Andererseits spricht folgende empirische Analyse für die These, dass die Religionstoleranz in der Türkei nicht sonderlich ausgeprägt ist. In den „World Value Surveys“ von 1990 und 1995/97 wurde die Frage gestellt, ob man etwas dagegen hätte, wenn ein Moslem in der Nachbarschaft leben würde; in der Türkei wurde gefragt, ob man

¹² Vgl. Europäischer Konvent (Anm. 8).

etwas dagegen hätte, wenn ein Christ in der Nachbarschaft leben würde. In beiden Umfragen zeigt sich, dass die religiöse Toleranz in der Türkei von allen hier analysierten Ländern am geringsten ist: 1990 waren es 54,7 Prozent der Befragten, 1995/97 49,1 Prozent der Befragten, die keine Christen in ihrer Nachbarschaft wünschten.¹³

Repräsentative Demokratie und Zivilgesellschaft

Die Europäische Union versteht sich als ein Verband demokratischer Staaten und bezeichnet ihre eigene Institutionenordnung als eine demokratische Ordnung. Die zentrale Bedeutung von Demokratie für die Union kommt deutlich im Verfassungsentwurf zum Ausdruck. Der Präambel der gesamten Verfassung ist ein Zitat von Thukydides vorangestellt: „Die Verfassung, die wir haben (. . .) heißt Demokratie, weil der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf die Mehrheit ausgerichtet ist.“ In Titel VI des Verfassungsentwurfs, überschrieben mit „Das demokratische Leben der Union“ heißt es in Artikel 45 „Grundsatz der repräsentativen Demokratie“: „(1) Die Arbeitsweise der Union beruht auf dem Grundsatz der repräsentativen Demokratie. (2) Die Bürgerinnen und Bürger sind auf Unionsebene unmittelbar im Europäischen Parlament vertreten. Die Mitgliedstaaten werden im Europäischen Rat und im Ministerrat von ihren jeweiligen Regierungen vertreten, die ihrerseits den von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten nationalen Parlamenten Rechenschaft ablegen müssen.“¹⁴

Dass die Institutionenordnung der Türkei den demokratischen Grundprinzipien nur partiell genügt, wird von den Skeptikern eines EU-Beitritts der Türkei immer wieder als Argument formuliert, die Türkei nicht in die Union aufzunehmen. Nun besteht kein Zweifel, dass die Türkei in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen hat, demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien zu institutionalisieren: Die Minderheitenrechte wurden gestärkt, die Todesstrafe abgeschafft. Wie verhält es sich aber mit den demokratischen Einstellungen ihrer Bürgerinnen und Bürger? Ein Blick auf die Umfrageergebnisse kommt zu ambivalenten Befunden: Einerseits gilt, dass alle in den hier unterschiedenen vier Ländergruppen mehrheitlich die Demokratie als die beste Staatsform ansehen. Auf die Frage, ob sie die Demokratie im Vergleich zu anderen Staatsformen als die beste aller Regierungsformen

betrachten, stimmen 93,5 Prozent der Bürger der alten Mitgliedsländer, 89,3 Prozent der Bürger der neuen Mitgliedsländer, 81,2 Prozent der Bürger der beiden Beitrittskandidaten Bulgarien und Rumänien und 87,9 Prozent der türkischen Bürger zu.¹⁵ Andererseits zeigen sich aber deutliche Unterschiede zwischen den Ländergruppen, wenn es um die Akzeptanz konkreter Merkmale einer repräsentativen Demokratie geht. Demokratie lebt u. a. von der Kontrolle der gewählten Vertreter durch das Parlament und die Bürger. Die Akzeptanz einer starken Führung, die unabhängig ist von Parlament und Wahlen, ist in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich ausgeprägt (vgl. Tabelle 2).¹⁶

Tabelle 2: Prozentsatz der Bürger, die der Aussage zustimmen „Man sollte einen starken Führer haben, der sich nicht um das Parlament und Wahlen kümmern muss.“

| | |
|---|------|
| Alte EU-Länder | 24,2 |
| Neue EU-Länder | 27,4 |
| Zukünftige Mitgliedsländer (Bulgarien und Rumänien) | 56,5 |
| Türkei | 66,1 |

Quelle: „European Value Survey“.

Während der Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die eine starke Führerschaft präferieren, in den alten und neuen Mitgliedsländer der EU bei ca. einem Viertel der Befragten liegt, beträgt dieser Anteil in den Ländern der zweiten Beitrittsrunde (Bulgarien und Rumänien) mehr als 50 Prozent und in der Türkei zwei Drittel der Befragten. Trotz einer generalisierten Zustimmung zur Demokratie als der besten Staatsform ist der Anteil derer, die sich für eine autoritäre Führung aussprechen, in der Türkei deutlich höher als in allen anderen Mitglieds- und Beitrittsländern.

Demokratien sind im Unterschied zu autoritären Regierungsformen keine von oben oktroyierte Staatsformen, sie müssen von den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur akzeptiert, sondern von ihnen gelebt werden. Sie bedürfen eines zivilgesellschaftlichen Unterbaus, der aus der Mitgliedschaft der Menschen in Vereinen und freiwilligen Organisationen besteht, in denen Willensbildungsprozesse stattfinden, Argumente ausgetauscht und

¹⁵ Die Frage lautet: „Die Demokratie mag Probleme mit sich bringen; sie ist aber besser als jede andere Regierungsform.“ Zur Beantwortung der Frage standen vier Antwortalternativen zur Verfügung (stimme voll und ganz zu, stimme zu, lehne ab, lehne stark ab). Die erwähnten Werte geben die Prozentsätze der addierten beiden Zustimmungen wieder.

¹⁶ Zur Beantwortung der Frage standen vier Antwortalternativen zur Verfügung (sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht, sehr schlecht). Die Tabelle gibt die Prozentsätze der addierten beiden Zustimmungen wieder.

¹³ Valide Informationen zum „World Value Survey“ findet man unter: <http://www.worldvaluessurvey.com>. Der Datensatz ist über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln zu beziehen.

¹⁴ Vgl. Europäischer Konvent (Anm. 8).

die demokratische Selbstorganisation „en miniature“ geprobt wird. Auch die EU hat die Bürger und die Akteure der Zivilgesellschaft entdeckt und Vorstellungen über deren Rolle im demokratischen Entscheidungsprozess entwickelt. Entsprechend ist die Vorstellung der EU von sich selbst als einer repräsentativen Demokratie mit doppelter Legitimationsgrundlage durch Elemente einer partizipativen Demokratie erweitert worden. Dies findet in dem Verfassungsentwurf in Titel VI, Artikel 46 seinen Ausdruck. Die Organe der EU verpflichten sich, mit den Bürgern, Verbänden und der Zivilgesellschaft einen Dialog zu pflegen; die Kommission wird auf Anhörungen verpflichtet.¹⁷ Auch wenn diese Formulierungen im Hinblick auf die Rolle der Zivilgesellschaft im demokratischen Willensbildungsprozess recht vage klingen mögen, bedeuten sie doch eine verfassungsmäßige Verankerung der Rolle der Zivilgesellschaft.

In welchem Maße unterscheiden sich die vier unterschiedenen Ländergruppen im Hinblick auf ihre zivilgesellschaftliche Verfasstheit? In der Wertestudie wurde die Mitgliedschaft in einer Vielzahl unterschiedlicher freiwilliger Organisationen erhoben (von Parteien über Gewerkschaften, Umwelt-, Frauengruppen bis hin zu Sportvereinen).¹⁸ Der Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die in den verschiedenen Ländern in Vereinen organisiert sind, variiert beträchtlich (vgl. *Tabelle 3*).

Tabelle 3: Prozentsatz der Bevölkerung, der Mitglied in mindestens einem Verein ist

| | |
|---|------|
| Alte EU-Länder | 56,7 |
| Neue EU-Länder | 42,2 |
| Zukünftige EU-Länder (Bulgarien und Rumänien) | 21,9 |
| Türkei | 7,9 |

Quelle: „European Value Survey“.

Das Muster im Hinblick auf die vier unterschiedenen Ländergruppen ist ähnlich wie jenes, das wir schon kennen. Die alten EU-Länder weisen die höchsten Mitgliedschaftsraten auf, gefolgt von den neuen Ländern und den beiden zukünftigen Beitrittsländern. Die Türkei bildet das Schlusslicht.

Familie und Gleichberechtigung

Die EU war und ist vor allem eine Wirtschaftsunion. Fragen der Familie und der Geschlechterbeziehung erlangen politische Bedeutung in der EU, wenn sie mit Fragen der Wirtschaft in Verbindung stehen. Folglich findet man im EU-Recht

Regelungen, die sich auf das Außenverhältnis von Familien zum Wirtschaftssystem beziehen, nicht aber Regelungen, die das Innenverhältnis von Familien unmittelbar betreffen. Dies wird deutlich, wenn man sich beispielsweise die Überschrift des Artikels II-33 (Teil II „Grundrechtecharta“) des Verfassungsentwurfs anschaut.¹⁹ Der Artikel „Familien- und Berufsleben“ versucht vor allem die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie für die Frauen zu regeln. Da die politischen Regulierungen des Verhältnisses von Wirtschaft und Familie aber eine Rückwirkung auf das Binnenleben von Familien haben, betreibt die EU auf *mittelbarem* Wege auch Familienpolitik und versucht ihre Vorstellungen einer wünschenswerten Familie zu etablieren. Der zentrale Anker der Familienvorstellungen der EU ist die Idee der Gleichstellung von Mann und Frau im Erwerbsleben. Bereits 1957 ist im Art.119 des EWG-Vertrages der Gleichheitsgrundsatz im Hinblick auf die Bezahlung festgeschrieben worden („Gleiches Entgelt für Männer und Frauen“). Dieser Grundsatz wurde in zahlreichen Verordnungen und Richtlinien der Gemeinschaft weiter spezifiziert und ist zudem durch die Urteile des Europäischen Gerichtshofs konkretisiert und rechtsverbindlich gemacht worden. Zudem hat die EU die Vorstellungen der Gleichberechtigung zunehmend auf andere Gesellschaftsbereiche ausgedehnt. Mit dieser Politikorientierung unterstützt die EU das Leitbild einer egalitären Beziehung zwischen Mann und Frau, das Bild einer berufstätigen Frau, die sich qua Berufstätigkeit ihre Unabhängigkeit sichert.²⁰

Diese Familienvorstellungen müssen nicht unbedingt von den Bürgerinnen und Bürgern in den Ländern akzeptiert werden; und in der Tat unterstützen diese die Gleichberechtigungsvorstellungen in einem recht unterschiedlichen Ausmaß. In der Wertestudie wurden die Menschen gefragt, ob sie der Meinung sind, dass Männer eher ein Recht auf Arbeit haben als Frauen, wenn Arbeitsplätze knapp sind (vgl. *Tabelle 4*).²¹

Die Idee der Gleichberechtigung wird von mehr als zwei Dritteln der Bürgerinnen und Bürger der alten Mitgliedsländer und von über 60 Prozent jener in den neuen Mitgliedsländern unterstützt.

19 Vgl. Europäischer Konvent (Anm. 8).

20 Vgl. Jürgen Gerhards/Michael Hölscher, Kulturelle Unterschiede zwischen Mitglieds- und Beitrittsländern der EU. Das Beispiel Familien- und Gleichberechtigungsvorstellungen, in: Zeitschrift für Soziologie, 32 (2003) 3, S. 206–225.

21 Zur Beantwortung der Frage standen drei Antwortalternativen zur Verfügung (stimme zu, stimme nicht zu, weder noch). Die Tabelle gibt die Prozentsätze der Zustimmung wieder.

17 Vgl. Europäischer Konvent (Anm. 8).

18 Die Frage lautete: „Wenn Sie sich einmal sorgfältig diese Liste mit verschiedenen Organisationen und Gruppen durchlesen und mir sagen, welcher davon sie angehören.“

Tabelle 4: Prozentsatz der Bevölkerung, der nicht der Ansicht ist, dass Männer eher ein Recht auf Arbeit haben als Frauen

| | |
|---|------|
| Alte EU-Länder | 69,8 |
| Neue EU-Länder | 61,4 |
| Zukünftige EU-Länder (Bulgarien und Rumänien) | 47,4 |
| Türkei | 34,4 |

Quelle: „European Value Survey“.

Während die Idee doppelter Berufstätigkeit in den beiden zukünftigen Mitgliedsländern noch bei ca. der Hälfte der Bürger Unterstützung findet, geben zwei Drittel der türkischen Befragten den Männern den Vorzug und lassen die Frauen hinten anstehen.

Ausblick

Die für das politische Europa konstitutiven Werte sind nicht einfach zu definieren. Die Bezugnahme auf das europäische Recht und vor allem auf die Vertragstexte scheint uns vor allem deswegen ein gut begründbarer Zugang zu sein, weil die im Recht festgeschriebene Werteordnung für sich einen hohen demokratischen Legitimitätsanspruch erheben kann. Die Verträge sind von den Regierungen der Mitgliedsländer unterzeichnet, diese selbst wiederum von den Bürgerinnen und Bürgern Europas gewählt worden. Wir haben auf der Basis einer Auswertung des „European Value Survey“ geprüft, ob die im Recht fixierten Werte der EU von den Menschen unterstützt werden und ob es zwischen den EU-Ländern, den Beitrittskandidaten und der Türkei signifikante Unterschiede gibt.

Bilanziert man die verschiedenen Teilergebnisse, so fügen sie sich zu einem Gesamtgemälde zusammen. Die von der Europäischen Union als wichtig erachteten Werte finden eine hohe Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern der alten und neuen Mitgliedsländer der EU; sie erhalten eine geringere Unterstützung von jenen der beiden Länder der nächsten Beitrittsrunde. Vor allem aber zeigt sich, dass die Türkei in vielen Wertebereichen von den Wunschvorstellungen der EU abweicht. Der kulturelle Unterschied zwischen der Türkei und den anderen Ländern fällt zudem deswegen so schwer ins Gewicht, weil die Türkei ein bevölkerungsreiches Land ist und auf Grund der höheren Geburtenziffern wahrscheinlich das bevölkerungsreichste Land einer dann erweiterten EU wäre.

Das hier gezeichnete Bild der kulturellen Landkarte der Europäischen Union ist sicherlich mit

grobem Pinsel gemalt. Eine genauere Analyse zeigt, dass man die Varianzen innerhalb der hier zu Ländergruppen aggregierten Einheiten berücksichtigen muss, will man zu einer differenzierteren Einschätzung kommen;²² aber dazu fehlt hier der Raum. Weiterhin ist zu bedenken, dass die Wertorientierungen der Bürger insofern keine statische Größe sind, als sie sich wandeln können. Gerade die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg ist ein gutes Beispiel dafür, wie sich die Wertorientierungen der Bürgerinnen und Bürger erst langsam an die von oben und außen oktroyierte demokratische Ordnung anpassen können.²³ Und wie mehrere Studien gezeigt haben, werden die Wertorientierungen der Bürger im hohen Maße durch den Grad der ökonomischen Modernisierung bestimmt.²⁴

Auch wir können in unseren Analysen zeigen, dass z. B. die Gleichberechtigungsvorstellungen umso stärker unterstützt werden, je moderner ein Land ist. Insofern ist theoretisch zu erwarten, dass sich nach einer ökonomischen Angleichung der Türkei an den Wohlstand der Mitgliedsländer der EU auch die Wertorientierungen der Menschen verändern werden. Allerdings hängen Prozesse des Wertewandels von einer Vielzahl günstiger Rahmenbedingungen ab und benötigen in aller Regel eine lange Zeit. Leicht wird der Prozess einer kulturellen Angleichung der Türkei an die Werteordnung der EU jedenfalls nicht werden.

Ob die Türkei letztendlich Mitglied der EU wird oder nicht, ist keine wissenschaftliche, sondern eine allein politisch zu treffende normative Entscheidung, in die ganz andere Faktoren als die der kulturellen Unterschiede eingehen werden.

²² Vgl. J. Gerhards, unter Mitarbeit von M. Hölscher (Anm. 1).

²³ Vgl. David P. Conradt, Changing German Political Culture, in: Gabriel A. Almond/Sidney Verba (Hrsg.), The Civic Culture Revisited, Newbury Park–London–New Delhi 1980, S. 212–272.

²⁴ Vgl. Ronald Inglehart, Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies, Princeton 1997; ders./Pippa Norris, Rising Tide. Gender Equality and Cultural Change around the World, New York 2003.

Europäische Identität und die Zukunft Europas

Nach vollzogener Erweiterung bedarf das „Projekt Europa“ mehr denn je der öffentlichen Unterstützung. Ein weiteres Forcieren der europäischen Integration als Elitenprojekt wird nach Auffassung zahlreicher Beobachterinnen und Beobachter für deren Erfolg nicht (mehr) genügen.¹ Denn die EU ist als Union demokratischer Staaten nicht nur auf die politische Legitimation durch die Bevölkerungen der Mitgliedsländer angewiesen, sie benötigt darüber hinaus auch deren finanzielle Unterstützung für eine erfolgreiche Integration.

Aber unterstützen die Europäer den Integrationsprozess? Tragen die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten die Entscheidungen, die von politischen Eliten gefällt werden, so dass eine stabile und dauerhafte Entwicklung erwartet werden kann? Die Existenz einer europäischen Identität würde jene Unterstützung sicherstellen, die für die zukünftige Entwicklung Europas als unentbehrlich gilt.

In den folgenden Abschnitten werde ich die Existenz und Konsequenzen europäischer Identität untersuchen. Dazu ist es erforderlich, zuerst einen Begriff von europäischer Identität zu entwickeln. Anschließend werde ich darstellen, wie kollektive Identität auf europäischer Ebene üblicherweise gemessen wird. Da anzunehmen ist, dass europäische Identität in Niveau und Intensität auf politische, ökonomische oder andere Einflüsse reagiert, wird sie von mir nicht nur definiert, sondern auch in ihrer Entwicklung beobachtet. Dies ist möglich auf der Basis von Daten aus dem Eurobarometer. Die Ergebnisse der halbjährlichen Umfrage in allen Mitgliedsländern, die im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt wird, geben darüber hinaus einige Hinweise auf die Stabilität europäischer Identität. Vor diesem empirischen Hintergrund kann ich dann abschließend danach fragen, ob europäische Identität für die Zukunft Europas notwendig ist und welche Bedeutung ihr in der politischen Praxis zukommt.

1 Vgl. Jürgen Habermas, *Der gespaltene Westen*, Frankfurt/M. 2004, S. 68 ff.; Richard Münch, *Europäische Identitätsbildung*, in: Reinhold Viehoff/Rien T. Segers (Hrsg.), *Kultur, Identität, Europa*, Frankfurt/M. 1999, S. 223–252; Christopher J. Anderson/Karl C. Kaltenthaler, *The Dynamics of Public Opinion toward European Integration, 1973–1993*, in: *European Journal of International Relations*, 2 (1996) 2, S. 175–199.

Was ist europäische Identität?

Der Begriff „europäische“ oder „kollektive Identität“ beinhaltet ein Missverständnis, das es zunächst auszuräumen gilt: Anders als bei persönlicher Identität bezeichnet kollektive Identität keine physische Einheit von verschiedenen Objekten, sondern drückt die Identifikation von jemandem mit etwas aus, bezeichnet also ein spezifisches, kognitiv und affektiv geprägtes Verhältnis von Personen zu einem Identifikationsobjekt.²

Neben der notwendigen Unterscheidung von *wir* und *sie*, neben dem Gegensatz von Inklusion und Exklusion³ beinhaltet kollektive Identität also Empathie als Basis für Solidarität und Loyalität. Angewendet auf europäische Identität heißt dies, dass sich Menschen in Europa kognitiv und emotional mit Europa als einem abgrenzbaren Raum verbunden fühlen.⁴

Ein an Emotionen gebundenes Zugehörigkeitsgefühl ist allerdings als Rückversicherung für politisches Handeln mit hohem Risiko behaftet. Weder kann man bei einem historisch jungen Identifikationsobjekt, wie es die Europäische Union ist und das in Konkurrenz zu bereits vorhandenen Identifikationsobjekten wie Nation oder Region steht, eine ausgeprägte und deshalb belastbare emotionale Bindung unterstellen, noch ist auszuschließen, dass auf Emotionen basierende kollektive Identität Schwankungen unterliegt und irrationalen Entwicklungen folgt. Bisher waren solche Unwägbar-

2 Vgl. Jürgen Gerhards, *Identifikation mit Europa. Einige begriffliche Vorklärungen*, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.), *Entstaatlichung und soziale Sicherheit*, Opladen 2003, S. 467–474.

3 Vgl. Klaus Eder, *Integration durch Kultur? Das Paradox der Suche nach einer europäischen Identität*, in: R. Viehoff/R. T. Segers (Anm. 1), S. 147–179; Martin Kohli, *Die Entstehung einer europäischen Identität: Konflikte und Potentiale*, in: Hartmut Kaelble/Martin Kirsch/Alexander Schmidt-Gernig (Hrsg.), *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 2002, S. 111–134.

4 Etwas präziser müsste man sagen, dass die Rede von europäischer Identität sich auf die Identifikation der Bürger und Bürgerinnen der Mitgliedsländer der EU mit der Europäischen Union bezieht. Im hier vorliegenden Kontext ist damit die Europäische Union vor der Osterweiterung, also die EU-15 gemeint.

keiten für die Europäische Union ohne großen Belang.⁵ Mit Blick auf die jüngst vollzogene Osterweiterung wird deutlich, dass die verlässliche Bereitschaft der Bevölkerung zu materieller Unterstützung in zunehmendem Maße an Bedeutung gewinnt. Eine auf Gefühls- oder Meinungsäußerungen basierende kollektive Identität genügt nicht mehr als Unterfütterung und Absicherung politischen Handelns, das in Folge des Beitritts und Aufholprozesses von zehn neuen Mitgliedern mit Kosten verbunden ist.

Das heißt, wenn zur Unterstützung des europäischen Integrationsprozesses die kollektive Identität der Europäer eingeklagt wird, muss damit eine verlässliche und in gewisser Weise berechenbare Unterstützung der Politik gemeint sein. Die Verbindlichkeit der Unterstützung wird positiv oder negativ von der Erfüllung oder Enttäuschung von Interessen und Erwartungen beeinflusst. Im positiven Fall kann daraus eine Identifikation mit Europa erwachsen, die geeignet ist, die politische Weiterentwicklung des „Projektes Europa“ zu tragen.

Ich ergänze daher die Definition von europäischer Identität: Für einen Begriff von tragfähiger Identifikation mit Europa bedarf es neben Loyalität und Empathie einer nutzenorientierten Komponente, die sich materiell manifestiert. Damit meine ich eine belastbare und dauerhafte Verknüpfung der Interessen der Bevölkerung Europas mit der Europäischen Union. Diese Verbindung kann dadurch entstehen, dass die Bürgerinnen und Bürger in der EU-Mitgliedschaft ihres Landes (für ihr Land oder für sich selbst) Vorteile sehen, oder sie kann sich in der Bereitschaft zur solidarischen Unterstützung anderer ausdrücken, weil eine Gegenleistung erwartet werden kann. „Identitäten in diesem Sinn haben ihren praktischen Test bestanden, wenn sie zur Akzeptanz von Umverteilungsforderungen führen.“⁶

Ob europäische Identität in der affektiven und utilitaristischen Dimension vorhanden ist und wie sie sich entwickelt, kann auf Basis des Eurobarometer-Survey der Europäischen Kommission beantwortet werden.

5 „Solange die EU von ihren Angehörigen kein weitreichendes exklusives Solidarverhalten verlangt, braucht sie ... auch keine voll entwickelte kollektive Identität. Das würde sich allerdings dramatisch ändern, wenn die EU hohe Steuern zu erheben und größere Umverteilungen zu organisieren begäbe.“ M. Kohli (Anm. 3), S. 116.

6 Georg Vobruba, *Integration + Erweiterung*, Wien 2001, S. 127.

Gibt es eine europäische Identität?

Unter den Bedingungen der Massendemokratie müssen die Organe der EU von der Existenz einer kollektiven Identität ausgehen und die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen, denn: „Gegen öffentliche Meinung kann auf Dauer keine Politik gemacht werden.“⁷ Der politische Wunsch wie auch die Notwendigkeit, die öffentliche Meinung zu berücksichtigen, kommt in der langen Tradition des Eurobarometers zum Ausdruck. Seit 1973 führt die Kommission der EU europaweite Umfragen durch. Kommission, Parlament, Rat und Gerichtshof beobachten deren Ergebnisse sorgfältig, um die öffentliche Unterstützung für die europäische Integration oder andere Politikbereiche abschätzen zu können.⁸ Angesichts des thematischen und zeitlichen Umfangs der Surveys stellt das Eurobarometer eine außerordentlich ergiebige Quelle an Informationen für Politik und Forschung dar.⁹

In den Eurobarometerumfragen wird das Ausmaß europäischer Identität in ihrer emotionalen Dimension mit folgender Frage erhoben: „*In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da ... 1. nur als (Nationalität), 2. als (Nationalität) und Europäer/in, 3. als Europäer/in und (Nationalität), 4. nur als Europäer/in oder 5. weiß nicht.*“¹⁰ Aus der Inter-

7 Steffen Mau, Wohlfahrtspolitischer Verantwortungstransfer nach Europa?, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 32 (2003) 4, S. 302–324, hier S. 306. *Anmerkung der Redaktion*: Siehe auch den Beitrag des Autors zur Ungleichheit in der Europäischen Union in dieser Ausgabe.

8 Vgl. Simon Hix, *The Political System of the European Union*, Houndmills 1999. Die Umfragen werden zweimal jährlich in allen Mitgliedsstaaten durchgeführt. Prinzipiell wird in jedem Mitgliedsland nach dem Zufallsprinzip eine Stichprobe von ca. 1 000 Personen gezogen. In Deutschland werden zwei getrennte Stichproben à 1 000 Personen für Ost- und Westdeutschland gezogen, in Luxemburg werden nur 600 Personen befragt, die britische Stichprobe wird um rund 300 Personen aus Nordirland ergänzt.

9 Auch wenn verschiedentlich Kritik an der Repräsentativität der Daten oder an mangelnder Kontinuität in der Formulierung und Erhebung einzelner Fragen geübt wird, gilt das Eurobarometer als ein wichtiges Instrument, um die öffentliche Meinung zu beobachten und auch zu beeinflussen. Vgl. Jan Delhey, Nationales und transnationales Vertrauen in der Europäischen Union, in: *Leviathan*, (2004) 1, S. 15–45; Stefan Immerfall/Andreas Sobisch, Europäische Integration und europäische Identität. Die Europäische Union und Bewusstsein ihrer Bürger, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, B 10/97, S. 25–37; M. Kohli (Anm. 3); Sylke Nissen, Die Unterstützung der Osterweiterung bei Eliten und Bürgern, in: J. Allmendinger (Anm. 2), S. 498–515. *Anmerkung der Redaktion*: Siehe auch den Beitrag von Jan Delhey zum Transnationalen Vertrauen in die erweiterte EU in dieser Ausgabe.

10 Mit Ausnahme der Eurobarometer 48 (Herbst 1997), 51 (Frühjahr 1999) und 55 (Frühjahr 2001) wurde diese Frage in der EU-15 in jeder Welle gestellt.

pretation der Antworten auf diese Frage ist erkennbar, dass damit die Entwicklung einer europäischen Identität erfasst werden soll. So heißt es zum Beispiel im Eurobarometer 56 unter dem Titel *Europäische und nationale Identität*: „53 % der EU Bürger fühlen sich zu einem gewissen Grad europäisch, verglichen mit 44 %, die sich nur mit der eigenen Nationalität identifizieren. In neun von 15 Mitgliedsstaaten ist die Identifikation mit Europa stärker als die ausschließliche Identifikation mit der eigenen Nationalität.“¹¹ Die Antwortmöglichkeiten 2 bis 4 werden als Anzeichen europäischer Identität gewertet. Im *Schaubild 1* ist dies durch die obere Datenreihe dargestellt, die sich zwischen 50 und 60 Prozent bewegt. Legt man einen etwas engeren Maßstab für europäische Identität an und betrachtet nur die Antwortmöglichkeiten 3 und 4, gelangt man zu der unteren Reihe mit Werten um 10 Prozent. Die mittlere Reihe von Datenpunkten um rund 40 Prozent zeigt den Anteil derer, die sich nur als Angehörige ihrer Nationalität fühlen (Antwort 1). Für alle drei Reihen wird deutlich, dass es in der Frage der europäischen Identität kaum Bewegung gibt.

Allerdings verdecken diese aggregierten Daten bemerkenswerte Unterschiede in den Antworten zwischen den Mitgliedsländern. Ca. 30 Prozent der Befragten in Luxemburg geben an, sich ganz oder überwiegend als Europäer zu fühlen, während in Großbritannien, Dänemark, Griechenland, Schweden Portugal und Finnland durchschnittlich nur rund 6 Prozent diese Antwortmöglichkeiten wählen (vgl. *Schaubild 2*). Auf die Erklärung dieser deutlichen und stabilen Unterschiede komme ich später zurück.

Zuvor will ich der Untersuchung der nutzenorientierten Identifikation mit Europa nachgehen. Zur Überprüfung eines Kosten-Nutzen-Verhältnisses zur Europäischen Union werden meist folgende Fragen aus dem Eurobarometer herangezogen: „Ist allgemein gesehen die Mitgliedschaft (unseres Landes) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach ... 1. eine gute Sache, 2. eine schlechte Sache, 3. weder gut noch schlecht oder 4. weiß nicht.“ Und: „Hat Ihrer Meinung nach (unser Land) insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ... 1. Vorteile oder 2. ist das nicht der Fall?, 3. weiß nicht.“ Einige Autoren betonen, dass die Befragten für eine Stellungnahme zu diesen Fragen Kriterien entwickeln müssen, um die Einschätzung gut/schlecht oder Vorteil/kein Vorteil vornehmen zu können.¹² Implizit

muss geklärt werden, in welcher Hinsicht die Mitgliedschaft positiv oder negativ bewertet wird. Dabei ist zu erwarten, dass die Befragten ihre Kenntnis der Wirtschaftsentwicklung des Landes oder das Wohlstandsniveau als allgemeine ökonomische Referenzgrößen heranziehen. Da diese Fragen nach der Bewertung der Mitgliedschaft als „gute Sache“ und nach der Einschätzung der Vorteile einer Mitgliedschaft in jedem Survey gestellt werden, zeichnet das Eurobarometer inzwischen die Verteilung der Antworten über einen Zeitraum von 20 Jahren nach (vgl. *Schaubild 3*).

Sowohl die Bewertung der Mitgliedschaft des eigenen Landes als gute Sache als auch die Wahrnehmung von Vorteilen durch die Mitgliedschaft stieg in den achtziger Jahren langsam an, bis Anfang der neunziger Jahre in beiden Fragen die größte Zustimmung erreicht wurde. Zirka 70 Prozent der Befragten meinten 1991, die Mitgliedschaft ihres Landes sei eine gute Sache, knapp 60 Prozent waren der Ansicht, diese hätte dem Land Vorteile gebracht. Rund ein Viertel waren der Auffassung, die Mitgliedschaft hätte dem Land keine Vorteile gebracht und weniger als 10 Prozent hielten sie damals für eine schlechte Sache.¹³ Danach drehte sich der Trend um, die Zustimmungskurven fielen bis unter die 50 Prozentmarke. Dieser Rückgang der Zustimmung Anfang der neunziger Jahre wird mit dem Ende des so genannten *permissive consensus* in Zusammenhang gebracht. Damit wird eine unhinterfragte Unterstützung der Regierungspolitik bezeichnet, deren Ursache entweder in genereller Zustimmung oder in Desinteresse gesehen wird. Anfang der neunziger Jahre ist die Aufmerksamkeit der Bevölkerung Europas für die Kosten der europäischen Integration offensichtlich gewachsen. Der Ratifizierungsprozess der Maastricht-Verträge hat in zahlreichen Ländern Widerstand gegen die Regierungspolitiken zum Ausdruck gebracht und sich in einer Trendumkehr bei der Zustimmung zur EU niedergeschlagen. 2003 lagen die Werte knapp unterhalb des Niveaus zu Beginn der achtziger Jahre.¹⁴

Bei keiner der bisher analysierten Fragen aus dem Eurobarometer ist über die Zeit ein ausgeprägter Entwicklungstrend zu erkennen – und schon gar

Journal of Political Research, 27 (1995), S. 3–19; S. Hix (Anm. 8); S. Immerfall/A. Sobisch (Anm. 9).

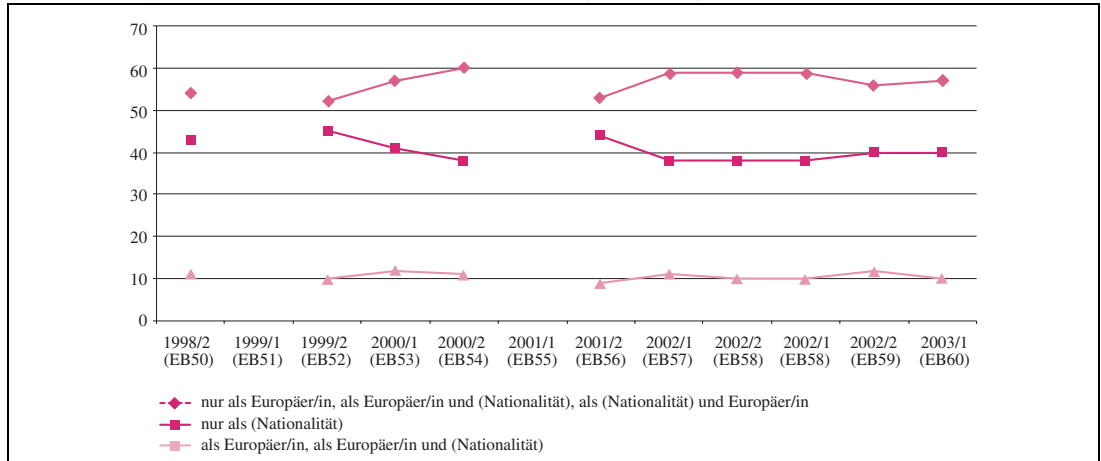
¹³ Für eine ausführliche graphische Darstellung auch der Anteile negativer Antworten auf diese Fragen vgl. z. B. Europäische Kommission, Standard Eurobarometer 60 (Herbst 2003), Brüssel 2004, S. 36 f.

¹⁴ Vgl. Leon N. Lindberg/Stuart A. Scheingold, *Europe's Would-Be Polity: Patterns of Change in the European Community*, Harvard 1970; V. O. Key, *Public Opinion and American Democracy*, New York 1961; C. Anderson/K. Kaltenthaler (Anm. 1), S. 175; S. Hix (Anm. 8), S. 135 f.

¹¹ Europäische Kommission, Standard Eurobarometer 56 (Herbst 2001), Brüssel 2001, S. 14.

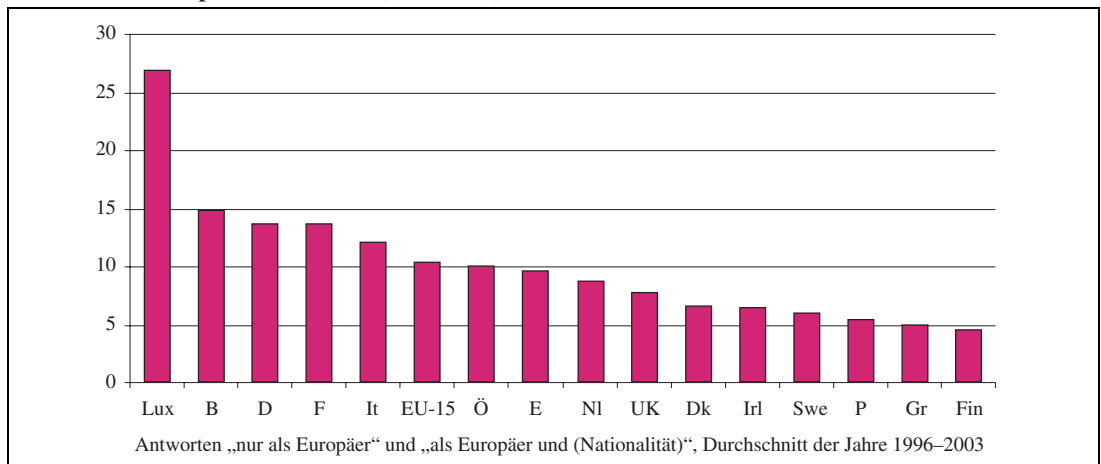
¹² Vgl. C. J. Anderson/K. C. Kaltenthaler (Anm. 1); Matthew Gabel/Harvey D. Palmer, *Understanding variation in public support for European integration*, in: *European*

Schaubild 1: „In naher Zukunft, sehen Sie sich da . . .“ (in Prozent)



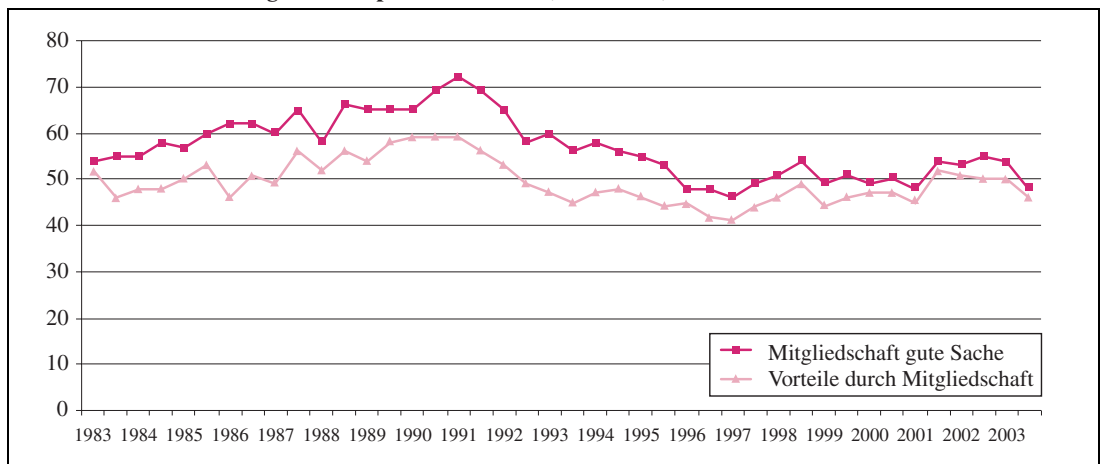
Quelle: EU-Kommission, Eurobarometer, versch. Ausgaben, Brüssel.

Schaubild 2: Europäische Identität (in Prozent)



Quelle: Wie Schaubild 1.

Schaubild 3: Zustimmung zur Europäischen Union (in Prozent)



Quelle: Wie Schaubild 1.

Tabelle 1: Nettozahler- oder Nettoempfängerpositionen in der EU-15 zwischen 1995–2002

| Irl | Gr | P | E | Dk | Fin | B | It | F | Lux | Nl | Ö | D | UK | Swe |
|----------------|----|---|---|-------|-----|----------------------------|----|---|-------------|----|---|---|----|-----|
| Nettoempfänger | | | | +/- 0 | | Nettozahler < 0,2 % BSP | | | Nettozahler | | | | | |

Quelle: EU-Kommission Haushalt, Aufteilung der operativen EU-Ausgaben nach Mitgliedstaaten 2002, Brüssel 2003.

nicht der einer zunehmenden Identifikation. Ursachen für das festgestellte niedrige Niveau europäischer Identität und die schwankende Zustimmung zur EU müssen bei Variablen vermutet werden, welche die hier diskutierten Indikatoren emotionaler Identifikation und nutzenorientierter Identifikation mit Europa beeinflussen. Eine Suche nach diesen Einflüssen und der Versuch, deren Stärke abzuschätzen, macht die Analyse der Stabilität und Verlässlichkeit der im Eurobarometer zum Ausdruck gebrachten europäischen Identität erforderlich.

Wie verlässlich ist die europäische Identität?

Um die Stabilität dessen zu testen, was als europäische Identität und als Unterstützung der europäischen Integration wahrgenommen wird, werden die eben diskutierten Indikatoren der Entwicklung makroökonomischer Einflüsse in verschiedenen Studien gegenübergestellt. Dahinter steht die Annahme, dass die Stärke europäischer Identität mit der individuellen Fähigkeit zu materieller Unterstützung des Integrationsprozesses variiert und dass die Einschätzung der individuellen Fähigkeit zu materieller Unterstützung von der gesamtökonomischen Situation beeinflusst wird. Die ökonomische Lage wird gemeinhin mit Blick auf die Entwicklung von Wachstumsraten des Sozialprodukts, Inflation und Arbeitslosigkeit beurteilt. In der Tat gibt es Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen der Befürwortung der Mitgliedschaft in der EU und der Entwicklung makroökonomischer Größen. So wird festgestellt, dass „in Zeiten sinkender Arbeitslosigkeit ... die Zustimmung zum politischen System der EU tendenziell steigt, während die EU es nach 1991, parallel zur ungünstigen Wirtschaftslage, in der Öffentlichkeit wieder schwerer hat“¹⁵. Die Bevölkerungen scheinen also dem Integrationsprozess umso wohlwollender gegenüberzustehen, je besser die Wirtschaftslage ist.¹⁶ Da mir die These eines Zusammenhangs zwischen der ökonomischen Entwicklung und der Identifikation mit Europa durch die vorliegenden

Analysen noch nicht ausreichend unterfüttert zu sein scheint, werde ich sie um einen Erklärungsfaktor ergänzen, der in der Struktur der EU selbst liegt.

Dabei hilft die Betrachtung der Eurobarometerdaten auf Länderebene. Ich werde die Antwortverteilung auf die beiden weiter oben zitierten Fragen, in denen der Aspekt der Nutzenorientierung in der Identifikation mit Europa zum Ausdruck kommt, mit dem Status eines jeden Mitgliedslandes als Nettozahler oder Nettoempfänger von EU-Mitteln (vgl. *Tabelle 1*) vergleichen. Auch wenn klar sein sollte, dass diese rein buchungstechnische Kalkulation nichts über andere Vorteile/Nachteile zum Ausdruck bringt, die aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Union entstehen, so gilt der Zahler- bzw. Empfängerstatus in der Öffentlichkeit doch als ein Gradmesser zur Beurteilung der Position des eigenen Landes in der Union. Nach den Daten der DG (Generaldirektion) Haushalt der Europäischen Kommission¹⁷ verteilen sich die Mitgliedsländer der EU-15 auf folgende „Nettozahler-“ und „Nettoempfängerpositionen“: Dauerhafte Nettozahler sind Deutschland, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Schweden und das Vereinigte Königreich, deren Beiträge bei rund 0,3 bis 0,5 Prozent des nationalen Bruttosozialprodukts liegen. Dauerhafte Nettoempfänger von Leistungen zwischen rund zwei und vier Prozent des jeweiligen Bruttosozialproduktes (BSP) sind die vier Kohäsionsländer Griechenland, Irland, Portugal und Spanien. Nettozahler mit einem Saldo von weniger als 0,2 Prozent des BSP sind Belgien, Frankreich und Italien. Der Zahlungssaldo von Dänemark und Finnland schließlich schwankt zwischen Beiträgen und Auszahlungen um null Prozent des BSP. Vergleicht man diese Verteilung mit den Einstellungen zur Mitgliedschaft in der EU, so zeigen sich deutliche Parallelen (vgl. *Schaubild 4*).

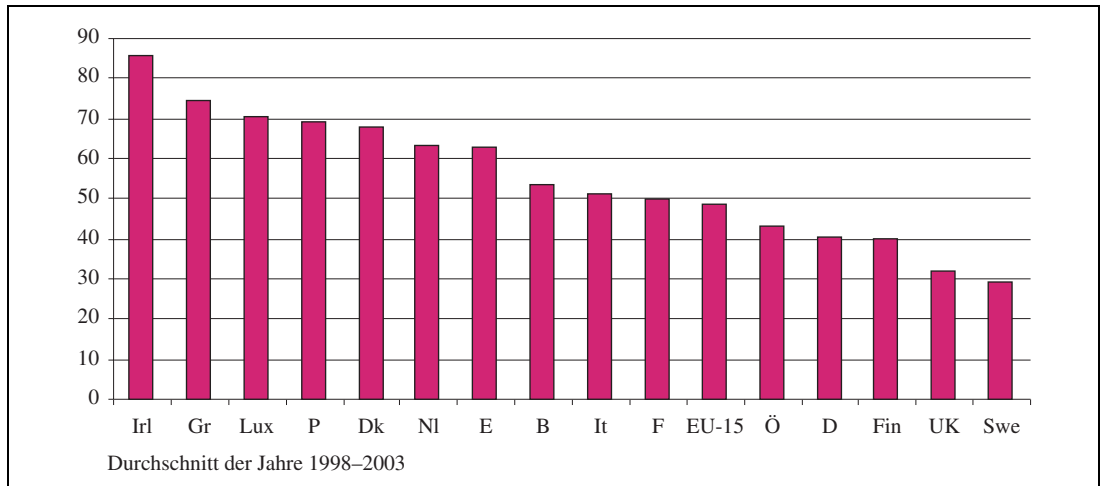
Österreich, Schweden, Großbritannien und Deutschland als Nettozahler finden sich alle am unteren Ende der Zustimmungsskala. In Finnland als wechselndem Nettozahler sowie Belgien, Frankreich und Italien als schwachen Zahlern liegt die Einschätzung der Vorteile einer Mitgliedschaft auf der Höhe des EU-Durchschnitts. Am oberen

15 Vgl. S. Immerfall/A. Sobisch (Anm. 9), S. 28.

16 Vgl. auch C. Anderson/K. Kaltenthaler (Anm. 1), S. 188 f.

17 Vgl. EU-Kommission Haushalt, Aufteilung der operativen EU-Ausgaben nach Mitgliedstaaten 2002, Brüssel 2003. http://europa.eu.int/comm/budget/agenda2000/reports_de.html

Schaubild 4: „Mitgliedschaft in der Europäischen Union vorteilhaft für das Land“ (in Prozent)



Quelle: Wie Schaubild 1.

Ende der Zustimmungswerte stehen alle vier Kohäsionsländer und Dänemark mit uneindeutiger Bilanz. Die einzigen Ausnahmen in diesem Verteilungsmuster stellen Luxemburg und die Niederlande dar. In diesen Zahlerländern misst das Eurobarometer eine überdurchschnittlich positive Einschätzung der Mitgliedschaft in der EU, die durch die Zahlungen an den EU-Haushalt in Höhe von durchschnittlich 0,5 Prozent des BSP nicht beeinträchtigt wird. Diese einfache Gegenüberstellung unterstützt die Vermutung, dass die Bürgerinnen und Bürger kritischer gegenüber der EU werden, wenn sie über Kosten und Nutzen der Mitgliedschaft nachdenken. Je mehr die Befragten dazu veranlasst werden, sich Rechenschaft über die *trade-offs* von Mitgliedschaft und Integration abzulegen, desto unwahrscheinlicher scheint ihre Unterstützung des Integrationsprozesses zu sein.¹⁸

Bei der Beantwortung der Frage nach der eher emotional geprägten europäischen Identität scheinen die Befragten ein solches rechnerisches Kalkül nicht anzustellen. Daher entspricht die Reihung der Länder, die sich aus dem Niveau affektiver europäischer Identität ergibt, nicht der skizzierten Verteilung von Geber- und Nehmerländern. Ich habe die Daten aus *Schaubild 2* nach den Grün-

dungsmitgliedern bzw. den Erweiterungsrunden neu sortiert. Mit Ausnahme von Österreich und Spanien zeigt sich, dass das Niveau affektiver Identität umso höher ist, je länger ein Land der EU angehört (vgl. *Schaubild 5*).

„Am europäischsten eingestellt“, so M. Rainer Lepsius, „sind in der Regel die Bürger der alten ‚Sechsergemeinschaft‘, sie sind am längsten mit dem europäischen Regime vertraut.“¹⁹ In diesen Ländern wurde die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften von Beginn an durch einen impliziten Grundkonsens getragen. In den anderen Ländern sind die Zeiträume kürzer, in denen sich Verbundenheit mit der EU hat entwickeln können, das Niveau der affektiven Identität ist niedriger. Die Dauer der Mitgliedschaft ist ein starker Prädiktor für das Identifikationsniveau. Die emotional geprägte Unterstützung der Europäischen Union nimmt im Zeitverlauf sogar unabhängig von der ökonomischen Situation zum Befragungszeitpunkt zu.²⁰

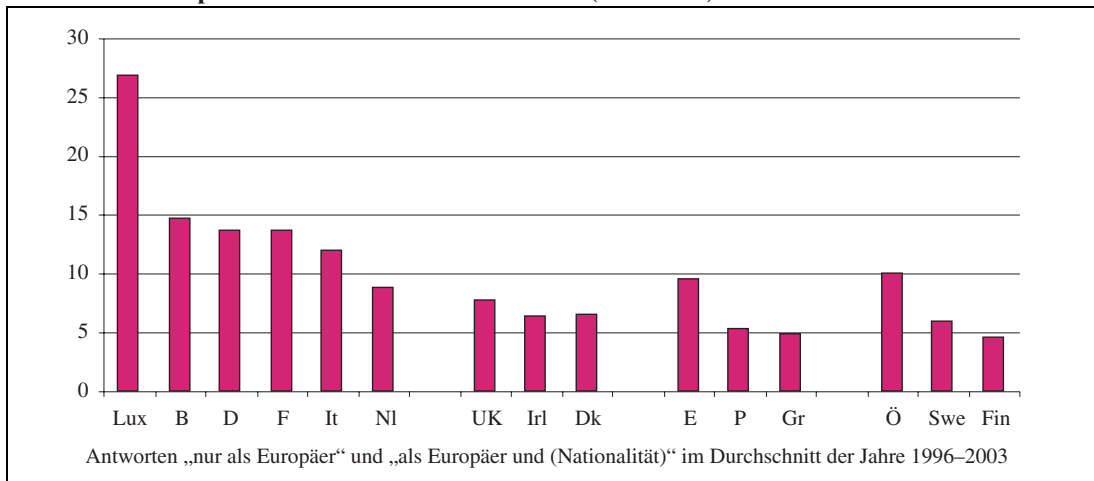
Ich fasse zusammen: Europäische Identität setzt sich aus zwei Komponenten zusammen. Die affektive Dimension europäischer Identität bringt die gefühlsmäßige Verbundenheit mit Europa und der Europäischen Union zum Ausdruck. Die utilitaristische Dimension spiegelt die durch Kosten-Nutzen-Kalküle beeinflusste Zustimmung zur Europäischen Union wider. Für die in den Eurobarometer-Surveys dokumentierten nationalen Unterschiede in der affektiven und utilitaristischen Identifikation mit der EU bieten sich verschiedene

18 Vgl. auch C. Anderson/K. Kaltenthaler (Anm. 1), S. 182. Die hier für die einzelnen Länder grafisch nicht dargestellte Einschätzung der Mitgliedschaft in der Europäischen Union als „gute Sache“ folgt nicht ganz so stark ausgeprägten Nutzenkalkülen wie die Frage nach den Vorteilen. Dennoch kann auch hier das „Geber-Nehmer“-Schema das Zustimmungsniveau für viele Länder erklären. In Österreich, Schweden, Finnland und Großbritannien wird die EU-Mitgliedschaft stark unterdurchschnittlich als „gute Sache“ eingeschätzt, in den Kohäsionsländern liegt die Zustimmung deutlich über dem Durchschnitt. Ausnahmen sind erneut die Niederlande und Luxemburg sowie hier auch Italien.

19 M. Rainer Lepsius, Die Europäische Union. Ökonomisch-politische Integration und kulturelle Pluralität, in: R. Viehoff/R. T. Segers (Anm.1), S. 201–222, hier S. 208.

20 Vgl. C. Anderson/K. Kaltenthaler (Anm. 1), S. 193 f.

Schaubild 5: Europäische Identität nach Beitrittsdatum (in Prozent)



Quelle: Wie Schaubild 1.

Erklärungen an. Die Einschätzung, ob die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU von Vorteil ist, steht mit der jeweiligen nationalen Wirtschaftsentwicklung und mit der Position des eigenen Landes als Nutznießer oder Finanzier der EU in Zusammenhang und bringt ein rationales Kosten-Nutzen-Kalkül der Bevölkerungen zum Ausdruck. Die Unterschiede im Niveau affektiver Identität lassen sich damit nicht erklären. Vielmehr scheint die Entwicklung emotionaler Verbundenheit mit der Europäischen Union eine Frage der Zeit und der Gewöhnung zu sein.

Das heißt, die Umstände, welche die Entwicklung europäischer Identität fördern, sind benennbar, aber nicht ohne weiteres herstellbar.

Ist europäische Identität notwendig?

Aus der Perspektive politischer Akteure stellt sich nun die Frage, ob eine europäische Identität für die Fortentwicklung der europäischen Integration erforderlich ist. Wenn sie als Quelle politischer Unterstützung verstanden wird und wenn diese Unterstützung der Öffentlichkeit in demokratischen Willensbildungsprozessen auf EU-Ebene als Legitimationsgrundlage politischen Handelns gebraucht wird, dann ist europäische Identität für die zukünftige Entwicklung unverzichtbar. Wenn es sich dabei um nachhaltige und verlässliche Unterstützung für Integrationspolitik handeln soll, dann ist vor allem utilitaristische Identität notwendig, die durch die Erfüllung von Erwartungen und Interessen gefördert werden kann. Die Folgefrage lautet dann, ob und wie stark die Bürgerinnen und

Bürger Europas nicht nur per Meinungsumfrage, sondern auch durch Mechanismen politischer Partizipation an der Weiterentwicklung des Integrationsprozesses beteiligt werden, bei denen es auf Identifikation als Entscheidungsgrundlage ankommt.

Neben Wahlen stellen Referenden eine unmittelbare Form politischer Partizipation in der Europäischen Union dar.²¹ Die zehn neuen Mitgliedsländer haben per Referendum über den Beitritt zur EU abgestimmt. In 13 der bislang 15 Mitgliedsländer sind Volksabstimmungen verfassungsrechtlich möglich. Nur in Deutschland und Italien gibt es keine verfassungsrechtliche Grundlage für nationale Referenden.²² Wie *Tabelle 2* zeigt, hat in sechs Ländern der Ausgang einer Volksabstimmung bindenden Charakter. So muss in Dänemark die Übertragung nationaler Souveränität auf transnationale Autoritäten durch ein Referendum bestätigt werden, wenn das Parlament dies nicht mit einer Fünftelmehrheit beschlossen hat. Auch die irische Verfassung verlangt ein Referendum zur Ratifikation internationaler Verträge.

In den meisten Mitgliedsländern der EU-15 hängt die Durchführung eines Referendums von der Initiative institutioneller Akteure ab. Regierungen

²¹ Auf Wahlen als Instrument politischer Partizipation will ich hier nicht näher eingehen. Ergebnisse nationaler Wahlen können kaum als Votum des Elektors zu europapolitischen Themen interpretiert werden, Europawahlen dagegen werden von den Wählerinnen und Wählern als nicht besonders wichtig eingeschätzt und darüber hinaus als Möglichkeit genutzt, ein Urteil über nationale Entwicklungen abzugeben.

²² Vgl. Paul W. Thurner/Michael Stoiber, *Comparing Ratification Processes within EU Member States: The Identification of Real Veto Players*, Mannheim 2002.

Tabelle 2: Referenden in den Mitgliedsländern der EU-15

| Referendum durch Verfassung ausgeschlossen | Konsultatives Referendum möglich | Bindendes Referendum möglich | Referendum erforderlich bei Souveränitätstransfer |
|--|----------------------------------|------------------------------|---|
| Deutschland | Belgien | Österreich | Dänemark |
| Italien | Finnland | Frankreich | Irland |
| | Luxemburg | Griechenland | |
| | Niederlande | Portugal | |
| | Spanien | | |
| | Schweden | | |
| | Vereinigtes Königreich | | |

Quelle: Vgl. Paul W. Thurner/Michael Stoiber, Comparing Ratification Processes within EU Member States: The Identification of Real Veto Players, Mannheim 2002.

oder Parlamente sind daher in der Lage, die Durchführung einer Volksabstimmung zu fördern, aber auch zu verhindern. Anders als in den zehn Beitrittsländern hatte keine Regierung der EU-15 eine Volksabstimmung zur politischen Legitimation der Erweiterung initiiert. Diese Zurückhaltung mag mit der Stellungnahme des britischen Premierministers zur Verfassungsdiskussion beendet worden sein. Nachdem Tony Blair Ende April 2004 mit Blick auf die europäische Verfassung meinte: „Then let the people have the final say“, setzte in vielen westeuropäischen Ländern eine vehemente Diskussion über die Durchführung von Referenden zur Ratifizierung der Verfassung ein.²³ Die Vehemenz, mit der Öffentlichkeit und Politik auf diese Frage reagieren, zeigt, dass die Thematik ins Zentrum von Glaubwürdigkeit und Legitimität des politischen Integrationsprozesses vordringt. Das heißt, es könnte politisch unmöglich werden, die Bürgerinnen und Bürger *nicht* an europapolitischen Entscheidungen zu beteiligen – unabhängig davon, für wie „gefährlich“ manche Regierungen dies halten. In diesem Fall wird die bisher erreichte Stärke und Belastbarkeit der europäischen Identität entscheidend für den Ausgang der Referenden werden.

Die Zukunft Europas als Elitenprojekt?

Kann nun das, was in den Eurobarometer-Surveys als Ausdruck europäischer Identität gemessen wird, den politischen Eliten helfen? Und: Können die politischen Akteure die Entwicklung europäischer Identität beeinflussen?

Ob sich europäische Identität in ihrer emotionalen Dimension als verlässlicher Rückhalt für Integrationspolitik eignet, ist zweifelhaft. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit ist zwar bei einem Teil der

europäischen Bevölkerung schon recht stabil ausgeprägt, aber die Basis affektiver europäischer Identität ist schmal. Als Legitimationsgrundlage für eine Integrationspolitik, wie sie im Zuge der Osterweiterung forciert wird, reicht die affektive Identität kaum aus. Es stellt sich also die Frage, ob das Zusammengehörigkeitsgefühl der Europäer politisch gefördert werden kann. Wie angedeutet, wird die Entwicklung affektiver Verbundenheit mit der Europäischen Union vor allem durch die Dauer der bisherigen Mitgliedschaft determiniert. Beides sind Faktoren, die nicht zu beeinflussen sind. Möglicherweise kann man mit Hoffnung auf den langfristigen Trend sagen: *In the long run we all will identify*. Die Eurobarometerdaten aus der Zeit der EU-15 haben allerdings keine steigende Tendenz zum Ausdruck gebracht. Gerade im Zusammenhang mit der aktuellen Verfassungsdebatte besteht jedoch die Chance, die Verbundenheit der Bevölkerung mit Europa zu fördern, indem deren Verantwortung für politische Prozesse gestärkt wird. Die Regierungen könnten, wie Habermas sagt, „sich auf einen freilich nicht risikolosen und in jedem Fall zeitaufwendigen Wechsel ihres bisherigen Politikstils einlassen und über Referenden die Bürger selbst am Prozess der Verfassungsgebung beteiligen“ und damit „die Verfassung selbst als Vehikel für die Ausbildung einer europäischen Identität nutzen“²⁴. Dies würde die emotionale Verbundenheit festigen. Noch zögern die politischen Akteure jedoch, diese Chance zu nutzen.

Die utilitaristische Dimension europäischer Identität ist deutlicher entwickelt als die affektive. Das Zustimmungsniveau ist höher und zeigt inzwischen wieder leicht steigende Tendenz. Zur Unterstützung der europäischen Integrationspolitik ist diese an Nutzenkalkülen orientierte Zustimmung zur EU besser geeignet als eine von Gefühlen getragene. Die Schlussfolgerung, dass die politischen Akteure die utilitaristische Identität zur Unterstützung der Integrationspolitik fördern könnten,

²³ Vgl. http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/2/hi/uk_news/politics/3642713.stm; <http://european-referendum.org/index.html>.

²⁴ Vgl. J. Habermas (Anm. 1), S. 72.

indem sie die Kosten-Nutzen-Rechnungen der Bevölkerung bedienen, liegt nahe. Nun kann zwar nicht jedes Mitgliedsland Zahlungsempfänger sein, aber die nationalen Regierungen können die utilitaristischen Kalküle auf eine Vielzahl von Themen lenken, bei denen positive Erfahrungen mit der EU-Mitgliedschaft möglich sind. Die Argumente gehen von finanziellen Leistungen aus den Struktur- und Regionalfonds über wachsende Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt und im Reise- und Dienstleistungsverkehr bis zu den Vorteilen, die selbst bei gegenwärtigen Lasten in Zukunft durch die Öffnung der Grenzen erwartet werden können. In der Tat werben nationale Regierungen bei ihren Bevölkerungen mit dem Nutzen, den ihr Land aus der EU zieht. Und mehr noch: Sie verfolgen diesen in der politischen Praxis auch aktiv und wehren zugleich als nachteilig eingeschätzte Beschlüsse und Entwicklungen auf EU-Ebene ab. Die politische Konzentration auf nationale Vorteile dient immer auch als Mittel, um die Zustimmung und Unterstützung der Bevölkerungen zu fördern und zu erhalten. Zugleich kann der Verweis auf die Stimmungen in der eigenen Bevölkerung in den Verhandlungen auf EU-Ebene als Druckmittel gegenüber den anderen Mitgliedsländern eingesetzt werden.

Diese Überlegungen lassen sich in zwei Stichpunkten zusammenfassen: *Erstens*: Nur utilitaristisch motivierte Identifikation mit Europa kann in bewährter politischer Logik gefördert und genutzt werden. *Zweitens*: Die nationalen Regierungen schlagen diesen Weg auch immer wieder ein.²⁵ Damit begeben sich die politischen Akteure

25 Zu weiteren Voraussetzungen für den Wandel kollektiver Identitäten vgl. Martin Marcussen/Thomas Risse/Daniela Engelman-Martin/Hans Joachim Knopf/Klaus Roscher, *Constructing Europe? The evolution of French, British and German nation state identities*, in: *Journal of European Public Policy*, 6 (1999) 4, S. 614–633.

jedoch in einen Teufelskreis. Da sich affektiv begründete Identität in den vorhandenen Strukturen nicht herstellen lässt, wenden sie sich utilitaristischer Identität zu. Die Entwicklung europäischer Identität soll gefördert werden, indem die am nationalen und individuellen Nutzen orientierten Kalküle bedient werden und damit die Unterstützung für das *Projekt Europa* erkaufte wird. Dauernde Hinweise auf materiellen Nutzen stabilisieren allerdings die nutzenorientierte Identität wenig, stören die gefühlsmäßige Verbundenheit aber stark, so dass im Ergebnis das Gegenteil dessen gefördert wird, was angeblich und vielleicht auch tatsächlich erreicht werden soll: nämlich eine durch europäische Identität unterfütterte Unterstützung der Integrationspolitik. Solange nationale politische Akteure die Befriedigung nationaler Interessen auch bei Integrationsprojekten wie der Osterweiterung in den Vordergrund stellen, pflegen sie nationale Egoismen und behindern die Ausbildung europäischer Solidarität.²⁶ Die für die Zukunft eher hinderliche Tatsache, dass sich mit der europäischen Gemeinschaft „Zweckmäßigkeiturteile, nicht jedoch wertbezogene Identifikationen“²⁷ verbinden, wird durch diese Politik noch bestärkt.

Angesichts der zu erwartenden Kosten einer weiteren Integration wird es immer riskanter, sich politisch auf nutzenkalkulierte Zustimmung zu verlassen, weil es in der vorherrschenden Interpretation von Nutzen und Kosten schwieriger werden wird, nationale Vorteile zu vermitteln – vor allem, wenn diese sich erst später manifestieren. Sollte sich der Eindruck in den Bevölkerungen verstärken, dass die Politik der EU vor allem kostet, ist zu erwarten, dass die Identifikation mit dem europäischen Projekt in ihrer emotionalen *und* nutzenorientierten Dimension zurückgeht.

26 Vgl. S. Nissen (Anm. 9).

27 M. R. Lepsius (Anm. 19), S. 228.

Nationalismus und Europaskepsis in den postkommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas

Die Fragestellung

Stellen nationale Identitäten eine Barriere für das Zusammenwachsen Europas und die Unterstützung europäischer Ideale wie Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit oder Marktwirtschaft dar? Bilden also Nationalismus und nationale Identitäten ein besonders brisantes Konfliktpotenzial im sich erweiternden Europa aus? Diese Frage sei anhand der Analyse nationaler Orientierungen und Identitäten in den postkommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas behandelt.

In diesen Ländern war nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus ein Wiederaufleben nationalistischer Bestrebungen zu beobachten, das in dieser Stärke kaum jemand in Westeuropa erwartet hatte. Man denke etwa an die nationalen und ethnischen Konflikte im früheren Jugoslawien, an die nationalen Emanzipationsbewegungen in der Sowjetunion oder auch an die staatliche Separierung von Tschechien und der Slowakei. Nach dem Untergang des Staatssozialismus, der in der Zeit des bipolaren Ost-West-Konfliktes nationalistische Bestrebungen mit harter Hand zurückgedrängt hatte, konnten sich aufgrund der Liberalisierung der politischen Verhältnisse nationale Interessen offenbar wieder entfalten. Eingedämmte nationale und ethnische Konflikte brachen auf und entwickelten eine ungeahnte Eigendynamik. Natürlich benutzten nicht wenige politische Akteure den Nationalstaatsgedanken, um sich von der Herrschaft der Sowjetunion zu befreien und im Namen nationaler Ziele für den Anschluss an Europa einzutreten. In Estland etwa lautete die antisowjetische Parole nach 1989: Der Weg nach Europa ist der Weg der nationalen Befreiung. Der Nationalismus trug in dieser Zeit wie so häufig in seiner Geschichte also auch emanzipative Züge.¹ Gleichwohl stellt sich die Frage, ob die partikularistischen nationalen Orientierungen und Interessen dem

Prozess der europäischen Integration nicht entgegenstehen und ihn auf vielfache Weise behindern und hemmen können. Sie spitzt sich zu, wenn man den Prozess der Integration vieler postkommunistischer Länder in die Europäische Union ins Auge fasst. In diesem Prozess müssen die Länder des ehemaligen Ostblocks, die sie sich gerade erst von der politischen, militärischen, ökonomischen und kulturellen Oberhoheit der Sowjetunion befreit haben, erneut supranationale Strukturen als verbindlich für ihre eigenen nationalen Entscheidungen akzeptieren. Kann eine solche Akzeptanz ohne größere Konflikte erwartet werden von Ländern, die im Laufe ihrer Geschichte nicht nur von der Sowjetunion, sondern teilweise über Jahrhunderte hinweg auch von anderen Großmächten wie dem Osmanischen Reich, der Habsburger Monarchie oder Preußen abhängig waren? Nationale Gefühle sind durch diese Erfahrungen teilweise tief verletzt worden. Sie lassen sich politisch leicht evozieren und instrumentalisieren und dürfen daher nicht ignoriert werden, wenn der Prozess der europäischen Einigung erfolgreich gestaltet werden soll.

Gleichzeitig muss man natürlich auch sehen, dass Europa in vielen dieser Länder eine hoch akzeptierte Idee mit starker Ausstrahlungskraft darstellt. Sie steht für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, aber natürlich auch für Wohlstand und materiellen Überfluss. Zu Zeiten der Sowjetunion war diese Idee eine Utopie – eine Vision, von deren Realisierung man sich weit entfernt wähnte und die daher am Sternenhimmel des osteuropäischen Wertuniversums hell zu glänzen vermochte. Während die Sowjetunion als Besatzungsmacht und als politisches Imperium in den kommunistischen Staaten vielfach verachtet war, besaß Westeuropa für viele Mittel- und Osteuropäer ein positives Image. 1989, als die kommunistischen Regime zusammenbrachen, träumten sie davon, bald so zu leben wie die Menschen in Westeuropa, in Freiheit und Wohlstand. „Rückkehr nach Europa“ wurde in vielen Ländern der nach 1989 anstehende Transformationsprozess genannt, womit eben nicht nur die Verbesserung der ökonomischen Lage, sondern auch die Verwirklichung von nationaler Selbstbestimmung, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gemeint war.

¹ Zur funktionalen Ambivalenz des Nationalismus vgl. Gerhard Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden 1986, S. 27 f. sowie die Einleitungsbemerkungen von Heinrich August Winkler in: ders./Hartmut Kaelble (Hrsg.), Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität, Stuttgart 1993, S. 10.

Heute ist die Zugehörigkeit zur Europäischen Union (EU) für zahlreiche dieser osteuropäischen Länder Realität geworden. Damit hat Europa allerdings viel von seiner früheren Strahlkraft eingebüßt. Der diffuse Enthusiasmus, mit dem man 1989 in Richtung Europa blickte, ist heute in nicht wenigen der Staaten Ost- und Ostmitteleuropas durchmischt mit einer beachtlichen Skepsis gegenüber Europa. Die Relativierung des positiven Images, das Europa einst besaß, hat unter anderem damit zu tun, dass sich der erhoffte schnelle ökonomische Aufschwung in vielen Ländern Ost- und Ostmitteleuropas schwieriger als erwartet gestaltet, dass soziale Ungleichheiten zugenommen haben, sich die wirtschaftliche Lage seit 1989 für manche nicht verbessert, sondern verschlechtert hat und viele mit Sorge in die Zukunft blicken.² Sie kann auch mit der in den ostmitteleuropäischen Ländern weit verbreiteten Befürchtung erklärt werden, einer neuen politischen Dominanz ausgeliefert zu sein, die nun nicht mehr vom Osten, sondern vom Westen ausgeübt wird. Und sie ist auch auf die Frustrationen zurückzuführen, welche die Brüsseler Bürokratie, die detaillierten Anforderungen des *acquis communautaire* gegenüber den osteuropäischen Beitrittsländern sowie die zuweilen langwierigen und komplizierten Beitrittsverhandlungen der EU in den betroffenen Ländern ausgelöst haben. So ist in den osteuropäischen Ländern eine kontroverse Diskussion darüber im Gange, inwieweit sich die nationalen Interessen innerhalb der EU durchsetzen lassen oder durch eine Mitgliedschaft in der EU verletzt werden, inwieweit die nationale Souveränität und Kultur, das nationale Eigentum an Grund und Boden, die Würde und der Stolz der Nation im Gegenüber zu Westeuropa bewahrt werden können, oder ob die Mitgliedschaft in der EU mehr dem eigenen Land oder der EU nützt. Zuweilen sind in diesem Disput Stimmen zu vernehmen, die den Westen als moralisch dekadent und als politisch korrupt einstufen. Die gesunkenen Erwartungen an Europa drücken sich übrigens auch in den dramatisch niedrigen Beteiligungsraten an den diesjährigen Europawahlen aus.

Wie die Referenden zum Beitritt zur EU in vielen Ländern Osteuropas gezeigt haben, scheint Europa seinen guten Ruf jedoch in einem gewissen Maße erhalten zu haben. Seine Erfolge werden gesehen, und große Teile der Bevölkerung unter-

2 Auf die Frage, wie sich ihr Leben in Zukunft verändern werde, sagte im Frühling 2004 eine Mehrheit der Befragten, dass es sich eher verschlechtern als verbessern werde. 62 % erwarteten eine Verschlechterung der ökonomischen Lage in ihrem Land, während nur 15 % mit einer Verbesserung rechneten. Vgl. European Commission (Hrsg.), Eurobarometer 2004.1. First Results, Spring 2004, S. 3.

stützen auch heute noch die Zugehörigkeit ihrer Länder zur EU.³ Allerdings besitzt die Bereitschaft der Bevölkerung, die Mitgliedschaft in der EU zu unterstützen, nicht mehr in jedem Land jene Selbstverständlichkeit wie noch Anfang der neunziger Jahre. Sie ist vielmehr deutlich zurückgegangen und hat sich auch noch einmal nach den Referenden zum Beitritt zur EU im Frühling 2003, als viel für die EU geworben und politische Aktionen zur Beförderung des Ansehens der EU durchgeführt wurden, deutlich abgeschwächt. Inzwischen gibt es hinsichtlich der Akzeptanz der EU-Mitgliedschaft zwischen den Ländern große Differenzen. In einigen von ihnen – wie etwa in Lettland und Estland – wird sie nur noch von etwa 30 Prozent der Bevölkerung als eine gute Sache angesehen. Ist Europa in den Augen der Bevölkerung in den ostmitteleuropäischen Ländern noch immer das Modell für die eigene Entwicklung? Wie sieht das Verhältnis zwischen nationaler und europäischer Identifikation aus? Gibt es eine Bereitschaft zur Identifikation mit Europa? Steht die nationale Identität im Gegensatz zur europäischen Identität? Hat der Nationalismus negative Effekte auf die Akzeptanz der europäischen Integration und auf die Unterstützung europäischer Ideale wie Demokratie, Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit? Geht er einher mit der Präferenz für autoritäre Regime oder gar mit der Bereitschaft zur Rückkehr zum Kommunismus? Von welchen Variablen hängt die Identifikation mit der Nation ab? Von Bildung, Region, Alter, wirtschaftlicher Situation, Aufstiegs- bzw. Abstiegserfahrungen, Gerechtigkeitseinschätzungen, oder wovon sonst?

Auf Basis der folgenden Analyse soll auf alle der hier gestellten Fragen eine empirisch begründete Antwort gegeben werden. Im Mittelpunkt werden die Fragen stehen, ob nationale Identitäten eine Barriere für die Öffnung gegenüber der EU darstellen und von welchen Faktoren europaskeptische Einstellungen abhängen, sofern sie sich überhaupt nachweisen lassen. Die empirische Grundlage für die Beantwortung dieser Fragen bildet eine im Herbst 2000 in der Hauptverantwortung des Autors in elf ost- und ostmitteleuropäischen Ländern durchgeführte vergleichende Bevölkerungsumfrage, in die auch Fragen zur nationalen und europäischen Identität aufgenommen wurden.⁴ Die Länder bzw. Regionen, in denen die Befragung

3 In allen Beitrittsländern liegt der Anteil derer, die eine Mitgliedschaft in der EU unterstützen, über dem Anteil derer, die sie für etwas Schlechtes halten. Vgl. European Commission, ebd., S. 7.

4 Die Befragung „Political Culture in Central and Eastern Europe“ wurde vorbereitet gemeinsam mit Jörg Jacobs, Olaf Müller und Gert Pickel, alle Frankfurt (Oder). Die Organisation und Durchführung der Mehrländerbefragung lag in der Hand von INRA Deutschland.

stattfind, waren: Ostdeutschland, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Russland, Estland, Bulgarien, Rumänien, Albanien und Slowenien.

Nationale Identität als unabhängige Variable

Um die Identifikation mit der Nation und mit Europa messen zu können, soll auf eine in dem oben erwähnten Survey gestellte Frage zurückgegriffen werden. Sie lautete, ob sich die Befragten in den ostmittel- und osteuropäischen Ländern als Europäer verstehen, ob sie sich als Bulgaren, Polen, Russen, Deutsche wahrnehmen, also mit ihrer Nation identifizieren, oder ob sie sich in einer regionalen Tradition sehen. Die Befragten mussten zwischen den Antwortmöglichkeiten nicht alternativ auswählen, sondern hatten die Möglichkeit, auf alle drei Fragen getrennt zu antworten, so dass multiple Identitäten erfasst werden konnten. Wie die Antworten auf diese drei Fragen zeigen, wurde die Möglichkeit, jede Identität zu verneinen, ebenso selten gewählt wie die, sich nur über die Region oder nur über Europa oder über Europa und die Region gemeinsam zu identifizieren. Das heißt, die meisten Menschen besitzen so etwas wie eine nationale Identität, und gewöhnlich kombinieren sie diese mit regionalen oder europäischen oder sowohl mit regionalen als auch europäischen Bezügen. Deshalb sei im Folgenden nur auf die vier Gruppen eingegangen, die quantitativ von Belang sind: auf die Gruppe derjenigen, die behaupten, nur eine nationale Identität zu haben, auf jene mit einer nationalen und regionalen Identität sowie mit einer nationalen und europäischen Identität und auf jene, die regionale, nationale und europäische Orientierungen miteinander kombinieren.

Ist es sinnvoll, diese vier Identitätstypen voneinander zu unterscheiden? Ist es für die Unterstützung der EU-Mitgliedschaft, für die Bejahung westlicher Werte wie Demokratie, Freiheit oder Marktwirtschaft und für die Ablehnung nichtdemokratischer Werte wie Diktatur oder Sozialismus von Bedeutung, welcher dieser Gruppen man angehört? Wie *Tabelle 1* zeigt, besteht zwischen der Identifikation mit der Nation und der Akzeptanz der Idee der Demokratie kein signifikanter Zusammenhang. Verbinden sich nationale und regionale Identität miteinander, korreliert dieser Identitätstyp mit der Bejahung der Demokratieidee hingegen negativ (-.17). Umgekehrt schätzen diejenigen, die sich als Europäer verstehen und ihre europäische Identität mit ihrer nationalen

oder mit ihrer nationalen und lokalen Identität kombinieren, die Idee der Demokratie überdurchschnittlich häufig positiv ein (+.07 bzw. +.10). Das Gegenteil trifft auf die Unterstützung der Idee des Sozialismus zu. In diesem Fall ist die Zustimmung unter Befragten mit europäischer und nationaler bzw. europäischer, nationaler und regionaler Identität geringer als im Durchschnitt (-.08 bzw. -.06) und unter Befragten mit nationaler und regionaler Identität höher (+.13). Dasselbe Korrelationsmuster finden wir, wenn wir nach dem Entwicklungsweg fragen (westlicher Weg), den das Land einschlagen sollte, nach der Akzeptanz der Marktwirtschaft, danach, ob man der Freiheit dem Wert Gleichheit vorzieht (Freiheit), oder danach, ob es am besten wäre, das Parlament abzuschaffen und stattdessen einen starken Führer zu haben (starker Führer), oder ob man zur kommunistischen Herrschaft zurückkehren sollte (Rückkehr zum Kommunismus). Jedes Mal bejahen die regionalen Nationalisten – das ist hier der interessante Identitätstyp – antidemokratische und antiwestliche Alternativen häufiger als der Durchschnitt, präferieren die national und/oder regional identifizierten Europäer westlich-demokratische Werte signifikant häufiger⁵ und stehen diejenigen, die sich lediglich mit der Nation identifizieren, weder westlichen noch antiwestlichen Werten besonders aufgeschlossen gegenüber. Diesem Antwortverhalten entspricht es, dass Personen mit einer europäischen und nationalen oder mit einer europäischen, nationalen und regionalen Identität der Mitgliedschaft ihres Landes in der EU eher zustimmen (Mitgliedschaft EU), regionale Nationalisten sie eher ablehnen und reine Nationalisten weder zur einen noch zur anderen Seite neigen. Mit anderen Worten – und das ist der Kern dessen, was hier gesagt werden soll –: Nicht die Bejahung nationaler Identität als solcher widerspricht europäischen Wertvorstellungen wie Demokratie, Freiheit oder Marktwirtschaft und der Offenheit gegenüber dem Prozess der europäischen Integration. Eine nationale Orientierung, ganz gleich ob sie sich nun mit europäischen oder europäischen und regionalen Identitätsmustern verbindet oder nicht, weist mehrheitlich sogar eine tendenziell prowestliche Haltung auf.⁶ Demokratie, Markt-

5 Es gibt in den hier untersuchten Korrelationen nur eine Ausnahme von dieser Regel: Hinsichtlich der Marktwirtschaft zeigen diejenigen, die sich mit Europa und der Nation identifizieren, keine überdurchschnittliche Affinität (n.s.). Die regionalen Nationalisten lehnen die Marktwirtschaft allerdings überdurchschnittlich häufig ab (-.11), und die national und regional identifizierten Europäer stimmen ihr besonders stark zu (+.10), womit das allgemeine Muster wiederum bestätigt wird.

6 Der Korrelationskoeffizient Pearson zwischen nationaler Identifikation und Zustimmung zur Demokratieidee bzw. zur Demokratie als Regierungsform beträgt .08 bzw. .10. Die

Tabelle 1: Korrelationen zwischen Identitätstyp und westlichen Werten sowie deren Alternativen

| | Demokratie | Sozialismus | „westlicher Weg“ | Marktwirtschaft | Freiheit | starker Führer | Rückkehr zum Kommunismus | Mitgliedschaft EU |
|----------------------------------|------------|-------------|------------------|-----------------|----------|----------------|--------------------------|-------------------|
| National | n.s. | n.s. | n.s. | n.s. | n.s. | n.s. | n.s. | n.s. |
| National + regional | -.17** | +.13** | -.18** | -.11** | -.13** | +.20** | +.11** | -.09** |
| Europäisch + national | +.07** | -.08** | +.07** | n.s. | +.06** | -.11** | -.09** | +.04** |
| Europäisch + national + regional | +.10** | -.06** | +.11** | +.10** | +.05** | -.11** | -.07** | +.05** |

Quelle: Political Culture in Central and Eastern Europe 2000, Frankfurt (Oder); n.s. = nicht signifikant; ** signifikant $p < 0,01$; $n=11750$.

wirtschaft oder Freiheit werden nur dann überdurchschnittlich abgelehnt, wenn nationalistische Haltungen mit der Hinwendung zu regionalen Traditionen verbunden sind.

Nationale Identität als abhängige Variable

Wie lässt sich nun – damit kommen wir zur zweiten der beiden aufgeworfenen Fragen – die unterschiedliche Einstellung zu europäischen Werten wie Demokratie oder Marktwirtschaft in den unterschiedlichen Identitätstypen erklären? Bei einer sozialstrukturellen Betrachtung (die hier nicht abgebildet werden kann) fällt auf, dass Personen mit einer regionalen und nationalen Orientierung unter allen Identitätstypen den niedrigsten Bildungsstand besitzen, dass unter diesen ältere Menschen deutlich überrepräsentiert sind und sie den geringsten Anteil an Hauptstädtern, aber den höchsten der in der Landwirtschaft Beschäftigten stellen. Umgekehrt ist bei denjenigen, die sich als Europäer und zugleich als Angehörige ihrer Nation wahrnehmen, das Bildungsniveau am höchsten, die Gruppe der Jüngeren überrepräsentiert, der Anteil derjenigen, die in der Hauptstadt des jeweiligen Landes wohnen, am höchsten und der Anteil der Landbevölkerung am niedrigsten.

Die Vertreter des regional-nationalen Identitätstyps schätzen darüber hinaus die ökonomische Situation des eigenen Haushalts deutlich schlechter ein als die Angehörigen aller anderen Identitätstypen, insbesondere des national-europäischen. Dasselbe trifft auch auf die Einschätzung der ökonomischen Situation des Landes zu. Ebenso mei-

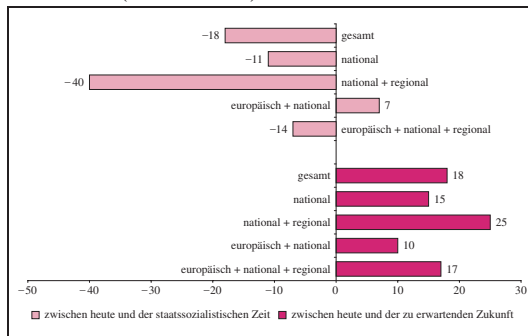
nen diejenigen, die sich regional und national identifizieren, überdurchschnittlich häufig, dass sie ungerecht behandelt werden und nicht den ihnen zustehenden Anteil am Nationaleinkommen erhalten. Und sie halten auch die Gesellschaft insgesamt für ungerechter als die anderen. Besonders deutlich werden die Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Identitätstypen, wenn man danach fragt, ob sich die wirtschaftliche Lage seit der Zeit vor 1989 verbessert oder verschlechtert hat. Insgesamt sehen alle Befragten bis auf die Vertreter des national-europäischen Identitätstyps mehr Verschlechterungen als Verbesserungen (vgl. *Grafik 1*). Am negativsten aber ist die Einschätzung derjenigen, die sich in einer regional-nationalen Tradition verorten. Fragt man hingegen danach, wie man die Zukunft im Vergleich zur gegenwärtigen Situation bewertet, so sind die Hoffnungen gerade bei den regionalen Nationalisten am größten und bei denjenigen, die sich national und europäisch orientieren, am geringsten. Zwischen den aus dem Vergleich zur sozialistischen Zeit resultierenden Verlusterfahrungen und den Erwartungen an die wirtschaftliche Situation in der Zukunft besteht vor allem beim regional-nationalen Identitätstyp eine emotionale Spannung, die nur durch Veränderung der gegenwärtigen Verhältnisse abgebaut werden könnte.

Offenbar handelt es sich bei dem regional-nationalen Identitätstyp um eher niedrig gebildete, ältere, in der Peripherie lebende, teilweise bäuerlich geprägte Schichten, für die der Nationalismus ein Kompensationsinstrument für ihre unterprivilegierte und als ungerecht wahrgenommene Situation darstellt. Man könnte von einem „peripheren Nationalismus“⁷ sprechen, in welchem europäische Werte wie Demokratie oder Marktwirtschaft eher abgelehnt werden, während die Neigung zur Bevor-

Korrelation ist damit signifikant. Ebenso ist eine positive Korrelation zwischen nationaler Identität und dem Wert Freiheit festzustellen.

7 Peter A. Kraus, Nationalismus und Demokratie: Politik im spanischen Staat der Autonomen Gemeinschaften, Wiesbaden 1996, S. 63.

Grafik 1: Vergleich der wirtschaftlichen Lage
(Mittelwerte)



Gebildet wurde der jeweils angegebene Wert, indem die Differenz zwischen der auf einer Skala von -100 bis +100 vorgenommene Einschätzung des Funktionierens des gegenwärtigen Wirtschaftssystems und des Funktionierens des vergangenen sozialistischen Wirtschaftssystems gebildet wurde. Der Hoffnungswert ergibt sich aus der Differenz zwischen der Einschätzung des Funktionierens der Wirtschaft in der Zukunft und der Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftssystems.

Quelle: Political Culture in Central and Eastern Europe 2000 (Anm. 4).

zungung von Diktatur und starker Führerschaft sowie die Bereitschaft zur Rückkehr zum Staatssozialismus gepaart mit Europaskeptizismus relativ stark ausgeprägt sind. Mit seiner Hilfe können Ansprüche auf Verbesserung der allgemeinen Lebenssituation begründet und damit politisch wirksam geltend gemacht werden. Dabei bedienen sich die schlechter gestellten, peripheren Gesellschaftsschichten möglicherweise deshalb nationalistischer Argumente, weil diese sich vortrefflich dazu eignen, das Interesse an Zugehörigkeit, Gleichbehandlung und Besserstellung zu artikulieren und gesellschaftlich zu legitimieren. Dieser periphere Nationalismus steht einem urbanen Nationalismus gegenüber, der sich überproportional bei Jüngeren, hoch Gebildeten, Städtern, insbesondere den Einwohnern der Hauptstädte, und bei den Transformationsgewinnern findet. Der urbane Nationalismus kann sich sehr wohl mit der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft verbinden und weist eine beachtliche Offenheit für den Prozess der europäischen Integration auf.⁸ Das heißt – und das sei nochmals wiederholt –, Nationalismus kann nicht als solcher als Bedrohung der

⁸ Diese Unterscheidung entspricht einem Ergebnis der Analysen Martin Heidenreichs, der ebenfalls starke regionale Ungleichheiten in Mittel- und Osteuropa feststellt, insbesondere zwischen hauptstädtischen Regionen, die von der Internationalisierung und Tertiärisierung der jeweiligen Volkswirtschaften außerordentlich profitieren, und einem agrarisch geprägten Umfeld, dessen Industrie wegbricht; vgl. Martin Heidenreich, Regionale Ungleichheiten im erweiterten Europa, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.), Entstaatlichung und Soziale Sicherheit, Opladen 2003, S. 177–197.

europäischen Integration und der europäischen Ideale und Ziele angesehen werden. Der Nationalismus steht nur dann mit einer europäischen Perspektive und mit europäischen Werten in Konflikt, wenn er sich partikularistisch beschränkt und lokalistisch versteift.

Trägt man die bisher aufgeführten Faktoren – die sozialstrukturellen Merkmale, die Einschätzung der Gerechtigkeit der Gesellschaft, die individuelle und allgemeine ökonomische Lagebeurteilung sowie die Bewertung des Funktionierens der Wirtschaft im Vergangenheits-Gegenwarts- und im Gegenwarts-Zukunfts-Vergleich – in eine Regressionsanalyse ein, in welcher der periphere Nationalismus die abhängige Variable ist, so erweist sich vor allem die Einschätzung der Veränderung der allgemeinen und der individuellen ökonomischen Situation als einflussreich (hier nicht abgebildet). Aber auch die Beurteilung der Gerechtigkeit der Gesellschaft und des Anteils, den man am Nationaleinkommen erhält, spielt hier eine Rolle. Das bedeutet zunächst, dass für die Ausbildung des peripheren Nationalismus vor allem die Veränderung der ökonomisch-materiellen Situation und die ökonomische Stellung des Einzelnen in der Gesellschaft ausschlaggebend sind. Als noch bedeutsamer erweisen sich in der Regressionsanalyse aber die Differenzen zwischen den Ländern. Es scheinen also vor allem grundlegende Differenzen zwischen den Ländern zu sein, welche die Ausbildung der unterschiedlichen Identitätstypen bedingen.

Tabelle 2 bestätigt diese Vermutung. Sie zeigt die Verteilung der vier Identitätsgruppen im Ländervergleich. Die Verteilung ist äußerst heterogen: Bulgarien und Russland weisen einen außergewöhnlich hohen Prozentsatz an Personen auf, die sich selbst in einer nationalen und regionalen Tradition sehen. In Polen, Rumänien und der Slowakei ist die Gruppe mit einer dreifachen Identität überrepräsentiert. Tschechien, Ungarn und Slowenien zeigen eine Überrepräsentation der Gruppe, in der eine nationale und europäische Identität dominiert, und in Ostdeutschland und Albanien ist der Prozentsatz derer vergleichsweise hoch, die sich nur mit ihren nationalen Traditionen identifizieren. Estland steht stets irgendwo in der Mitte. Betrachtet man die enormen Länderdifferenzen in der Verteilung der Identitätstypen, wird ein Ebenenwechsel der Analyse von der mikrosoziologischen auf die makrosoziologische Ebene erforderlich. Die bisherige mikrosoziologische Untersuchung muss nunmehr durch makrosoziologische Überlegungen ergänzt werden.

Tabelle 2: Verteilung der Identifikation mit Europa, mit der eigenen Nation und der Region, in der man lebt

| in Prozent | Gesamt | Polen | Ungarn | Tschechien | Slowakei | Estland | Slowenien | Bulgarien | Rumänien | Albanien | Russland | Ostdeutschland |
|--------------------------------------|--------|-------|--------|------------|----------|---------|-----------|-----------|----------|----------|----------|----------------|
| national | 5 | 2,3 | 4,4 | 6,4 | 1,2 | 4,9 | 6,2 | 2,5 | 2,4 | 9,7 | 4,2 | 12,5 |
| national/ regional | 27,5 | 9,1 | 4,0 | 6,9 | 5,8 | 26,9 | 16,2 | 61,8 | 25,8 | 39,4 | 62,3 | 27,9 |
| europäisch/ national | 13,8 | 9,4 | 32,0 | 39,6 | 9,8 | 9,6 | 21,4 | 1,3 | 6,3 | 8,2 | 2,1 | 18,7 |
| europäisch/ national/ regional | 49,2 | 77,7 | 58,4 | 46,6 | 77,5 | 49,4 | 51,6 | 26,1 | 63,5 | 41,2 | 25,3 | 33,4 |

Quelle: Political Culture in Central and Eastern Europe 2000 (Anm. 4).

Der periphere Nationalismus im Ländervergleich

Wenn wir die vorgetragenen Einzelresultate der mikrosoziologischen Analyse auf die Aggregatenebene übertragen, lässt sich annehmen, dass die starke Identifikation mit der Region und der Nation, wie sie in Russland und Bulgarien anzutreffen ist, durch die schwierige *ökonomische Lage* in diesen Ländern befördert wird. Tatsächlich weisen diese beiden Länder ein ausgesprochen niedriges Modernisierungsniveau auf, wie etwa am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ablesbar ist.⁹ Ein vergleichsweise niedriges Modernisierungsniveau besitzen unter den in die Untersuchung einbezogenen Ländern neben Russland und Bulgarien aber auch Rumänien und Albanien. In diesen beiden Ländern ist ein überproportionaler Anteil von Vertretern des peripheren Nationalismus allerdings nicht anzutreffen. Eine wirtschaftliche Krisensituation führt also nicht automatisch zu einer Verschärfung nationalistischer Überzeugungen und Gefühle. Um den hohen Anteil regionaler Nationalisten in Russland und Bulgarien zu erklären, müssen daher weitere Faktoren in Betracht gezogen werden.

Eine Erklärungshilfe könnte darin bestehen, zwischen der objektiven wirtschaftlichen Situation und ihrer Beurteilung durch die Bevölkerung zu unterscheiden. Betrachtet man etwa die Bewertung der wirtschaftlichen Veränderungen von der staatssozialistischen Epoche bis zur Gegenwart nach Ländern differenziert, so zeigt sich, dass zwar Russen, Bulgaren und Rumänen diese Veränderungen negativ einschätzen, Albaner aber positiv (vgl. *Grafik 2*), obschon der Stand der wirtschaftli-

chen Entwicklung in Albanien deutlich unter dem Niveau der anderen Länder liegt. Ausschlaggebend für den Einfluss der wirtschaftlichen Lage auf die Ausbildung regional-nationalistischer Einstellungen ist also nicht die ökonomische Lage als solche, sondern ihre subjektive Bewertung. Diese wird nachdrücklich vom jeweiligen Anspruchsniveau beeinflusst.¹⁰ Das Ausgangsniveau der Transformationsprozesse in Albanien war offenbar so gering, dass die Veränderungen nach 1989 nur als Verbesserungen wahrgenommen werden konnten, auch wenn sie objektiv vielleicht wenig gebracht haben. Dort bildete sich jener periphere Nationalismus, der so stark demokratieablehnend und europaskeptisch ist, deutlich weniger stark heraus als in Bulgarien oder Russland. Entscheidend ist also offenbar nicht allein das Maß der wirtschaftlichen Rückständigkeit als solcher, sondern vor allem das Gefühl der *relativen Deprivation*.

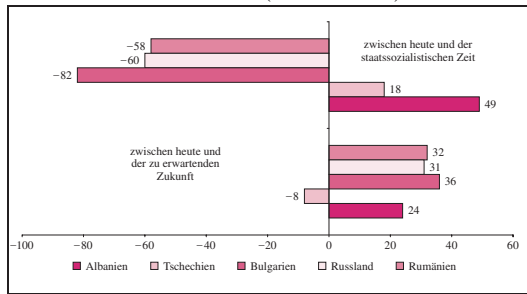
Ein weiterer Erklärungsfaktor für die überdurchschnittliche Ausbildung regional-nationalistischer Identitäten könnte darin gesehen werden, ob in einem Land *ethnische Konfliktfelder* gegeben sind oder nicht. Prinzipiell lassen sich zwei Formen ethnischer Konflikte¹¹ unterscheiden: solche, die aufgrund von ethnischen Minderheiten im Lande entstehen, und solche, die dadurch zustande kommen, dass Angehörige der eigenen Nation als Minderheiten im Ausland leben. Für Russland und Bulgarien treffen beide Konfliktfälle zu. Russland zeichnet sich als Vielvölkerstaat durch ein hohes Maß an ethnischer Heterogenität aus. Außerdem ist es

10 In Tschechien wiederum werden zwar die Verbesserungen der ökonomischen Situation seit 1989 gesehen, angesichts der erreichten Fortschritte wandelt sich der Blick in die Zukunft allerdings in Resignation.

11 Das Potenzial für die Artikulation ethnischer Gruppen ist häufig territorial konzentriert; vgl. P.A. Kraus (Anm. 7), S. 63. Insofern ist es nahe liegend, einen engen Zusammenhang zwischen dem peripheren und einem ethnischen Nationalismus zu vermuten und Ersteren vielleicht sogar unter Letzterem zu subsumieren.

9 Vgl. Human Development Report 2002. <http://stone.undp.org/reports/global/2002/en/pdf>, S. 150.

Grafik 2: Vergleich der wirtschaftlichen Lage nach Ländern (Mittelwerte)



Quelle: Political Culture in Central and Eastern Europe 2000 (Anm. 4).

von der Nationalitätenfrage auch dadurch besonders stark betroffen, dass sich aufgrund der imperialistischen Politik der Sowjetunion Millionen von Russen im Ausland angesiedelt haben, etwa in Estland oder Lettland oder auch in der Ukraine, wo sie teilweise einen Bevölkerungsanteil von mehr als 25 Prozent stellen und als ehemalige „Unterdrückter“ oft scharf ausgegrenzt werden. Auch in Bulgarien ist das Nationalitätenproblem besonders virulent. Außerhalb von Bulgarien leben als Bulgaren bezeichnete Südostslawen in Griechisch-Makedonien und im ehemals jugoslawischen Mazedonien. Bulgarien selbst hat einen Anteil von 9 Prozent Türken, die sich als Angehörige der ehemaligen Herrschaftskultur ebenfalls keiner großen Beliebtheit erfreuen. Als Ende 1989 die von Todor Shiwkov erlassenen Gesetze zur Assimilation der Türken, die unter anderem eine brutale Namensänderungskampagne zur Folge hatten, aufgehoben wurden, kam es zu spontanen Protesten aufgebracht nationalistic Gruppen, insbesondere im gemischt besiedelten Osten des Landes.¹² Regional-nationalistische Einstellungen verstärken sich also aufgrund aktueller ethnischer Konflikte, die durch das Zusammenleben unterschiedlicher Nationalitäten und Ethnien auf engem Raum bedingt sind und in deren Verlauf sich der Nationalismus der Konfliktparteien aneinander reibt und wechselseitig hochschaukelt. Aber auch hinsichtlich dieses Erklärungsfaktors lassen sich Ausnahmen finden, welche die Gültigkeit dieses Erklärungsansatzes einschränken. Man denke etwa an die Auslandsungarn in der Slowakei und in Rumänien oder an die Minderheiten der Ungarn und Roma und Sinti in Rumänien, ohne dass sich in Ungarn oder Rumänien ein vergleichbares Maß an peripherem Nationalismus wie in Bulgarien oder Russland nachweisen lässt. Auch

¹² Vgl. Stefan Troebst, Nationalismus vs. Demokratie: Der Fall Bulgarien, in: Margareta Mommsen (Hrsg.), Nationalismus in Osteuropa: Gefährliche Wege in die Demokratie, München 1992, S. 180, S. 178.

in diesem Fall wirkt also der benannte Faktor nicht automatisch, wohl aber möglicherweise in Kombination mit anderen.

Als ein weiterer dieser Faktoren könnte der Umgang mit nationalen Gefühlen und Interessen in der Zeit des Staatssozialismus identifiziert werden. In der Sowjetunion, in der die Autonomie der in das Imperium eingeschlossenen Nationen weitgehend missachtet, nationale Besonderheiten allenfalls als folkloristische Spezialitäten behandelt und der *homo sovieticus* propagiert wurde, trug die jahrzehntelange Unterdrückung nationaler Identitäten nach dem Zusammenbruch des imperialistischen Zentrums nicht unerheblich zur Wiederentdeckung des Nationalen bei. In Rumänien hingegen wurde der Nationalismus von Nicolae Ceausescu seit den sechziger Jahren für die Legitimation seines Regimes und die Durchsetzung seiner politischen Ziele instrumentalisiert und dadurch gründlich entwertet.¹³ Eine im Vergleich zu anderen Ländern größere Enthaltbarkeit und Reflektiertheit im Umgang mit nationalen Einstellungen und Affekten könnte die Folge gewesen sein. Das schließt nicht aus, dass sich auch in Rumänien nationalistische Ressentiments an ethnischen Konflikten wieder neu entzünden werden. Das könnte etwa in dem Konflikt mit der ungarischen Minderheit passieren, deren Verdienste im Prozess des Umbruchs von 1989/90 in Rumänien zunächst breit gewürdigt wurden, deren öffentlich demonstrierter Überlegenheitsgestus dann jedoch wieder Anlass für nationalistische Gegenbewegungen bot. Aber auch hier ist der Fall nicht eindeutig, denn auch in Bulgarien setzte die kommunistische Führung seit 1965 auf die nationale Karte. In Bulgarien kam es jedoch nicht zu einer ähnlichen Entwertung des Nationalismus wie in Rumänien. Möglicherweise hat dies damit zu tun, dass die bulgarische Bevölkerung aufgrund der traditionell engen Beziehungen zwischen Bulgarien und Russland dem sozialistischen Regime von Anfang an insgesamt aufgeschlossener gegenüberstand.

Schließlich sei als ein letzter Einflussfaktor auf die soziale Relevanz von Großmachtideen für die Ausbildung nationalistischer Einstellungen hingewiesen. Für Russland ist der Zusammenhang offensichtlich, denn noch vor wenigen Jahren war die Sowjetunion eine Supermacht mit einem Einflusspotenzial, das sich fast auf die halbe Welt erstreckte. Es mag sein, dass es deshalb der Bevölkerung dort schwerer fällt als den Menschen in anderen Ländern, mit ihrer unterprivilegierten und ökonomisch schwachen Lage fertig zu werden,

¹³ Vgl. Anneli Ute Gabanyi, Nationalismus in Rumänien: Vom Revolutionspatriotismus zur chauvinistischen Restauration, in: M. Mommsen, ebd., S. 147.

und dass die antieuropäischen und nationalistischen Einstellungen in Russland zu einem großen Teil auf das höhere Anspruchsniveau in der Bevölkerung zurückzuführen sind und eine direkte Reaktion auf die Vorherrschaft des westlichen Gesellschaftsmodells in der gegenwärtigen, sich globalisierenden Gesellschaft darstellen. Auch für Bulgarien lassen sich Großmachtideen nachweisen, denn als 1878 der Präliminarfrieden von San Stefano geschlossen wurde, sprach dieser Vertrag Bulgarien einen Territorialbestand vom Schwarzen Meer bis fast an die Adria und von der Donau bis an die Ägäis zu. Zwar wurde der Vertrag schon im Jahr seines Abschlusses auf dem Berliner Kongress revidiert, es ist jedoch kein Zufall, dass 1990 der 3. März, der Tag, an dem der Vertrag von San Stefano abgeschlossen wurde, zum neuen Nationalfeiertag erklärt wurde. Dies zeigt, wie lebendig auch im heutigen Bulgarien, das sich gern die Rolle des Vermittlers zwischen europäischer Kultur und Islam zuschreibt, Großmachtideen noch sind. Allerdings stoßen wir auch hier wieder auf bezeichnende Ausnahmen. In Ungarn zum Beispiel ist die Erinnerung an den im Friedensvertrag von Trianon nach dem Ersten Weltkrieg festgelegten Gebietsverlust von mehr als 60 Prozent ebenfalls noch wach,¹⁴ und dennoch hat sich in Ungarn kaum ein regionaler Nationalismus wie in Bulgarien oder Russland herausgebildet.

Schlussbemerkungen

Zusammenfassend können wir festhalten, dass die überproportionale Ausprägung des regional-nationalen Identitätstyps durch das Zusammentreffen unterschiedlicher Faktoren begünstigt wird: durch wirtschaftliche Rückständigkeit, durch das Gefühl relativer Deprivation, durch national-ethnische Konfliktpotenziale, durch das in unterschiedliche Richtungen weiterwirkende Erbe des Sozialismus sowie durch Großmachtideen. Keiner dieser Einflussfaktoren allein reicht aus, um das europaskeptische Einstellungssyndrom des peripheren Natio-

nalismus hervorzubringen. In unterschiedlicher Kombination können die benannten Faktoren jedoch zu seiner Entstehung beitragen.

Nationalismus, so können wir abschließend formulieren, ist ein ambivalentes, janusköpfiges, amorphes soziales Phänomen. Er kann sich mit Ideen der Demokratie und Marktwirtschaft verbünden, er kann aber auch antidemokratisch ausgerichtet sein. Von den unterschiedlichsten politischen Akteuren lässt er sich ideologisch benutzen und instrumentalisieren: von den ehemals kommunistischen Parteien wie in Rumänien oder Bulgarien ebenso wie von antikommunistischen Kräften wie in Polen oder Ungarn. Jedes Mal dient der Nationalismus den politischen Akteuren dazu, sich im politischen Wettstreit sozial zu behaupten und große Bevölkerungsteile auf die eigene Seite zu ziehen. Er ist nicht einfach da als eine tradierte kulturelle Substanz, sondern wird von politischen Akteuren konstruiert und eingesetzt zur Durchsetzung politischer, ökonomischer und sozialer Interessen. Zu einer solchen Instrumentalisierung eignet er sich, da sich im Gewand des Nationalismus unterschiedlichste Probleme auf einen Nenner bringen, Verantwortlichkeiten sozial zurechnen und Hoffnungen bündeln lassen. Wenn die westeuropäischen Staaten den Prozess der Integration Europas vorantreiben wollen, sind sie gut beraten, mit regionalen Differenzen ökonomischer und sozialer Natur, insbesondere mit Differenzen zwischen Peripherie und Zentrum, an denen sich nationalistische Einstellungen häufig festmachen, zu rechnen und mit ihnen sensibel umzugehen. Der periphere Nationalismus stellt sich nach den hier vorgestellten Analysen als ein von unterprivilegierten und peripheren Schichten benutztes Instrument zur Einklagung von Ansprüchen auf Zugehörigkeit und Gleichstellung dar, mit dem diese Schichten auf legitime Art und Weise die Verbesserung ihrer sozialen und ökonomischen Lage anmahnen können. Der Nationalismus stellt für sich genommen noch keine Gefahr für Europa dar, aber er kann zu einer solchen werden, wenn sich über ihn Gefühle der Schlechterstellung und Benachteiligung artikulieren und Anspruch auf Gehör verschaffen wollen. Eine solche nationalistische Anspruchshaltung lässt sich mehrheitlich gegenwärtig nur in wenigen Ländern Ostmittel- und Osteuropas nachweisen. In den meisten Ländern dieser Region bildet die nationale Identität der Bevölkerungen bei der Mehrheit keine Barriere für die Durchsetzung europäischer Ideale und Zielstellungen, sondern ein Medium, in welchem sich diese realisieren können.

14 78 Prozent der Ungarn bezeichneten 1989 den Friedensvertrag von Trianon vom 4. Juni 1920 als das „am tiefsten gehende historische Trauma“ (Csepeli György, *Versenyben az identitásért: A nemzeti azonosság mintái a posztkommunista Magyarországon*, in: *Valóság*, 12 (1991), S. 17–25).

Soziale Ungleichheit in der Europäischen Union

Einleitung

Die Europäische Union gehört zu den Wohlstandsinselfn in einer sich globalisierenden Welt. Ihre Mitgliedsländer zählen sowohl im Hinblick auf ökonomische Maßzahlen wie das Bruttonozialprodukt als auch hinsichtlich sozialer Lebensbedingungen wie Gesundheitsbetreuung, Wohnen, Lebenserwartung und Zugang zu Bildung zu den privilegierten Orten dieser Welt. Dennoch ist die EU kein homogenes Gebilde, sondern von erheblichen Ungleichheiten zwischen ihren Mitgliedsländern und Regionen geprägt. Diese sind vor allem deshalb von Relevanz, weil die Integrationsanstrengungen der Europäischen Union nur dann gelingen können, wenn ein ausreichendes Maß an Kohärenz gegeben ist. So hat der damalige EU-Kommissar Michel Barnier den dritten Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der EU, veröffentlicht im Februar 2004, mit folgenden Worten angekündigt: „Die Unterschiede zu verringern, um das Wachstum zu beschleunigen. Wachstum und Kohäsion sind zwei Seiten der gleichen Medaille (...). Wir stehen an der Schwelle eines historischen Augenblicks, nämlich der Wiedervereinigung des Kontinents. Diese wird die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vergrößern. Das vordringlichste Ziel der nächsten Generation europäischer Programme wird die Unterstützung der ärmsten Regionen sein.“¹

Die Rolle sozialer Ungleichheit für den Integrationsprozess ist von der Ungleichheitsforschung bis heute nicht hinreichend adressiert und thematisiert worden. Grund dafür ist die immer noch vorherrschende Fokussierung auf innerstaatliche Ungleichheiten. Die zentralen ungleichheitssoziologischen Konzepte wie Klasse, Schicht und soziale Lage ebenso wie etablierte Ungleichheitsmaße beziehen sich auf soziale Unterschiede innerhalb von Nationalstaaten. Wenn unterschiedliche Länder betrachtet werden, dann werden diese vergleichend nebeneinander gestellt, aber es wird selten gefragt, welche Wechselwirkungen es zwischen

ihren Ungleichheitsstrukturen gibt. Allerdings hat die komparative Forschung erfolgreich dazu beigetragen, dass heute für die meisten Länder gute Vergleichsindikatoren zur Verfügung stehen. Auch auf der EU-Ebene gibt es inzwischen ein umfangreiches Berichtswesen. Soweit dort Ungleichheit thematisiert wird, kommen drei zentrale Perspektiven zum Tragen. Erstens wird ganz im Sinne der schon angesprochenen Forschung ein Vergleich der Mitgliedsländer hinsichtlich zentraler Ungleichheitsindikatoren wie Armutsquote oder Einkommensverteilung vorgenommen. Zweitens wird im Zuge der Diskussion um soziale Konvergenz das Wohlstandsgefälle zwischen den Mitgliedsstaaten thematisiert. Drittens hat sich der interregionale Vergleich als eigenständige Ungleichheitsperspektive etabliert, weil im Zuge der Europäisierung die Regionen aufgewertet wurden. Sie kommen als politische, aber auch sozioökonomische Handlungseinheiten stärker zum Zuge und sind unter dem Stichwort der „territorialen Disparitäten“ in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt. Nachfolgend soll anhand dieser Perspektiven eine kurze Bestandsaufnahme der Ungleichheiten in der Europäischen Union erfolgen. Neben der reinen Deskription dieser Ungleichheiten soll auch diskutiert werden, inwieweit der Europäisierungsprozess selbst – verstärkend oder abmildernd – auf diese Ungleichheiten wirkt. Die Europäische Einigung ist schon so weit fortgeschritten, dass es notwendig erscheint, stärker auf Faktoren der Ungleichheitskonstitution Bezug zu nehmen, die aus dem Zusammengehen der europäischen Mitgliedsländer erwachsen. In einem letzten Teil wird diskutiert, warum die Ungleichheitsforschung hinsichtlich der Europäisierung deutliche Innovationsdefizite hat und in welche Richtung konzeptionelle Neuorientierungen notwendig sind.

Europas soziale Dimension im Ländervergleich

Wenn man sich die Thematisierung von Ungleichheit im Europäischen Raum ansieht, dann fällt auf, dass sich im letzten Jahrzehnt eine ganze Forschungslandschaft indikatorenbasierter vergleichender EU-Forschung etabliert hat. Als exemplarisch können Publikationen wie *The Social Situa-*

¹ Europäische Kommission, Eine neue Partnerschaft für die Kohäsion. Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit, Kooperation. Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Luxemburg 2004.

tion in the European Union² oder *The Social Quality of Europe*³ gelten, aber auch Versuche, ein von der Wohlfahrtsforschung inspiriertes europäisches Indikatorensystem zu entwickeln, das verschiedene Dimensionen von Lebensqualität vergleichend und im Zeitverlauf abbildet.⁴ Besonders hervorhebenswert sind Neuerungen, die im Zusammenhang mit dem EU-Interesse an Phänomenen wie Armut und Ausgrenzung angeregt wurden sowie Versuche, Indikatoren mit größerer Politikrelevanz zu entwickeln, die dann zur Evaluation von Politikinstrumenten eingesetzt werden können.⁵ Es ist interessant festzustellen, dass diese Versuche immer noch den Nationalstaat als zentrale Zurechnungseinheit für die Analyse von sozialer Ungleichheit wählen. Die meisten angewandten Maße sind rein national definierte Kategorien. Armutsraten oder Daten zur Einkommensungleichheit sind in der Regel auf Verteilungen innerhalb des jeweiligen Aggregats ausgerichtet. Obwohl häufig für komparative Forschung herangezogen, sind diese Vergleiche nur bedingt aussagekräftig, denn die Lebensbedingungen derjenigen, die so als sozial ausgeschlossen oder arm definiert werden, können in den einzelnen Ländern ja sehr unterschiedlich sein.⁶

Dennoch stellt diese Perspektive einen wichtigen Pfeiler der komparativen Untersuchung sozialer Ungleichheit in Europa dar, denn sie ermöglicht einen ersten Aufschluss über das Ausmaß sozialer Ungleichheit in den Mitgliedsländern. Folgt man dieser Betrachtungsweise, so zeigt die folgende *Tabelle*, dass es eine große Varianz der Einkommensungleichheit in den Mitgliedsländern gibt.

Das Verhältnis der Gesamteinkommen der oberen 20 Prozent der Einkommensbezieher zu den unteren 20 Prozent der Einkommensbezieher beträgt im EU-Durchschnitt 4,4. Deutliche Abweichler nach oben sind Länder wie Estland, Lettland, Portugal, Griechenland und Spanien. Dänemark, Deutschland, Österreich, Finnland, Schweden, Ungarn, Slowenien, die Slowakei und die Tsche-

chische Republik rangieren unterhalb des Durchschnitts. Ein ähnliches Bild großer Differenzierung ergibt sich auch bei anderen wichtigen Strukturindikatoren wie Armutsgefährdungs- und Arbeitslosenquote. Länder wie Griechenland, Portugal, Spanien, Großbritannien und Irland weisen Armutsgefährdungsquoten von fast 20 Prozent und darüber auf. Hier sind einige der neuen Mitgliedsländer wie Ungarn, die Slowakei und Tschechien, obwohl auch sie mit massiven Arbeitslosigkeitsproblemen zu kämpfen haben, deutlich erfolgreicher.

Was die Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt und die Probleme von Langzeitarbeitslosigkeit angeht, so zeigen sich große Disparitäten zwischen den Ländern. Die Arbeitslosenquote in den „alten“ Mitgliedsländern schwankte 2002 zwischen 2 und 11 Prozent, in den neuen Beitrittsländern zwischen 5 Prozent in Zypern und fast 19 Prozent in der Slowakei. Ähnlich ungleich sind auch die Raten der Langzeitarbeitslosen mit einem sehr geringen Anteil von 1 Prozent oder darunter in Luxemburg, den Niederlanden, Österreich und Dänemark sowie deutlich höheren Raten in Griechenland, Italien, Lettland, Litauen und der Slowakei. Die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit wird seitens der Europäischen Kommission nicht zuletzt wegen des Problems sozialer Ausgrenzung und der Kumulation von Problemlagen als politische Priorität angesehen.

Die vorgestellten Indikatoren sind aber nicht unabhängig voneinander: Häufig wird behauptet, dass ungleichheitsreduzierende Arrangements wie ein rigides Lohngefüge oder ein großzügiges wohlfahrtsstaatliches Leistungssystem dazu führten, dass weniger Arbeit nachgefragt wird. Im Gegenzug werden einkommensflexible und durch Lohnnebenkosten wenig belastete Arbeitsmärkte als Voraussetzung für eine größere Absorption von Arbeitskräften und damit geringere Arbeitslosigkeit angesehen. Um diese These zu plausibilisieren, werden vielfach die USA und die europäischen Länder einander gegenübergestellt. In den europäischen Ländern gehen vergleichsweise nivellierte Einkommensungleichheiten mit einer relativ hohen Arbeitslosigkeitsrate Hand in Hand, während die USA durch niedrige Arbeitslosigkeit bei großer Einkommensungleichheit charakterisiert sind. Bei einem zweiten Blick auf die Unterschiede *innerhalb Europas* zeigt sich aber, dass es einen negativen Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Ungleichheit und der Höhe der Arbeitslosigkeit gibt. Es lässt sich empirisch belegen, dass seit den siebziger Jahren die nationalen Arbeitslosigkeitsraten in den Ländern mit den eher ungleichen Einkommensverteilungen am

2 Vgl. Eurostat, *The Social Situation in the European Union*, Office for Official Publications of the European Communities, Luxemburg 2000.

3 Vgl. Wolfgang Beck/Laurent van der Maesen/Alan Walker (Hrsg.), *The Social Quality of Europe*, Den Haag 1997.

4 Vgl. Regina Berger-Schmitt/Heinz-Herbert Noll, *Conceptual Framework and Structure of a European System of Social Indicators*, EuReporting Working Paper No. 9, ZUMA, Mannheim 2000; vgl. auch die Publikationen der European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (http://eurofound.eu.int/qual_life).

5 So zum Beispiel Tony Atkinson/Bea Cantillon/Eric Marlier/Brian Nolan, *Social Indicators. The EU and Social Inclusion*, New York 2002.

6 Es ist aber auch schon angedacht worden, ob und wie man eine Armutsschwelle für die gesamte EU definieren könnte (vgl. Anthony B. Atkinson, *Poverty in Europe*, Oxford 1998).

Tabelle 1: Basisindikatoren zur sozialen Ungleichheit in der Europäischen Union

| | Ungleichheit Einkommensverteilung* | Armutsgefährdungsquote** (nach Transfers) | Arbeitslosenquote | Langzeitarbeitslosenquote |
|-----------------------|------------------------------------|---|-------------------|---------------------------|
| | 2001 Ratio | 2001 In Prozent | 2002 In Prozent | 2002 In Prozent |
| Belgien | 4.0 | 13 | 6.9 | 3.7 |
| Dänemark | 3.1 | 11 | 4.4 | 1.0 |
| Deutschland | 3.6 | 11 | 7.8 | 3.9 |
| Griechenland | 5.7 | 21 | 11.0 | 6.0 |
| Spanien | 5.5 | 19 | 11.3 | 4.7 |
| Frankreich | 4.0 | 15 | 9.3 | 3.6 |
| Irland | 4.5 | 19 | 4.3 | 1.6 |
| Italien | 4.8 | 18 | 10.4 | 6.4 |
| Luxemburg | 3.8 | 13 | 2.3 | 0.6 |
| Niederlande | 3.8 | 11 | 2.9 | 0.7 |
| Österreich | 3.5 | 12 | 3.7 | 1.0 |
| Portugal | 6.5 | 21 | 4.1 | 1.7 |
| Finnland | 3.5 | 11 | 9.8 | 2.8 |
| Schweden | 3.4 | 9 | 5.6 | 1.4 |
| Großbritannien | 4.9 | 19 | 5.4 | 1.5 |
| Zypern | 4.4 (1997) | 16 (1999) | 5.2 | 1.3 |
| Tschechische Republik | 3.4 | 8 (2002) | 8.7 | 4.2 |
| Estland | 6.1 | 17 | 12.5 | 5.7 |
| Ungarn | 3.4 | 10 (2002) | 6.3 | 3.0 |
| Litauen | 4.9 | 17 | 15.7 | 7.8 |
| Lettland | 5.5 (2002) | 16 | 13.7 | 7.9 |
| Malta | 4.5 (2000) | 15 (2002) | 7.0 | 4.6 |
| Polen | 4.5 | 15 | 16.4 | 7.6 |
| Slowenien | 3.2 (2000) | 11 | 6.6 | 4.1 |
| Slowakei | 2.7 (2003) | 11 (1998) | 18.7 | 10.1 |

* Die Ungleichheit der Einkommensverteilung (Verteilungsquintil) ist definiert als das Verhältnis des Gesamteinkommens der 20 Prozent der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen (oberstes Quintil) zum Gesamteinkommen der 20 Prozent der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen (unterstes Quintil). Unter Einkommen wird das verfügbare Äquivalenzeinkommen verstanden.

** Die Armutsgefährdungsquote ist definiert als der Anteil von Personen mit einem verfügbarem Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60 Prozent des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) festgelegt ist.

Daten auf der Basis des European Household Community Panels.

Quelle: Eurostat Strukturindikatoren (www.europa.eu.int, 12. 1. 2004).

höchsten sind.⁷ Für die europäischen Länder gilt, dass Arbeitslosigkeit vor allem dann verhindert werden kann, wenn es eine diversifizierte Beschäftigungsstruktur und eine Stützung von Beschäftigungssektoren mit niedriger Produktivität gibt. Letzteres wird durch das Hand-in-Hand-Gehen von einkommens- und beschäftigungspolitischer Intervention erreicht, welche allerdings an einen hohen Grad von fiskal- und wirtschaftspolitischer Autonomie gebunden ist.

Mit der wachsenden Bedeutung des gemeinsamen europäischen Marktes sind diese Politiken nur noch begrenzt verfügbar, wodurch auch der Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Ungleichheit

neu strukturiert wird. Zugleich bedeutet die gemeinsame Marktbildung aber auch, dass der Blick auf Ungleichheit und Arbeitslosigkeit um die europäische Dimension erweitert werden muss. Auch hier kann der USA-Vergleich instruktiv sein, auch wenn zwischen den europäischen Arbeitsmärkten keine so weitreichende Durchlässigkeit erreicht worden ist, dass sich von einem gemeinsamen Arbeitsmarkt sprechen ließe: Interessanterweise weist Europa in seiner Gesamtheit ein deutlich größeres Ausmaß an Einkommensungleichheit auf als die USA. Addiert man innerstaatliche und zwischenstaatliche Einkommensungleichheiten der Industrielöhne, dann liegt die europäische Ungleichheit um die Hälfte über dem amerikanischen Wert.⁸ So gesehen verfügt Europa schon über einen Arbeitsmarkt mit einer großen Lohnspreizung.

7 Vgl. Pedro Conceicao/Pedro Ferreira/James K. Galbraith, Inequality and Unemployment in Europe: The American Cure, in: New Left Review, (September–October 1999) 237, S. 28–51.

8 Vgl. ebd.

Dennoch kann von einer auf Beschäftigungswachstum ausgerichteten Arbeitsmarktdynamik keine Rede sein. In europäischer Perspektive muss das Arbeitslosigkeitsproblem im oben angesprochenen Sinne viel stärker aus dem Blickwinkel ökonomischer Diversifizierung im europäischen Wirtschaftsraum betrachtet werden. Die Unterschiede in der Arbeitslosigkeit sind dann auch darauf zurückzuführen, dass es eine zunehmende Drift von Standorten mit hoher und niedriger Produktivität gibt. Wenn es hohe Spezialisierung bei geringer ökonomischer Vielfalt gibt, dann steigt auch die Wahrscheinlichkeit hoher struktureller Arbeitslosigkeit. Die Länder Südeuropas, beispielsweise Griechenland, stehen im Zuge des europäischen Einigungsprozesses vor dem Problem, dass sie durch die geringe Produktpalette und die niedrige Produktivität in vielen wirtschaftlichen Bereichen nicht wettbewerbsfähig sind. Das führt dann sowohl zu einer Vergrößerung des Arbeitslosenheeres als auch zu größerer Ungleichheit innerhalb des jeweiligen Landes.

Das europäische Wohlstandsgefälle

Im Zuge von Transnationalisierung nimmt die Bedeutung grenzüberschreitender Prozesse markant zu, weil sich der Grad der Verflechtung und die Intensität der Interaktionen zwischen einzelnen Nationalstaaten erhöhen. Grenzüberschreitende Prozesse mit negativen Folgen (z. B. Wanderungswellen, Lohndruck) sind insbesondere dann zu erwarten, wenn zwischen den Ländern ein starkes Wohlstandsgefälle existiert. Unter Wohlstandsgefällen kann man geographisch und sozial benachbarte Räume mit deutlichen Einkommensdifferenzen verstehen, die ein spezifisches (Ungleich)verhältnis zwischen diesen Einheiten konstituieren.⁹ Konzentriert man sich auf das Wohlstandsgefälle innerhalb der Europäischen Union, dann lassen sich zwei sich überlagernde Prozesse identifizieren: *Konvergenz* innerhalb und *Erweiterung* der EU. Dabei bezeichnet Konvergenz einen nach innen gerichteten Prozess, bei dem es um die Verringerung von Ungleichheit im europäischen Raum geht, während mit Erweiterung die Flächenextension, eine größere Hete-

9 Georg Vobruba hat argumentiert, dass die Ungleichheitssoziologie den Begriff des Wohlstandsgefälles stärker ins Zentrum stellen soll, da die damit verbundenen sozialen und politischen Dynamiken zwischenstaatlicher Art zunehmend an Bedeutung gewinnen. Vgl. Georg Vobruba, Die soziale Dynamik von Wohlstandsgefällen. Prolegomena zur Transnationalisierung der Soziologie, in: Soziale Welt, 46 (1999) 2, S. 326–341.

rogenität und auch mehr Ungleichheit in der Europäischen Union gemeint ist. Für die sozioökonomischen Differenzierungslinien innerhalb Europas ist ein Modell konzentrischer Kreise nahe gelegt worden.¹⁰ Dies beinhaltet, dass der Entwicklungspfad der Europäischen Union als graduelle Ausweitung von einem Zentrum aus verstanden wird, im Zuge derer die umliegenden Peripherien sukzessive integriert werden.

Der nach innen gerichtete erste Prozess der Konvergenz kann unter anderem auf die positiven gesamtwirtschaftlichen Effekte der Mitgliedschaft zurückgeführt werden.¹¹ Tatsächlich ist es so, dass im Zuge der Mitgliedschaft Verbesserungen der relativen Wohlstandsposition sozioökonomisch schwacher Länder erreicht werden konnten. Ökonomische Analysen unterstützen die These langsamer *innereuropäischer Konvergenz*; allerdings differieren die angegebenen Raten doch erheblich.¹² In längerer Zeitperspektive zeigt sich, dass sich für die südeuropäischen Länder der Abstand zwischen den Kohäsionsländern und den anderen Mitgliedsländern der EU tendenziell verkleinert. In den zehn Jahren von 1991 bis 2001 hat sich die Kluft der Kohäsionsländer zu den anderen Mitgliedsländern verringert (von 73 Prozent des durchschnittlichen Bruttoinlandprodukts pro Kopf auf 79 Prozent). Waren es zunächst nur Portugal und Spanien, die hier Erfolge aufweisen konnten, deutet sich nun auch für Griechenland eine Verbesserung der Position an. Die Europäische Union selbst hat in ihren Kohäsionsberichten verdeutlicht, dass Konvergenzprozesse ausgelöst werden und dabei neben Wachstumseffekten auf die positiven Wirkungen ihrer regionalpolitischen Instrumente verwiesen.¹³

Der zweite Prozess, die sukzessive Erweiterung der Europäischen Union, ging mit einer massiven *Vergrößerung von Disparitäten* einher. Die verschiedenen Erweiterungsrounds der EU seit 1957 haben jeweils nicht nur eine territoriale und flächenmäßige Ausdehnung des Staatenbundes mit sich gebracht, sondern in den meisten Fällen auch eine Verringerung des europäischen Bruttosozialproduktes pro Kopf. Bis auf wenige Ausnahmen wurde Europa durch die Aufnahme neuer Länder

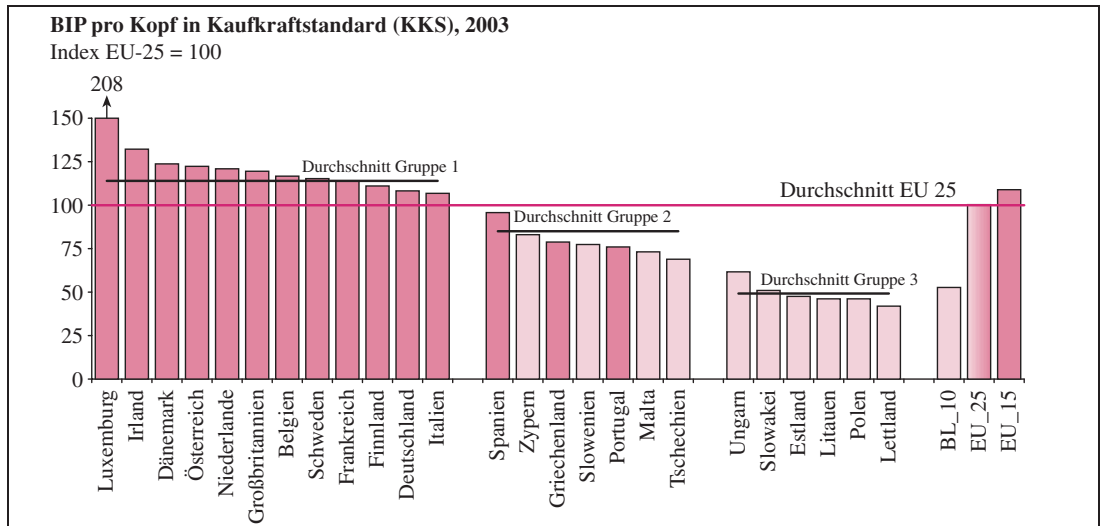
10 Vgl. ders., The enlargement crisis of the European Union: limits of the dialectics of integration and expansion, in: Journal of European Social Policy, 13 (2003) 1, S. 35–62.

11 Vgl. Daniel Piazolo, Entwicklungsunterschiede innerhalb einer erweiterten EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), B 1–2/2002, S. 11–22.

12 Vgl. Robert J. Barro/Xavier Sala-i-Martin, Convergence, in: Journal of Political Economy, (1992) 100, S. 223–251; Harvey W. Armstrong, Convergence among Regions of the European Union, 1950–1990, in: Papers in Regional Science, 74 (1995) 1, S. 143–152.

13 Vgl. Europäische Kommission (Anm. 1).

Schaubild 1: Soziale Ungleichheit in der Europäischen Union, 2003



Quelle: Eurostat Pressemitteilung, Nr. 73 vom 3. Juni 2004 (vorläufige Schätzungen); eigene Berechnungen.

durchschnittlich ärmer, und es vergrößerte sich das innereuropäische Wohlstandsgefälle. Mit der Osterweiterung ergibt sich auch in der Einschätzung der europäischen Kommission eine bislang einmalige Verschärfung der wirtschaftlichen Disparitäten in der Union (vgl. *Schaubild 1*). Gegenüber der 15-Mitglieder-Union hat sich der Abstand zwischen den zehn Prozent der Bevölkerung in den wohlhabendsten Regionen und den zehn Prozent in den ärmsten Regionen der EU mehr als verdoppelt (gemessen am Pro-Kopf-BIP). Zudem verlagert sich das Schwergewicht der Disparitäten in Richtung einer Ost-West-Kluft: Sechs von zehn Einwohnern der Europäischen Union, die in Regionen mit einem Pro-Kopf-BIP von weniger als 75 Prozent des Gemeinschaftsdurchschnitts leben, wohnen in den Beitrittsländern.¹⁴

Hinsichtlich des sozioökonomischen Niveaus lassen sich drei Gruppen unterscheiden, wobei nur in der mittleren Gruppe neue Beitrittsländer und bisherige Mitglieder zu finden sind. In der stärksten und der schwächsten Gruppe befinden sich ausschließlich bisherige bzw. in der letzten Erweiterungsrunde neu aufgenommene Mitglieder (vgl. *Schaubild 1*). Nach jüngsten Schätzungen für das Jahr 2003 lag Lettland bei circa 35 Prozent des EU-Durchschnitts, Länder wie Polen, Estland und Litauen zwischen 46 und 48 Prozent. Die Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien rangieren

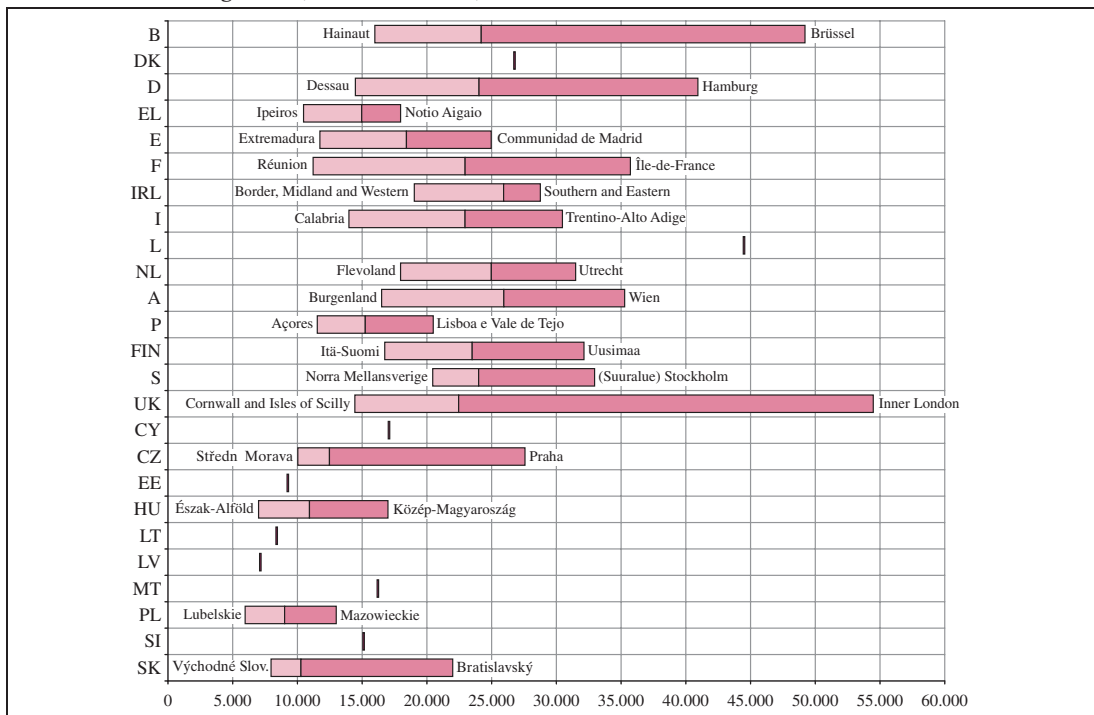
14 Man darf aber nicht übersehen, dass speziell hinsichtlich Osteuropas schon Fortschritte gemacht wurden und sich im Vorfeld des Beitritts die Wohlstandskluft verkleinerte. Die Aussicht auf Mitgliedschaft diente insbesondere während der Süd- und der Osterweiterung als externer Ankerpunkt, der es möglich machte, nach innen wichtige Reformen durchzusetzen und zu legitimieren.

noch weiter darunter und erreichen nur 29 bis 30 Prozent des Durchschnitts der Europäischen Union. Höhere Werte haben Länder wie Malta, Zypern und Slowenien aufzuweisen, aber auch sie liegen deutlich unter dem Durchschnitt. Demgegenüber betrug das BIP pro Kopf in Luxemburg mehr als das Doppelte des Mittelwertes der EU-25. Irland wies immerhin Werte um 30 Prozent, Länder wie Dänemark, Österreich, die Niederlande und Großbritannien um die 20 Prozent über dem EU-Durchschnitt auf.¹⁵

Diese massiven Unterschiede geben Anlass zu der Vermutung, dass die Frage der sozialen Ungleichheit einen zentralen Stellenwert auf der Agenda der EU erhalten wird. Große Wohlstandsgefälle stehen einer gleichmäßigen und auf Integration zielenden Entwicklung entgegen. Ökonomisch sind massive Ungleichgewichte nachteilig, weil sie Polarisierungen verstärken können und eine einheitliche Wirtschafts- und Finanzpolitik deutlich erschweren. Politisch bedeuten Ungleichheiten, dass es zu einer Verstärkung von divergenten Interessen kommen kann und damit die weitere Einigung erschwert wird. Als besonders brisant sind zwischenstaatliche Ungleichheiten dann einzuschätzen, wenn sie dazu führen, dass nationale Interessen „homogenisiert“ werden, und wenn damit verhindert wird, dass sich auch langfristig Interessen formieren, die quer zur nationalen Dimension liegen. Auf der sozialen Ebene können Wohlstandsgefälle dazu führen, dass asymmetrische Wanderungsbewegungen entstehen, aber

15 Vgl. Eurostat Pressemitteilung, Nr. 73 vom 3. Juni 2004.

Schaubild 2: Regionales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (in Kaufkraftstandards), Basisregionen (NUTS-2-Niveau)



Quelle: Regionen: Statistisches Jahrbuch 2003.

auch dazu, dass Steuer-, Transfer- und Tarifsyste-
me verstärktem Druck ausgesetzt werden.

Interregionale Ungleichheiten

Innerhalb Europas wirken aber nicht nur die Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsstaaten als wichtige strukturierende Faktoren, es findet ebenso eine Aufladung sozialräumlicher Ungleichheiten statt. In historischer Perspektive war es eine der großen Leistungen der Nationalstaaten, dass sie nicht nur zwischen Klassen und sozialen Gruppen, sondern auch zwischen Regionen für sozialen Ausgleich sorgen konnten. So schreibt Martin Heidenreich: „Nationalstaaten haben (. . .) mit einigem Erfolg versucht, die Auskristallisierung regionaler Unterschiede zu regionalen Ungleichheiten zu verhindern, indem regionale Unterschiede zum einen erfolgreich verhindert wurden und indem sie zum anderen in nichtterritorial definierte soziale Ungleichheiten transformiert wurden.“¹⁶ Um dieses Ziel zu errei-

chen, gibt es in der Bundesrepublik, aber auch in einer Zahl anderer Mitgliedsländer der Europäischen Union, regionale Förderprogramme und Finanzausgleichssysteme. Im Rahmen des Europäisierungsprozesses ergeben sich auch hier Veränderungen: Einerseits begrenzt Europa die Autonomie und die Souveränität der Nationalstaaten, andererseits stärken Föderalisierungs-, Regionalisierungs- und Dezentralisierungsprozesse die Rolle der Regionen als politische Akteure. Daher kommt Fragen der Territorialgliederung und -organisation in Europa eine immer größere Bedeutung für die Analyse sozialer Ungleichheit zu.

Auf der regionalen Ebene zeigt sich eine große Polarisierung: Das Verhältnis zwischen der reichsten Region Europas Inner London und der ärmsten Region Lubelskie in Polen beträgt mehr als 10 zu 1 (gemessen am Kaufkraftstandard). *Schaubild 2* zeigt zudem, dass es große Differenzen hinsichtlich des Bruttosozialproduktes pro Kopf innerhalb der Mitgliedsländer gibt. Nimmt man nun wiederum Europa als Ganzes in den Blick und bemüht erneut den Vergleich zu den USA, dann zeigt sich, dass die Einkommensdifferenzen zwischen den europäischen Regionen recht groß sind. Anfang der neunziger Jahre wiesen die zehn reichsten Regionen der EU ein Bruttosozialpro-

16 Martin Heidenreich, Territoriale Ungleichheiten in der erweiterten EU, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, (2003) 55, S. 1–28.

dukt pro Kopf auf, das 1.6 mal größer war als der EU-Durchschnitt und 3.5 mal größer als das der zehn ärmsten EU-Regionen (bezüglich größerer sozialökonomischer Einheiten, NUTS 1-Niveau). In den USA betrug dieser Faktor 1.2 für den Vergleich mit dem US-Durchschnitt und 1.5 im Vergleich mit den 10 ärmsten Bundesstaaten.¹⁷ Zusätzlich ist deutlich, dass die Europäische Union mit starken regionalen Unterschieden hinsichtlich Beschäftigung und Arbeitslosigkeit konfrontiert ist. In den reichsten Regionen der EU liegt die Arbeitslosenquote bei circa 2,5 Prozent, während die ärmsten Regionen Quoten von über 20 Prozent aufweisen. Solche Differenzen führen vor Augen, dass das Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in weiter Ferne liegt und keine wirklich realistische Perspektive darstellt.

Man muss in diesem Zusammenhang zwei unterschiedliche Momente regionaler Ungleichheit unterscheiden: Inwieweit spiegelt erstens die regionale Ungleichheit die sozioökonomischen Disparitäten zwischen den Mitgliedsländern und kann damit als Ausdruck der schon angesprochenen zwischenstaatlichen Ungleichheiten angesehen werden? Zweitens geht es um die Ungleichheiten, die innerhalb der Mitgliedsstaaten existieren und damit auch zur Gesamtungleichheit in Europa beitragen. Unter Zuhilfenahme des so genannten *Theil-Indexes* zur Messung sozialer Ungleichheit kann Juan Duro¹⁸ zeigen, dass es deutlich verschiedene Entwicklungstrends hinsichtlich regionaler und zwischenstaatlicher Ungleichheit gibt. Danach konnte für Anfang der achtziger Jahre gelten, dass die Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsländern in etwa die Hälfte aller regionalen Ungleichheiten ausmachten, während die andere Hälfte sich aus den Ungleichheiten innerhalb der Mitgliedsländer ergab. Bis Mitte der neunziger Jahre verschob sich dieser Befund in Richtung eines größeren Schwergewichts interregionaler Ungleichheiten, so dass man von einer *Reregionalisierung sozialer Ungleichheit* sprechen kann. Zu etwas abweichenden Ergebnissen kommt José Villaverde Castro:¹⁹ Zwar findet er keinen

absoluten Anstieg der interregionalen Ungleichheiten, aber auch er kann zeigen, dass die „internen“ Ungleichheiten schwerer wiegen als die „externen“.²⁰

Zieht man die regionale Ebene mit in Betracht, dann zeigt sich, dass der allgemeine Trend der Konvergenz der Mitgliedsländer auf der regionalen Ebene gebrochen oder zumindest geschwächt wird. So kann für die Periode von 1994 bis 2000 auf der subnationalen Ebene von vier unterschiedlichen Szenarien ausgegangen werden.²¹ *Erstens* gibt es *aufholende Regionen*, die mit einem unter dem europäischen Durchschnitt liegenden BSP starten und ein Wachstum größer als der europäische Durchschnitt aufweisen. *Zweitens* gibt es *Gewinnerregionen* mit BSP und Wachstum oberhalb des europäischen Durchschnitts, *drittens Verliererregionen*, die mit einem niedrigeren BSP starten, aber deren ökonomisches Wachstum so niedrig ist, dass sich der Abstand noch vergrößerte. Und schließlich finden sich – *viertens* – *zurückfallende Regionen*, die mit einem über dem Durchschnitt liegenden BSP gestartet waren und zudem unterdurchschnittliches Wachstum aufweisen. Die meisten Regionen gehören entweder zu den Gewinner- oder Verliererregionen, so dass man in der Folge von einer zunehmenden Polarisierung ausgehen kann.

Bezüglich der Ursachen dieses Prozesses haben empirische Studien gezeigt, dass die räumliche Konzentration ökonomischer Aktivitäten innerhalb der Europäischen Union zu interregionalen Einkommensgefällen führt.²² Dies ist aber kein zwangsläufiger Zusammenhang, wie wiederum der Vergleich mit den USA belegt: Dort findet sich trotz noch stärkerer ökonomischer Konzentration kein vergleichbares interregionales Einkommensgefälle.²³ Ein Grund dafür ist in der enormen geographischen Mobilität der Amerikaner zu sehen.

20 Die EU selbst geht aufgrund des Wachstums in den Kohäsionsländern davon aus, dass sich die regionalen Disparitäten verringern. Allerdings bezieht sich dieser Befund nur auf die generelle Annäherung der durch die Kohäsionsfonds geförderten Regionen. Es wird aber gleichzeitig eingeräumt, dass der Grad der Konvergenz deutlich variiert und in anderen Regionen durchaus stagnative Tendenzen zu beobachten sind. Vgl. Europäische Kommission (Anm. 1).

21 Vgl. Andrés Rodríguez-Pose, Human Capital and Regional Disparities in the EU. Paper prepared for the Joint Conference of the European Commission and the European Investment Bank on Human Capital, Employment, Productivity and Growth, Brüssel, 19. September 2003.

22 Vgl. Ray Hudson, The New Economy of the New Europe: Eradicating Divisions of Creating New Forms of Uneven Development?, in: Ray Hudson/Alan M. Williams (Hrsg.), *Divided Europe. Society and Territory*, London 1999.

23 Vgl. Philippe Martin, Public Policies and Economic Geography, in: Bernard Funck/Lodovico Pizzati, *European integration, regional policy, and growth*, Washington, D.C. 2003.

17 Vgl. Diego Puga, European Regional Policies in the Light of Recent Location Theories, in: *Journal of Economic Geography*, (2002) 2, S. 372–406.

18 Vgl. Juan Antonio Duro, Regional Income Inequalities in Europe: An updated Measurement and some Decomposition Results, Instituto de Análisis Económico CSIC, Barcelona 2001. Der Theil-Index ist ähnlich dem GINI-Koeffizient ein Maß für die Ungleichverteilung von Einkommen. Allerdings ermöglicht er es, nicht nur Gesamtverteilungen zu beurteilen, sondern kann in die Beiträge einzelner Unterkategorien (z. B. Regionen) zerlegt werden.

19 Vgl. José Villaverde Castro, Regional Convergence, Polarization and Mobility in the European Union, 1980–1996, in: *European Integration*, 25 (2003) 1, S. 73–86.

Auch wenn sich die industrielle Produktion in einigen Landesteilen deutlich ausdünnert, sorgt die hohe Arbeitskräftemobilität dafür, dass die Einkommensschere sich nicht zu weit öffnet. Die von Paul Krugman²⁴ eingeführte Perspektive der *New Economic Geography* bietet zusätzlich eine Erklärung dafür an, warum es innerhalb eines gemeinsamen Marktes nicht zur Nivellierung von Einkommen durch Faktormobilität kommt. Eine Verringerung der Transaktionskosten durch gemeinsame Marktbildung kann eine Konzentration von Produktion zur Folge haben, weil sich skalenökonomische Vorteile ergeben. Firmen neigen dann dazu, sich auf wenige Standorte zu konzentrieren, anstatt sich dort anzusiedeln, wo durch geringe Löhne niedrige Produktionskosten erwartet werden. Dies sind vornehmlich jene, die Kostensenkungen durch Produktionskonzentration ermöglichen und sich nahe zu attraktiven Märkten befinden. Weiterhin kann gezeigt werden, dass die ungleiche Ausstattung von Regionen mit Humankapital eine mögliche Ursache für das Fortbestehen oder sogar die Verschärfung von Disparitäten sein kann. Gewinnerregionen verfügen in der Regel über eine besser ausgebildete und qualifizierte Bevölkerung, während Verliererregionen eine deutlich schlechtere Ausstattung mit Humankapital aufweisen.²⁵

Größere regionale Disparitäten und die gleichzeitige Stärkung der Regionen als wichtige politische Handlungseinheiten können zu einer konfliktverschärfenden Politisierung unterschiedlicher Ansprüche und Bedürfnisse führen. Unter diesen Bedingungen sind regionale Interessenkoalitionen, innerhalb derer die besser gestellten Regionen die Verteidigung oder Verstärkung komparativer Vorteile und die weniger gut gestellten Regionen Kompensation oder besondere Förderung einfordern, nicht ausgeschlossen. Diese Art der regionalen Mobilisierung kann die Binnenverhältnisse der einzelnen Mitgliedsländer dergestalt verändern, dass sich wirklich ausgleichende und umverteilende Politiken nur schwerlich durchsetzen lassen: Insbesondere die begünstigten Regionen mögen im Sinne der von Wolfgang Streeck beschriebenen „Wettbewerbssolidarität“²⁶ bestrebt sein, hinsichtlich Ressourcen, Infrastruktur und Investitionen ein eher enges Verständnis von Solidarität zu entwickeln.

24 Vgl. Paul Krugman, *Geography and Trade*, Cambridge, Mass. 1991.

25 Vgl. A. Rodríguez-Pose (Anm. 21).

26 Vgl. Wolfgang Streeck, *Competitive Solidarity*, in: Karl Hinrichs/Herbert Kitschelt/Helmut Wieselthaler, *Kontingenz und Krise. Institutionenpolitik in kapitalistischen und postsozialistischen Gesellschaften*, Frankfurt/M. 2000, S. 245–261.

Die genannten Perspektiven bieten zwar erste Einblicke in die Bedeutung sozialer Ungleichheit im Kontext der Europäisierung, sind insgesamt aber noch unzureichend. Die Ungleichheitsforschung ist im Zuge der Europäisierung auf konzeptionelle Innovationen angewiesen, so zum Beispiel bei der Festsetzung geeigneter Referenz-, Vergleichs-, und Berechnungsmaßstäbe. Noch stellen Nationalstaaten die zentralen Zurechnungseinheiten sozialer Ungleichheit dar und sind Ungleichheitsmaße wie der Gini-Koeffizient²⁷ als nationale Maße angelegt. Es stellt sich die Frage, ob die Ungleichheitsmessung innerhalb der Europäischen Union nicht auch auf Gesamtverteilungen Bezug nehmen sollte. Dies hieße zum Beispiel, nicht mehr nur das Bruttosozialprodukt verschiedener Länder oder Regionen miteinander zu vergleichen, sondern Verteilungen der personellen Einkommen innerhalb der Europäischen Union – im Sinne eines EU-Gini.²⁸ Neben der Frage der geeigneten Indikatoren muss sich die Forschung auch intensiver damit befassen, welches die normativen und komparativen Standards für die Bewertung sozialer Ungleichheit sind. Auf der kognitiven Ebene bedeutet Europäisierung, dass sich auch Vergleichsmaßstäbe und Erwartungshorizonte verschieben. Dies hat einen Wandel dominanter Ideen von Höher- oder Tiefer-, Besser- oder Schlechterstellung und der Wahrnehmung bedeutsamer sozialer Distanzen zur Folge. Es wird wichtig sein, Dimensionen und Parameter von Ungleichheit in den Blick zu nehmen, die im Hinblick auf die analysierte Bevölkerung der Europäischen Union existentiell bedeutsam erscheinen.

Daneben muss stärker in Betracht gezogen werden, welche Wechselwirkungen es zwischen nationaler Ungleichheit und dem Prozess der Europäisierung gibt. Dabei ist davon auszugehen, dass die

27 Der Gini-Koeffizient stellt ein Standardmaß zur Messung ungleicher Einkommensverteilung innerhalb von Ländern dar. Er variiert zwischen null, einer perfekten Gleichverteilung aller Einkommen, und 1, einer Situation vollständiger Einkommensungleichheit, bei der eine Person oder ein Haushalt das gesamte Einkommen eines Landes bezieht, während die anderen über keine Einkommensressourcen verfügen.

28 Interessanterweise gibt es neuerdings beachtenswerte Versuche, einen Welt-Gini zu schätzen. (z. B. Branko Milanovic, *True World Income Distribution, 1988 and 1993: First Calculation Based on Household Surveys Alone*, World Bank Working Paper No. 2244, Washington, D.C. 1999; Xavier Sala-i-Martin, *The World Distribution of Income (estimated from Individual Country Distributions)*, National Bureau of Economic Research Working Paper No. W8933, Cambridge, Mass. 2002.

Vorstellung von Nationalstaaten als integrierte und relativ abgeschlossene Einheiten immer weniger trägt. Die Bildung eines gemeinsamen Marktes, die große Durchlässigkeit nationalstaatlicher Grenzen sowie intensivierte Formen des sozialen, kulturellen und politischen Austausches zwischen den Mitgliedsländern Europas legen die Annahme nahe, dass hier massive Prozesse der Entstaatlichung stattgefunden haben. Zugleich wird durch supranationale Institutionenbildung und den Souveränitätstransfer von den Nationalstaaten hin zu Europa eine neue Ebene der Zurechnung und der Beeinflussung von sozialer Ungleichheit geschaffen. Sofern die Frage nach den Ursachen und den zentralen Mechanismen, die Ungleichheit produzieren oder reproduzieren, aufgeworfen wird, kann und sollte die europäische Dimension nicht mehr ausgeblendet werden.

Ein weiterer Aspekt, der stärkere Aufmerksamkeit einfordert, ist der Zusammenhang zwischen europäischer Ungleichheit und dem politischen Integrationsprozess. Hier können Folgewirkungen großer sozioökonomischer Ungleichheiten für die europäische Konsensfindung und Fragen politischer Unterstützung vermutet werden, denn unter Bedingungen großer Ungleichheit ist mit widerstrebenden Integrationsinteressen zu rechnen. Dabei kann es vor allem auf der regionalen Ebene zu neuartigen Interessenallianzen und damit verbundenen Konflikten kommen, welche die nationalstaatliche Logik durchbrechen, beispielsweise dann, wenn sich ökonomisch starke Regionen im Kampf um die Befestigung von Wettbewerbsvorteilen gemeinsamer Interessen stark machen, die sich gegen die Interessen schwacher Regionen richten.

Es ist zu erwarten, dass das Thema der sozialen Ungleichheit im europäischen Raum noch weiter an Gewicht gewinnt. Das ergibt sich nicht nur aus dem großen Ausmaß an Ungleichheit, sondern auch aus der wachsenden Interdependenz der Mitgliedsländer. Mit dieser ist verbunden, dass es wachsende Wechselwirkungen zwischen den Ungleichheitsverhältnissen der einzelnen Länder gibt und man in der Tendenz vom Entstehen eines gesamteuropäischen Ungleichheitsregimes sprechen kann.

Allerdings ist die langfristige Rolle der Europäischen Union hinsichtlich des Einwirkens auf die Ungleichheiten umstritten: Einerseits sind die Nationalstaaten nach wie vor die zentralen Zurechnungseinheiten sozialer Ungleichheiten. Andererseits legen die Übernahme politischer Funktionen der europäischen Ebene sowie die Zunahme innereuropäischer Verflechtung nahe, dass sich das Ungleichheitsthema nicht mehr nur nationalstaatlich bearbeiten lässt. Für den Prozess der Integration wird es von entscheidender Bedeutung sein, wie sich die Ungleichheitsverhältnisse langfristig entwickeln und welche Formen des sozialen Ausgleichs sich finden lassen, so dass Integration nicht nur politisch und ökonomisch, sondern auch auf der sozialen Ebene stattfindet.

Weiterführende Links:

Europäische Kommission: <http://europa.eu.int/comm>
Eurostat: <http://europa.eu.int/comm/eurostat>
Europäische Regionalpolitik: http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm
European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions: http://eurofound.eu.int/qual_life
Dritter Kohäsionsbericht:
http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion3/cohesion3_de.htm

M. Rainer Lepsius

Dr. oec. publ., Dr. h.c., geb. 1928; emeritierter Professor für Soziologie an der Universität Heidelberg; Mitherausgeber der Max Weber-Gesamtausgabe.

Anschrift: Institut für Soziologie, Sandgasse 9, 69117 Heidelberg.

E-Mail: rainer.lepsius@urz.uni-heidelberg.de

Veröffentlichungen u. a.: Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990; Demokratie in Deutschland, Göttingen 1993.

Jan Delhey

Dr. phil., geb. 1969; wiss. Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Abteilung Ungleichheit und soziale Integration.

Anschrift: WZB, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin.
E-Mail: delhey@wz-berlin.de

Veröffentlichungen zu den Themen postsozialistische Transformation, Europäische Integration, Vertrauen und Lebensqualität in Europa, zuletzt: Nationales und transnationales Vertrauen in der Europäischen Union, in: Leviathan, 32 (2004) 1.

Jürgen Gerhards

Dr. phil. geb. 1955; Professor für Soziologie an der Universität Leipzig.

Anschrift: Universität Leipzig, Institut für Kulturwissenschaften, Beethovenstr. 15, 04107 Leipzig.
E-Mail: Gerhards@rz.uni-leipzig.de

Veröffentlichungen u. a.: Die Moderne und ihre Vornamen. Eine Einladung in die Kultursoziologie, Wiesbaden 2003; (unter Mitarbeit von Michael Hölscher) Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei, Wiesbaden 2004 (i. E.).

Sylke Nissen

Dr. phil., geb. 1959; Privatdozentin an der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt/M., zurzeit Vertretung des Lehrstuhls für Kultursoziologie und Allgemeine Soziologie an der Universität Leipzig.

Anschrift: wie Jürgen Gerhards.
E-Mail: nissen@uni-leipzig.de

Veröffentlichungen u. a.: Die regierbare Stadt, Wiesbaden 2002; Who wants Enlargement of the EU?, in: Czech Sociological Review, 39 (2003) 6; (Hrsg.) Kriminalität und Sicherheitspolitik. Analysen aus London, Paris, Berlin, New York, Opladen 2003.

Detlef Pollack

Dr. theol., geb. 1955; Professor für vergleichende Kultursoziologie an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), zur Zeit Max Weber-Chair an der New York University.

Anschrift: New York University, Center for European Studies, 58 West 10th Street, New York, NY 10011, USA.

E-Mail: dp72@nyu.edu

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Jörg Jacobs, Olaf Müller und Gert Pickel) Political Culture in Post-Communist Europe, Aldershot 2003; Säkularisierung – ein moderner Mythos? Studien zum religiösen Wandel in Deutschland, Tübingen 2003.

Steffen Mau

Dr. rer. pol., geb. 1968; Juniorprofessor für Sozialpolitik an der Graduate School of Social Sciences (GSSS) der Universität Bremen.

Anschrift: GSSS, Universität Bremen, PF 330440, 28334 Bremen.

E-Mail: smau@gsss.uni-bremen.de

Veröffentlichungen u. a.: Welfare Regimes and the Norms of Social Exchanges, in: Current Sociology, 52 (2004) 1; Transnationale Transfers in der EU-Regionalpolitik. Die institutionelle Lösung eines verteilungspolitischen Problems, in: Stefan Liebig/Holger Lengfeld/Steffen Mau (Hrsg.), Gerechtigkeit und Verteilungsprobleme in modernen Gesellschaften, Frankfurt/M. – New York 2004.

Nächste Ausgabe

Konrad H. Jarausch

Zeitgeschichte zwischen Nation und Europa
Eine transnationale Herausforderung

Ute Planert

Nation und Nationalismus in der deutschen Geschichte

Antje Helmerich

Ethnonationalismus und das politische Potenzial nationalistischer Bewegungen

Ulrich Schlie

„Behausung des Menschen in einer unbehausten Welt“
Nation und Europa in der deutschen Geschichte

Thilo Ramm

Die Deutschen – eine Nation?

M. Rainer Lepsius

Prozesse der europäischen Identitätsstiftung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/2004, S. 3–5

■ Europäische Identität wird gestiftet durch die Institutionalisierung von Wertvorstellungen in konkreten Verhaltenskontexten. Die Europäische Union bietet dafür die Organisationsstruktur und die Verfahren für die Willensbildung und Entscheidungsfindung. Mit ihrer Entwicklung konkretisieren sich auch die Bezugsobjekte für eine europäische Identitätsbildung. Die Integrationskraft der nationalstaatlich verfassten Gesellschaft kann nicht durch die neuen europäischen Ordnungen ersetzt werden. Zugleich werden aber die Nationalstaaten europäisiert und mit ihnen auch die Identitätskriterien der Nationalstaaten.

Jan Delhey

Transnationales Vertrauen in der erweiterten EU

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/2004, S. 6–13

■ Vertrauen zwischen den Völkern ist eine wichtige Ressource für den europäischen Einigungsprozess. In diesem Beitrag wird anhand von Umfragedaten gezeigt, wie sehr sich die Europäer gegenseitig vertrauen. Die Süderweiterung und die jüngst vollzogene Osterweiterung haben das Vertrauensvermögen der Staatengemeinschaft verringert. Die Expansion der Europäischen Union wurde in diesen Beitrittsrunden mit einer schwächeren Sozialintegration erkauft. Langfristig ist jedoch damit zu rechnen, dass das Vertrauen in die Menschen aus den neuen Mitgliedsstaaten wachsen wird.

Jürgen Gerhards

Europäische Werte – Passt die Türkei kulturell zur EU?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/2004, S. 14–20

■ In einem ersten Schritt werden die für die Europäische Union konstitutiven Werte durch die Bezugnahme auf das Primärrecht der EU und den Verfassungsentwurf bestimmt. In einem zweiten Schritt wird auf der Basis der Ergebnisse einer Werteumfrage aus fast allen europäischen Ländern und der Türkei geprüft, ob die im Recht fixierten Werte der EU von den Bürgerinnen und Bürgern unterstützt werden und ob es zwischen den EU-Ländern, den Beitrittskandidaten Bulgarien und Rumänien und der Türkei signifikante Unterschiede gibt. Die Analysen zeigen, dass die von der EU als wichtig erachteten Werte von den Bürgerinnen und Bürgern der alten und neuen Mitgliedsländer akzeptiert werden; sie erhalten eine geringere Unterstützung von den Menschen der beiden Länder der nächsten Beitrittsrunde. Vor allem aber zeigt sich, dass die Türkei in vielen Wertebereichen von den Wunschkriterien der EU deutlich abweicht.

Sylke Nissen

Europäische Identität und die Zukunft Europas

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/2004, S. 21–29

■ Die öffentliche Unterstützung der EU gilt aus Sicht der politischen Akteure inzwischen als notwendige Voraussetzung für den zukünftigen Erfolg der europäischen Integration. Allerdings sind Zweifel angebracht, ob die Identifikation der Bevölkerung mit der EU als Basis für die Unterstützung ausreichend belastbar ist. Denn dafür wäre es notwendig, dass die Identifikation mit Europa nicht nur ein verbales Bekenntnis der Bürgerinnen und Bürger zur EU darstellt, sondern auch die Bereitschaft beinhaltet, sich an den Kosten für das Projekt Europa zu beteiligen. Die Ergebnisse des Eurobarometers deuten nun daraufhin, dass das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für Europa von Kosten-Nutzen-Kalkülen beeinflusst wird. Je schwieriger es für politische Akteure wird, die Vorteile der EU-Mitgliedschaft zu vermitteln, desto unsicherer wird die Basis für eine tragfähige europäische Identität.

Detlef Pollack

Nationalismus und Europaskepsis in den postkommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/2004, S. 30–37

■ Stellen nationale Identitäten in den postkommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas eine Barriere für das Zusammenwachsen Europas und die Unterstützung europäischer Ideale wie Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit oder Marktwirtschaft dar? Die Antwort auf diese Frage lautet, dass nicht die Bejahung nationaler Identität als solcher europäischen Wertvorstellungen wie Demokratie, Freiheit oder Marktwirtschaft und der Offenheit gegenüber dem Prozess der europäischen Integration widerspricht, sondern dass dies nur der Fall ist, wenn nationalistische Haltungen mit der Hinwendung zu regionalen Traditionen verbunden sind. In diesem regionalen Nationalismus drücken sich Erfahrungen der sozialen Unterprivilegierung aus.

Steffen Mau

Soziale Ungleichheit in der Europäischen Union

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/2004, S. 38–46

■ Der Beitrag beschäftigt sich mit sozioökonomischen Ungleichheiten in der Europäischen Union. Dabei werden drei Perspektiven auf europäische Ungleichheit vorgestellt und empirisch illustriert. In der ersten Perspektive geht es um den Vergleich von Ungleichheiten innerhalb der Mitgliedsländer, innerhalb der zweiten steht das zwischenstaatliche europäische Wohlfahrtsgefälle im Zentrum. In einem dritten Schritt werden interregionale Ungleichheiten in den Blick genommen, weil diese für den Integrationsprozess immer wichtiger werden. Im Zusammenhang mit allen drei Perspektiven wird diskutiert, inwieweit der Europäisierungsprozess selbst eine zentrale Einflussgröße dieser Ungleichheiten darstellt.